



Niedrigstände in Rhein, Elbe und Donau belasten die Wirtschaft. Was Lösungen betrifft, sitzen der Kanzler und seine Union eher auf dem Trockenen

3

Die Dürre senkt alle Boote: der Rhein an der niederländisch-deutschen Grenze Foto: Norbert Voskens/zuma/dpa

VERBOTEN

Guten Tag,
meine Damen und Herren!

verboten hat heute zwei natürlich völlig unzusammenhängende Gedanken: Sorge vor dem drohenden Erfolg der AfD bei den Ost-Wahlen einerseits, andererseits Faszination für das hitzebedingte Wiederauftauchen 1944 in der Donau versenkter ...

... Nazi-Wracks.

Kommentar von **Florian Bayer** zum Niedrigwasser in Mittel- und Osteuropa

Stromkrise mit Ansage

Die Trockenheit in Mittel- und Osteuropa bricht alle Rekorde. Das zeigt sich besonders drastisch an der Donau, Europas zweitlängstem Fluss. In Serbien ist der Pegel so niedrig wie seit 1909 nicht mehr, auch in Österreich ist der Schiffsverkehr stark eingeschränkt. In Rumänien mussten Autowerke vorläufig schließen, weil das AKW Cernavodă wegen fehlenden Kühlwassers nur mehr mit einem statt zwei Reaktoren läuft und Stromengpässe drohen.

Noch dramatischer trifft es Ungarn, dessen einziges AKW Paks fast komplett heruntergefahren werden musste. Die Auswirkungen sind enorm, denn Paks erzeugt etwa die Hälfte des ungarischen Stroms. Ersatz kommt vor allem aus den Nachbarländern, was die Preise hochtreibt: Die Notimporte kosten laut Regierung etwa 275 bis 550 Millionen Euro. Wie teuer die Krise insgesamt kommt, ist offen. Ebenso, ob es zu großflächigen Stromausfällen

kommt. Premier Péter Magyar rief die Ungar:innen nun eindringlich zum Strom- und Wassersparen auf. Die Warnung kam reichlich spät. Ebenso wie die Androhung staatlicher Eingriffe, sollten die Aufforderungen nicht fruchten.

Viel schwerer wiegen die Versäumnisse von Magyars Vorgänger Viktor Orbán, der von 2010 bis Mai 2026 durchregierte. Zwar baute Ungarn dank massiver Förderungen die Photovoltaik massiv aus. Windkraft dagegen blockierte Orbán konsequent: Spätestens ab 2016 wurde keine einzige Windturbine mehr genehmigt. Der Solarstrom fließt nur tagsüber, weshalb Ungarn auf die Atomenergie angewiesen blieb, statt die Lücke mit Windkraft zu schließen.

Orbán beschloss gar noch, das AKW Paks von vier auf sechs Blöcke zu erweitern. Damit wird Ungarns Stromversorgung noch verwundbarer, zumal die AKW-Brennstäbe aus Russland kommen.

Orbán nutzte das Thema Klimaschutz, um gegen die EU zu wettern und für nationale Souveränität einzutreten. Genau die ist in Ungarn nun aber gefährdet. Statt Milliarden für Folgekosten zu zahlen, wäre es vernünftiger, endlich massiv in den Klimaschutz zu investieren. Die Probleme betreffen schließlich nicht nur Ungarn, sondern ganz Europa. Auch der Rhein sank etwa auf einen neuen Tiefststand, was Kohlentransporte und die Kühlung deutscher Kraftwerke zunehmend erschwert.

Dieser Tage zeigt sich, dass es Anpassungen an die neue „Normalität“ bedarf. Städte brauchen Bäume, Wasserflächen und offene Böden statt Beton, damit sie nicht zu Hitzefallen werden. Der Wasserverbrauch muss sinken, der fossile Autoverkehr eingeschränkt werden. Und es braucht endlich den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien. Sonst steckt bald nicht nur Ungarn, sondern halb Europa in der Energiekrise.

Ceuta und Mordio

Die EU versucht, sich wieder zusammenzuraufen

2



Der Wunsch nach einem Dach über dem Kopf
Barcelona wird für viele Einwohner*innen unbezahlbar

4-5

„Viel Zeit verloren“

Eine UN-Direktorin über Rückschläge bei den Entwicklungszielen

9



Der Urlaub nach dem Todessturz
Sandra Wollners sehr eigener dritter Spielfilm „Everytime“

15

26.000

GenossInnen ermöglichen die taz, indem sie in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder unter 030 | 25 90 22 13



Der Scharfmacher ist zurück: **Rainer Wendt** soll der CDU in Meck-Pomm helfen

Ob es gegen Migranten, Kiffer oder Linke geht: Auf Rainer Wendt ist immer Verlass. Über Jahre war kein Talkshowstudio vor dem Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) sicher. Stets forderte er mehr Härte, mehr Waffen, mehr Überwachung. Nach fast zwei Jahrzehnten an der Spitze der Gewerkschaft schien es ruhiger um den rechten Lautsprecher zu werden, nachdem er im April den Vorsitz abgegeben hatte. Doch nun ist der 69-Jährige wieder da: Am Dienstag präsentierte die CDU Mecklenburg-Vorpommern ihr neunköpfiges „Kompetenzteam“ für die Landtagswahl am 20. September. Mit dabei und der Einzige mit überregionalem Bekanntheitsgrad: Rainer Wendt, zuständig für innere Sicherheit. „Politik wird dann besser, wenn Menschen mit echter Erfahrung Verantwortung übernehmen“, lobt CDU-Spitzenkandidat und -Landeschef Daniel Peters das Team, das ihn inhaltlich beraten soll. Wendt, seit den 1970er Jahren CDU-Mitglied, wird dabei als „gefragter Fachmann bei sicherheitspolitischen Fragen“ gefeiert.

Jetzt ist das mit der Erfahrung so eine Sache. Der gebürtige Duisburger arbeitete zwar rund 25 Jahre bei der Schutzpolizei. Das ist allerdings lange her. Seit 1997 konzentrierte sich Wendts Karriere ausschließlich auf die DPolG. Erst war er Landeschef in NRW, ab 2007 dann Bundesvorsitzender.

Der Fernsehunterhalter Jan Böhmernmann widmete dem Funktionär 2017 sogar einen eigenen Song, in dem es hieß: „Rainer Wendt, du bist kein echter Polizist, / Rainer Wendt, weil du dir selbst der Nächste bist. / Rainer Wendt, du forderst Rechtsstaat und Moral, / aber beides ist dir selber scheißegal.“

Böhmernmann bezog sich auch auf Wendts Nebenjobs. Der Gewerkschafter kassierte neben seinem Beamtengehalt (das er erhielt, obwohl er gar nicht mehr als Kommissar arbeitete) auch nicht angemeldete Einkünfte aus diversen Gremienposten. Insgesamt soll er so auf über 124.000 Euro jährlich gekommen sein. Die öffentliche Empörung war groß, nicht zum ersten Mal.

Schon 2010 fragten sich viele, was mit dem 1,68 Meter kleinen Mann nicht stimmt, als er mit Blick auf die Proteste gegen das Projekt Stuttgart21 erklärte: „Polizeiliche Einsatzmittel müssen Waffen sein, die wehtun, nur dann wirken sie.“ Gleiches 2012, als er nach Protesten gegen einen Neonazi-Aufmarsch in Hamburg der Polizei den Einsatz von Gummigeschossen empfahl.

Wie aktuell in Mecklenburg-Vorpommern befand 2019 schon die CDU in Sachsen-Anhalt, dass Wendt trotzdem oder gerade deshalb eine glänzende Personalie sei. Damals wurde ihm aus Magdeburg das Angebot unterbreitet, Staatssekretär im CDU-geführten Innenministerium zu werden. Allein, die Koalitionspartner SPD und Grüne meuterten. Kurz darauf wurde das Angebot zurückgezogen.

Wendt wettete im Anschluss, die CDU sei „vor Linken, Grünen und Sozialdemokraten eingeknickt“, wobei das „Kommando“ hierfür direkt „aus dem Kanzleramt“ gekommen sei, von der seinerzeitigen CDU-Kanzlerin Angela Merkel. Alles Blödsinn, ließ Merkels Sprecher wissen. Alles Geschichte, heißt es heute aus Mecklenburg-Vorpommern.

„Ich bin von Rainer Wendts Kompetenz absolut überzeugt“, sagt CDU-Landeschef Daniel Peters zur taz. Er sehe in Wendt auch weniger einen rechten Scharfmacher. „Aber natürlich steht er für klare Ansagen und das braucht es in der Politik.“ Was die CDU im Nordosten selbst braucht, ist Aufmerksamkeit: Weniger als zwei Monate vor der Wahl liegt die Partei bei 9 Prozent.

Rainer Rutz

Foto: Bernd Eimenthaler/mago

Hauptopfer von Desinformation und politischem Blamegame: Migranten in Ceuta, 3. 8. 2026
Foto: Violeta Santos Moura/reuters

Erst Brandbrief, dann Versöhnung

Bei einer Krisensitzung zum Fall Ceuta folgt die EU altbekannten Mustern: vage Formulierungen, Beschwichtigung und verbaler Aktionismus

Von Tanja Tricarico

Es muss sich schon um eine veritable Krise handeln, wenn die EU-Minister:innen im August zu einer Sondersitzung einladen. Normalerweise läuft da der Brüsseler Betrieb auf Sparflamme. Doch nach den Vorkommnissen in Ceuta, der spanischen Exklave an der Grenze zu Marokko, herrscht in der Europäischen Union ein Ton, der mehr als nur rau ist. Tausende Migrant:innen hatten in der vergangenen Woche versucht aus Marokko nach Ceuta zu gelangen. Mehr als 70 Menschen starben dabei, etliche sind nach Marokko zurückgekehrt, andere sind offenbar noch vor Ort.

Die Migrationspolitik unter Spaniens Regierungschef Pedro Sánchez wurde daraufhin scharf kritisiert. 22 EU-Staaten machten sie in einem Brandbrief verantwortlich für die Geschehnisse. Allen voran Italien, aber auch Deutschland.

Um wohl der Kritik von Rechtspopulist:innen und Rechtsextremist:innen zuvorzukommen, wurde lautstark nach einer schärferen Migrationspolitik geschrien, nach härterer Abschottung und überhaupt mehr Schutz an den EU-Außengrenzen. Doch der rechte Rand nutzte die Bilder Tausen-

der Migrant:innen, die durch die Straßen der Exklave liefen, längst für seine menschenfeindlichen Äußerungen und freute sich über den polternen Streit innerhalb der Europäischen Union.

Nun also eine Online-Sondersitzung der EU-Innenminister:innen in Zeiten einer vermeintlichen Krise. Den Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft hat derzeit Irland inne. Der Innenminister der rechten Partei Fianna Fáil, Jim O’Callaghan, sprach von einer geeinten EU, die bereitstünde, Spanien zu unterstützen und die EU-Außengrenzen vor illegaler Migration zu schützen.

Es gab einen Dank an Spanien für die schnelle Reaktion und immerhin ein paar warme Worte für diejenigen, die auf tragische Art und Weise ihr Leben verloren. Die genaue Zahl wird wohl erst viel später oder nie bekannt werden.

Auch EU-Innenkommissar Magnus Brunner findet, dass Europa „diese Probe bestanden“ hat. Es sei den Migrant:innen nicht gelungen, „in den Schengenraum einzudringen“. Schengen – ein Abkommen, das wie kaum eine andere Vereinbarung für eine europäische Errungenschaft steht. Der Premier eines kleinen, aber nicht

ganz unwichtigen EU-Landes hatte bereits vorab mit dramatischen Worten vor einer Änderung der Regeln gewarnt. „Hände weg von Schengen“, sagte Luc Frieden, Premier von Luxemburg.

Schengen ist das namensgebende Dorf in Luxemburg für ein Abkommen von 1985, das ermöglicht, dass rund 450 Millionen EU-Bürger:innen frei reisen. Vor allem Italien hatte angesichts der Vorkommnisse in Ceuta gefordert, dass Spanien aus dem Schengenraum ausgeschlossen wird. Premier Frieden, selbst Teil der konservativen EVP, kritisierte den Brief der 22 Staats- und Regierungschef:innen an Spanien. Luxemburg setzt stattdessen auf den gemeinsamen Schutz der EU-Außengrenzen und die Zusammenarbeit mit Drittstaaten. In diesem Fall mit Marokko.

EU-Innenkommissar Brunner propagierte wie sein Amtskollege O’Callaghan Einheit, Solidarität und den Willen, „Schlüsse aus den Ereignissen“ zu ziehen. Insgesamt bemüht man sich also auf oberster Ebene um Schadensbegrenzung. Seit Mitte Juni gilt das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem (Geas), und die Zahl der irregulären Grenzübertritte ist ohnehin in den vergangenen

rund zwei Jahren zurückgegangen. Trotzdem soll es jetzt einen Fünf-Punkte-Plan geben für mehr Kooperationen mit Transitländern, schärfere Maßnahmen gegen Schleuser, und auch die umstrittene Agentur Frontex soll stärker zum Zug kommen an den Außengrenzen.

Hilflos scheinen die EU-Innenminister:innen beim Thema Desinformation und Verbreitung von Falschmeldungen. Es gibt etliche Spekulationen, woher die Aufrufe in den sozialen Medien kamen, denen dann die vielen Migrant:innen nach Ceuta folgten. Die EU-Antwort darauf ist bisher eine bessere Krisenkommunikation. Heißt wohl auch mehr Überwachung und Austausch mit Geheimdiensten. Dass Migration als Waffe genutzt wird, vor allem auch in Kriegszeiten, das hat selbst die italienische Regierungschefin Giorgia Meloni erkannt – und trotzdem den Streit mit Spanien befeuert.

Die Krisensitzung der EU-Innenminister sollte am Dienstag die Wogen glätten und endlich die Sommerpause einläuten. O’Callaghan nutzte dann noch ein altbewährtes Mittel der EU: die Beschwichtigung, erst mal alles Weitere verschieben. Und zwar auf den nächsten EU-Gipfel im Oktober.



taz lage

Von Landshut direkt in den Berliner Wahlkampf

Im Berliner Lokalressort bleibt ein Praktikumsplatz offenbar nie lange frei. Das habe ich bei Rigatoni in der taz-Kantine von anderen Praktis erfahren. Seit Montag bin also ich die Neue im Ressort: Laura Mies. Ich habe das Glück, die Wahlen im September aus taz-Perspektive beobachten zu dürfen. Ein guter Grund, mich hier kurz vorzustellen.

Lokaljournalismus kenne ich bereits. Angefangen habe ich bei der

Landshuter Zeitung. Dort war ich zum Beispiel mit dem Mikrofon auf Volksfesten und Festivals unterwegs und habe junge Menschen für einen Podcast über das Aufwachsen in der Mittelstadt interviewt. Dabei war ein Gefühl immer präsent: Landshut ist zu klein für eine Großstadt und zu groß für das schnarchige Dorfklimas. Wie wird das in Berlin sein?

Meine ersten journalistischen Schritte habe ich auf knarrenden

Holzdielen in der pittoresken Landshuter Altstadt gemacht. Jetzt geht es auf quietschendem PVC-Boden in der taz-Redaktion weiter. Auf ihm ist so mancher Redakteur, ohne einen konkreten Namen zu nennen, gern barfuß unterwegs. Das Schmatzen seiner Schritte übertönt dann schon mal das Klappern der Tastaturen.

Dass Lokaljournalismus bei der taz anders funktioniert als das, was ich bisher kenne, machte mir der

Ressortleiter gleich zu Beginn klar. „Immer her mit Meinung, die Texte sollen tazzig sein“, betonte Erik Peter – oder, wie er in der Redaktion bekannt ist, „der mit der lauten Stimme“.

Ob mir das gelingen wird? Lest selbst, liebe taz-LeserInnen. Themenvorschläge und Kritik an meinen ersten Gehversuchen auf „Tazen“ gern an: laura.mies@taz.de.

Laura Mies

Nicht die Straße von Hormus

Rhein, Donau und Elbe führen wegen des extrem Sommers so wenig Wasser wie selten zuvor. Das trifft die Schifffahrt in Deutschland, aber auch die Natur. Die wichtigsten Fragen und Antworten



Strandwetter selbst in Duisburg: Ein Frachtschiff fährt am vergangenen Donnerstag auf dem Rhein
Foto: Christoph Reichwein/dpa

Von **Nanja Boenisch**

Niedrigwasser? Was heißt das?
Die großen deutschen Flüsse Rhein, Donau und Elbe führen so wenig Wasser wie selten zuvor. In Düsseldorf erreichte der Rheinpegel den bisherigen Tiefststand von 2018. Und die Lage könnte sich weiter verschärfen, da kaum Regen erwartet wird. Laut der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes soll der Pegel an der Engstelle Kaub – zwischen Mainz und Koblenz – am Freitag auf 18 Zentimeter sinken. Das wäre weniger als im Dürresommer 2018.

Ist es nicht normal, dass Flüsse mal mehr, mal weniger Wasser führen?
Leichte Schwankungen sind normal. Allerdings sind die Pegelstände aktuell außergewöhnlich niedrig, und Niedrigwassersituationen ergeben sich normalerweise erst später im Jahr. Ein Grund für die momentan dramatische Lage sind die extreme Hitze der vergangenen Wochen und damit einhergehende Trockenheit – unmittelbare Folgen der Klimakrise.

Welche Folgen hat das Niedrigwasser?
Wegen der niedrigen Pegelstände können viele Schiffe nicht mehr voll beladen werden oder gar nicht mehr ablegen. Das habe einmal lokale Auswirkungen, erklärt Jan-Christopher Scherer, Konjunkturforscher am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung – zum Beispiel, wenn Flusskreuzfahrten nicht starten können und dadurch Tourismuseinnahmen wegfallen. Gesamtwirtschaftlich spürbar sind vor allem die Einschränkungen im Gütertransport. Wenn Fracht auf mehr Schiffe verteilt werden muss, steigen die Transportkosten, sagt Scherer. Manche Güter könnten knapp werden, in der Produktion fehlen oder teurer werden.

Wie viele Güter transportieren Binnenschiffe?
Der Anteil der Binnenschifffahrt am Güterverkehr schrumpft seit Jahren. 2024 lag er bei 6,5 Prozent, 2013 waren es noch 9,3 Prozent. Ein Grund dafür ist, dass die Nachfrage nach Frachten sank, die klassischerweise mit Binnenschiffen bewegt

werden, etwa Mineralölprodukte und Kohle. Ein anderer Grund war schon in den vergangenen Jahren das Niedrigwasser.

Moment, 6,5 Prozent, das hört sich nach nicht so viel an ...
„Binnenschiffe transportieren häufig sehr spezifische Industriegüter“, sagt Scherer. Deshalb bleibt die Binnenschifffahrt ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, besonders für Unternehmen entlang der Wasserstraßen, vor allem am Rhein. „Das ist ein relativ empfindliches System“, erklärt der DIW-Forscher. Viele Transporte lassen sich nicht so einfach auf die Straße oder die Schiene verlagern, weil auch dort die Infrastruktur stark ausgelastet ist. Wie stark genau das Niedrigwasser die deutsche Wirtschaftsleistung dämpft, lasse sich jedoch kaum vorhersagen.

Was bedeutet das für die Verbraucher:innenpreise?
Das Bundeskartellamt meldete am Dienstag, dass der niedrige Pegelstand im Rhein zu deutlichen regionalen Unterschieden bei den Sprit-

preisen führt. Bei anderen Gütern lasse sich auch der Preiseffekt wiederum nur schwer abschätzen, erklärt Konjunkturforscher Scherer. Veränderungen bei Nahrungsmittel- und Strompreisen schlugen sich typischerweise erst mit einiger Verzögerung nieder.

Und für die Natur?
Dass das Niedrigwasser akut Lieferketten gefährde, sei schlimm, sagt Sabrina Schulz, stellvertretende Bereichsleiterin Naturschutz und Biologische Vielfalt bei der Deutschen Umwelthilfe. „Das viel größere Drama spielt sich aber ökologisch ab.“ An der Donau in Niederbayern retteten Helfer:innen in den letzten Tagen Tausende Fische vor dem Tod. Auch Kaulquappen, Frösche und Molche mussten in andere Gewässer umgesiedelt werden. Weniger Mückenlarven bedeuten weniger Nahrung für Vögel. Zudem steigt der Schadstoffgehalt in vielen Flüssen schneller, was die Trinkwasseraufbereitung erschwert.

Was hat die Politik bisher gemacht?

Zum Beispiel eine Nationale Wasserstrategie aufgelegt, sagt Sabrina Schulz. Die enthalte zwar gute Maßnahmen, bisher aber wurde kaum etwas umgesetzt, und es fehlten Geld und Fristen für bestimmte Aktionen.

Und jetzt?
Der Bundesverband der Binnenschifffahrt fordert zum Beispiel, am Mittelrhein die sogenannte Fahrrinne zu vertiefen, also den Fluss weiter auszubaggern. Doch laut Schulz würde das nur den Grundwasserstand in angrenzenden Gebieten senken. „Das Niedrigwasserproblem ist akut nicht lösbar“, sagt Schulz. Nötig seien langfristige Maßnahmen: strengere Regeln für die Wasserentnahme aus Flüssen oder mehr ökologische Landwirtschaft, damit Böden Wasser besser speichern. Tarek Al-Wazir, grüner Vorsitzender des Verkehrsausschusses im Bundestag, setzt sich für mehr moderne Schiffe ein, die besser mit Niedrigwasser klarkommen – die Förderung dafür will die Bundesregierung im kommenden Jahr allerdings mehr als halbieren.

Atomkraft ist nicht mehr cool

In Frankreich erzeugen AKW deutlich weniger Strom, weil das Kühlwasser der Flüsse zu warm ist. Auch in anderen Ländern wurden Anlagen gedrosselt

Von **Bernward Janzing**

Atomkraftwerke in Frankreich, der Schweiz, Ungarn und Rumänien mussten in den vergangenen Tagen ihre Produktion drosseln oder sogar einstellen – die Kühlung der Anlagen lässt sich angesichts niedriger Wasserstände und hoher Wassertemperaturen nicht mehr aufrechterhalten.
Betroffen sind primär jene Reaktoren, die nicht über Kühltürme verfügen, sondern Kühlwasser direkt aus Flüssen nutzen. Eine solche Anlage mit zwei Blöcken steht in Beznau in der Schweiz. Weil die Aare unterhalb des Kraftwerks bereits am 24. Juni eine Wassertemperatur von 25 Grad erreichte, wurde die Anlage vorübergehend auf 50 Prozent ihrer Leistung gedrosselt, inzwischen steht sie komplett still.
„Technisch sind die hohen Wassertemperaturen der Aare für das Kraftwerk und dessen Kühlung kein Problem“, sagt ein Sprecher der Betreiberfirma Axpo. Vielmehr diene die Abschaltung dem Schutz des Ökosystems der Aare. Wenn nach vollständi-

ger Durchmischung des Kühlwassers mit der Aare eine Temperatur von 25 Grad überschritten wird oder sich die Auslauftemperatur dem maximal zulässigen Wert von 32 Grad nähert, muss der Wärmeeintrag laut Umweltrecht reduziert werden, etwa durch eine Leistungsreduktion.
Die beiden anderen Kraftwerke in der Schweiz, Leibstadt und Gösgen, seien derzeit nicht von Leistungsbeschränkungen betroffen, heißt es bei der Betreiberfirma Alpiq. Die Anlagen verfügen über Kühltürme.
In Frankreich wurde unterdessen das Kraftwerk Golfech zum Schutz der Gewässerökologie der Garonne abgeschaltet. Außerdem wurde an den Standorten Bugey, Nogent, Chooz, Saint-Alban und Blayais die Leistung vorübergehend gedrosselt.

„Noch nie gab es so früh im Jahr so viele Produktionsausfälle“, sagt der in Paris ansässige Atompolitikberater Mycle Schneider. Während der Hitzewelle im Juni habe es in Frankreich einen Rekordverlust an verfügbarer Kapazität von 8,5 Gigawatt gegeben – das

waren 14 Prozent der installierten Leistung. Bis Anfang August hätten sich die Ausfälle dieses Jahres bereits auf mehr als vier Terawattstunden aufsummiert; bezogen auf die gesamte Atomstromerzeugung in diesem Zeitraum sind das rund zwei Prozent.

Nachdem das Militär nun einen Felsen sprengte, um mehr Wasser zum Kraftwerk zu leiten, stieg in Rumänien der Wasserstand der Donau um immerhin zwei Zentimeter

Solche Werte hatte die Atomwirtschaft bislang nicht auf dem Schirm. Nach Zahlen des französischen Stromkonzerns EDF lagen die Produktionsausfälle aufgrund hoher Temperatur und niedrigem Wasserstand seit dem

Jahr 2000 durchschnittlich bei gerade 0,3 Prozent. Ohne Anpassungen der Anlagen könne der Wert bis 2050 auf rund 1,5 Prozent ansteigen, hatte es bislang geheißt. Für diesen Zweck will EDF bis 2040 rund 600 Millionen Euro jährlich investieren, insgesamt 8,7 Milliarden Euro.
Neben Leistungsreduzierungen zum Schutz von Flora und Fauna können auch technische Gründe eine Abschaltung oder Drosselung eines Kraftwerks nötig machen. Im ungarischen Paks zum Beispiel reiche schlicht der Ansaugstutzen der Kühlwasserpumpen nicht weit genug hinunter, um angesichts des extremen Niedrigwassers der Donau eine ausreichende Kühlung zu ermöglichen, erklärt der deutsche Atomkraftverein Nuklearia.
Grundsätzlich sei selbst bei dem aktuellen Niedrigwasserstand noch ausreichend Wasser vorhanden, um einen Leistungsbetrieb aufrechtzuerhalten. Daher habe der Betreiber des Kraftwerks an der Donau bereits mit den Planungen begonnen, die Entnahmestelle tiefer zu legen. Auf die Schnelle

hilft das aber nicht weiter – die Anlage wurde jetzt auf nur noch zwölf Prozent ihrer Nennleistung gedrosselt.
Während in Bulgarien der Betrieb des Kraftwerks Kosloduj an der Donau von Hitze und Trockenheit aktuell offenbar nicht betroffen ist, musste in Rumänien die Produktion der Anlage Cernavodă ebenfalls gedrosselt werden. Dort geht es primär um die Verteilung des Wassers zwischen zwei Donauarmen. Nachdem das Militär nun einen Felsen sprengte, um mehr Wasser zum Kraftwerk zu leiten, stieg dort der Wasserstand um immerhin zwei Zentimeter – was etwas Luft verschafft.
Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass gerade an der Donau die Situation extrem angespannt ist. Wie der Fachinformationsdienst Montel berichtete, seien am Montag rund 40 Prozent der Atomkraft-Kapazität Südosteuropas wegen Rekordniedrigwasserständen außer Betrieb gewesen. Berater Mycle Schneider sieht das als ein Novum: Seiner Kenntnis nach sei „die Situation an der Donau noch nie so dramatisch“ gewesen.



Geld oder Leben: In Sitges bei Barcelona demonstrieren Hunderte gegen die Immobilienspekulation der Großbank La Caixa, 2023 Foto: Marc Asensio Clupes

Hunde erlaubt, Kinder nicht

Mütter wie Luisa Plazas und María Álvarez finden in Barcelona kaum noch bezahlbare Wohnungen. Das liegt vor allem am lukrativen Geschäft mit dem Tourismus

Aus Barcelona **Lara Voelter**

Voreinem Hauseingang in L'Hospitalet de Llobregat am Stadtrand von Barcelona stapeln sich ein paar wenige Kartons. Menschen tragen Kleidung, einen kleinen Backofen und andere Habseligkeiten aus einer Erdgeschosswohnung und laden die Sachen in einen Transporter. Eine schwangere Frau telefoniert. Mit einer Hand hält sie Dokumentenmappen und ein Notizbuch fest. Immer wieder klemmt sie das Handy zwischen Ohr und Schulter und wischt sich Tränen aus den Augen. In vier Wochen soll ihr Baby zur Welt kommen.

An diesem Morgen müssen sie, ihre Tochter und zwei weitere Bewohner*innen die Wohnung räumen. Sie können die Miete nicht mehr zahlen. Lorena, die ihren Nachnamen nicht veröffentlicht sehen will, sagt, sie habe nach einem Streit mit ihrem Chef ihre Arbeit verloren.

Ein paar Leute haben sich vor dem Haus versammelt, einige tragen grüne T-Shirts mit einem aufgedruckten Stoppschild und dem Slogan: „Stop Desahucios“ – „Zwangsräumungen stoppen“. Es sind Aktivist*innen der PAH, der Plattform für von Hypotheken Betroffene. Die selbstorganisierte Bürger*innenbewegung entstand 2009 während der spanischen Finanz- und Immobilienkrise. Damals kämpfte sie vor allem gegen Zwangsräumungen nach geplatzten Hypotheken. Seither will sie Tausende Zwangsräumungen verhindert haben.

Wohnen verkomme zunehmend zum Anlageobjekt, sagt die PAH und richtet ihre Kritik damit vor allem gegen Banken, Investmentfonds und große Immobilieneigentümer*innen. 2024 folgten Aktivist*innen aus 23 Ländern ihrer Einladung nach Barcelona, um über steigende Mieten, Verdrängung und den Einfluss von Investmentfonds auf den Wohnungsmarkt zu diskutieren. Aus der Initiative gegen Zwangsräumungen

wurde eine der bekanntesten Wohnungsbewegungen Europas.

Seit 2014 sind die Mieten in Barcelona um 68 Prozent gestiegen. Selbst Menschen mit gutem Einkommen haben Schwierigkeiten, eine Wohnung zu finden. Im dicht besiedelten Stadtgebiet fehlt es an Raum.

Plötzlich hält ein Taxi vor dem Gebäude in L'Hospitalet de Llobregat. Eine Frau und ein Mann

steigen aus. Die Frau ist die juristische Vertreterin der Wohnungseigentümer*innen, der Mann ein Richter, der an diesem Morgen die Räumung begleitet. Sie reden mit den Menschen, die die Wohnung räumen sollen, und mit Sprecher*innen der PAH. Schließlich reicht der Richter einer Bewohnerin einen Kugelschreiber und ein Dokument. Sie lächelt kurz und unterschreibt.

Damit ist klar: Sechs weitere Wochen dürfen die Anwohner*innen bleiben. Für die Mitglieder der PAH ist das ein Erfolg. Sie applaudieren, einige recken die Fäuste in die Höhe und rufen: „Sí se puede!“ – „Ja, es geht!“ Gelöst ist das Problem der Bewohner*innen allerdings nicht, sie haben lediglich Zeit gewonnen. Bald wird wieder dieselbe Frage im Raum stehen: Wohin jetzt?

Ende 2025 kamen in der Provinz Barcelona innerhalb der ersten zehn Tage nach Veröffentlichung auf ein Mietangebot durchschnittlich 462 Interessent*innen – so viele wie nie zuvor seit Beginn der Erhebungen des Observatorio del Alquiler, eines Forschungsinstituts, das den spanischen Mietmarkt analysiert.

Oft wird die Miete stärker von der Lage als von der reinen Wohnungsgröße oder Zimmerzahl bestimmt. Für eine kleine Wohnung, häufig mit nur einem Zimmer, werden mindestens zwischen 1.000 und 1.300 Euro Kaltmiete fällig. Mehr als 10.000 legale Touristenwohnungen, angeboten über Plattformen wie Airbnb, verschärfen das Problem. Immerhin: Die Stadt will deren Lizen-



Migrantin und Mutter: Luisa Plazas Schegtel ist vom ständigen Umziehen krank geworden. Nur für ihre Tochter bleibt sie in Spanien Foto: Lara Voelter

zen aufgrund der Wohnungskrise bis 2028 auslaufen lassen.

Steht María Álvarez Monsonis auf ihrem Balkon, sieht sie Palmen und das Meer. „Wir wohnen im Viertel Barceloneta, dort, wo viele am liebsten leben würden, und trotzdem möchte ich einfach weg“, sagt die 55-Jährige. Seit 14 Jahren teilt sie sich mit ihrer jetzt 15-jährigen Tochter ein Zimmer und ein Bett in der Wohnung ihrer Mutter. Sie ist hell, etwa 90 Quadratmeter groß und längst abbezahlt. Doch dort bestimmt die Mutter die Regeln und auch ihr Bruder ist nie aus der gemeinsamen Wohnung ausgezogen.

Mit Anfang 20 lernte María Álvarez Antonio kennen. Sie zogen zusammen, heirateten, bekamen ihre Tochter. Nach der Finanzkrise zu Beginn der 2010er-Jahre geriet ihre gemeinsame Firma in Schwierigkeiten. Um Kosten zu sparen, beschloss sie, in die Wohnung von Álvarez’ Mutter zu ziehen. Etwa vier Jahre wohnte das Ehepaar mit Tochter in einem Zimmer. „Am Ende haben wir die Firma verloren und dann auch unsere Ehe“, fasst sie die Zeit zusammen.

María Álvarez arbeitet in der Verwaltung der Stadt Barcelona und verdient etwa 1.200 Euro netto. Nach Feierabend gibt sie Nachhilfe, um sich etwas dazuzuverdienen. Zwei Jahre lang suchte sie in Barcelona und Umgebung nach einer Wohnung für sich und ihre Tochter. Tag für Tag klickte sie sich durch Wohnungsportale, telefonierte mit Makler*innen und versuchte, Besichtigungstermine zu bekommen. Vergeblich. Vor einem Monat gab sie auf.

Immer wieder hätten Vermieter*innen das Interesse verloren, wenn Álvarez von ihrer Tochter sprach. Einige Makler*innen hätten ihr sogar direkt gesagt: Keine minderjährigen Kinder. Dahinter steht oft die Sorge, Mieter*innen mit minderjährigen Kindern könnten im Konfliktfall als besonders schutzbedürftig gelten und Wohnungen deshalb schwerer wieder geräumt werden.

Daniel Pardo Rivacoba ist Sprecher der Assembla de Barris pel Decreixement Turístic, eines Bündnisses tourismuskritischer Nachbarschaftsinitiativen. Bilder von Demonstrierenden, die mit Wasserpistolen auf Tourist*innen in Straßencafés spritzten, gingen um die Welt, machten Barcelona zu einem der sichtbarsten Schauplätze der europäischen Debatte über Tourismus und Wohnraum. Doch was bleibt davon?

Für Pardo greift die Frage zu kurz. Die Proteste seien nur der sichtbarste Teil jahrelanger Arbeit. Barcelona sei kein Einzelfall. Von Lissabon über Amsterdam bis Berlin werde darüber gestritten, wem die Stadt gehört, wenn Wohnungen knapper und Innenstädte zunehmend zur touristischen Kulisse werden. „Wir machen nicht die Touristen dafür verantwortlich“, stellt Pardo klar. Das eigentliche Problem sei ein Wirtschaftsmodell, das Barcelona immer stärker vom Tourismus abhängig gemacht habe.

2025 kamen 26 Millionen Besucher*innen nach Barcelona. Bereits 2023 erwirtschaftete der Tourismus nach einer Studie des Forschungsinstituts Metrópoli 13 Milliarden Euro – etwa ein Achtel der Wirtschaftsleistung der Stadt. 151.000 Menschen arbeiteten damals direkt im Tourismussektor.

Am deutlichsten hat sich das während der Coronapandemie gezeigt. Als der internationale Tourismus zeitweise fast vollständig verschwand, sei Barcelona für kurze Zeit eine andere Stadt gewesen. „Auf der Plaça Reial haben wieder Kinder gespielt“, erzählt Pardo.

Touristenwohnungen bis 2028 abzuschaffen, hält Pardo für einen Schritt in die richtige Richtung. Doch solange über die Pläne der Regionalregierung zum Ausbau des Flughafens diskutiert werde und der Hafen weiterhin in die Kreuzfahrtingfrastruktur investiere, sei das zu wenig. Seine Initiative kämpft gegen diese Ausbaupläne. „Viele beschweren sich über die Probleme in ihrer Stadt und in ihrem Land. Aber sie tragen dazu bei, dass dieselben Probleme auch an anderen Orten entstehen.“

Luisa Plazas Schegtel, 35, lebt wie Lorena in L’Hospitalet de Llobregat. Auch sie heißt eigentlich anders. Mit ihrer Mutter und ihrer 14 Jahre alten Tochter teilt sie sich ein Zimmer von etwa 20 Quadratmetern. Darin befinden sich ein Einzelbett und eine zweite Matratze, die sie abends unter dem Bett hervorzieht. Durch die Wand ist aus dem Nachbarzimmer ein Fernseher zu hören. Es



Wenn der Tourismus alles andere überlagert: Einwohner*innen Barcelonas spritzen Touris nass. Juni 2025
Foto: Davide Bonaldo/sopa/ imago

klingt, als würde jemand ununterbrochen durch die Programme zappen.

Auf den Regalbrettern reihen sich Gewürze neben Putzmitteln. Der Schulrucksack ihrer Tochter hängt am Schrank, an der Wand ein Föhn. Unter einem Klappstuhl steht ein Bügeleisen. Es gibt kaum einen Fleck im Raum, der nur einem Zweck dient.

Plazas zieht ihre Schuhe aus und lässt sich auf das gemachte Bett fallen. Sie nickt in Richtung der Nachbarzimmer: „Der einzige Ort, wo man etwas Ruhe hat, ist im Bad“, sagt sie. „Und selbst dort klopft dann schon wieder jemand an die Tür.“

800 Euro zahlt die Familie für das Zimmer. Zwei weitere Zimmer der Wohnung sind ebenfalls vermietet. Esszimmer, Küche und Bad teilen sie sich mit anderen Bewohner*innen. Alle zwei Wochen kommt auch Luisa Plazas’ Freund für einige Tage zu Besuch. Dann schlafen vier Menschen in dem Raum: Plazas’ Tochter, ihre Mutter und das Paar.

2017 kam Plazas nach Barcelona. Zuvor hatte sie in Madrid gelebt. Sie hoffte auf einen Neuanfang, vor allem für ihre Tochter, die eine kognitive Entwicklungsverzögerung hat. Heute sagt sie: „Ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir in Spanien jemals ein würdiges Zuhause hatten. Seit zehn Jahren hüpfе ich wie ein Frosch von Zimmer zu Zimmer.“

Allein im vergangenen Jahr hätten sie in fünf verschiedenen Zimmern in unterschiedlichen Wohnungen gewohnt, im Jahr davor in drei. Immer wieder mussten sie ausziehen. Manchmal, weil die Miete stieg. Manchmal, weil die Hauptmieter*innen die Zimmer anderweitig vergeben wollten. „Ich will nur, dass wir endlich unser eigenes Zuhause haben“, sagt Plazas.

Das günstigste Angebot, das sie zuletzt gefunden hat: eine Einzimmerwohnung für 1.050 Euro – ohne Nebenkosten. Viele Zimmer- und Wohnungsangebote werden inzwischen nur noch mit Verträgen von maximal elf Monaten vermietet. So umgehen Eigentümer*innen die Regeln für reguläre Mietverhältnisse, zum Beispiel die Mietpreisbegrenzung. Anschließend können sie die Wohnungen teurer neu vermieten.

Oft scheitere sie schon vor der Besichtigung. Mehrfach hätten Vermieter*innen abgesagt, nachdem sie erfahren hatten, dass die Familie aus Kolumbien stammt. Es heiße dann, die Eigentümer*innen wollten nur Spanier*innen. Wie María Álvarez erlebt auch Luisa Plazas, dass ein minderjähriges Kind bei der Wohnungssuche häufig zum Problem wird. Neulich habe sie eine Wohnungsanzeige gelesen mit dem Hinweis: „Hunde erlaubt, Kinder nicht.“

Anfang 2026 verhängte die katalanische Gleichbehandlungsbehörde erstmals eine Geldstrafe gegen eine Immobilienagentur wegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Ein Mann marokkanischer Herkunft hatte sich auf eine Wohnung beworben und die Auskunft erhalten, sie sei bereits vergeben. Kurz darauf meldete sich ein Arbeitskollege auf dieselbe Wohnung. Er erhielt einen Besichtigungstermin. Die Behörde wertete den Fall als ethnische Diskriminierung und verhängte eine Geldstrafe von 10.000 Euro.

Auch die gemeinnützige Organisation Provienda beobachtet seit Jahren einen Anstieg von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. In einer Untersuchung akzeptierten die meisten befragten Immobilienagenturen diskriminierende Vorgaben von Eigentümer*innen – etwa Bewerber*innen aufgrund ihrer Herkunft auszuschließen.

Der Berufsverband der Immobilienmakler*innen in Katalonien, Col·legi i Associació d’Agents Immobiliaris de Catalunya, beantwortete Fragen der taz zur Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und zum Umgang der Branche mit diskriminierenden Vorgaben von Vermieter*innen bis Redaktionsschluss nicht.

Doch auch finanzielle Hürden erschweren die Wohnungssuche. Viele Vermieter*innen verlangten vier Monatsmieten Kautiоn, sagt Luisa Plazas, also mehrere Tausend Euro. Laut Miguel Ruiz Díaz-Reixa, Rechtsanwalt beim Observatori DESC, einer katalanischen Menschenrechtsorganisation, seien höchstens zwei Monatsmieten erlaubt. „Der

„Ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir in Spanien jemals ein würdiges Zuhause hatten. Seit zehn Jahren hüpfе ich wie ein Frosch von Zimmer zu Zimmer“

Luisa Plazas Schegtel lebt mit Tochter und Mutter in einem Zimmer nahe Barcelona

Mietmarkt ist derzeit der Wilde Westen. Es gibt zwar viele Gesetze, aber bislang werden nur wenige davon durchgesetzt“, sagt Ruiz. Es fehle an wirksamen Kontrollen und daran, dass bestehende Vorschriften konsequent überprüft und durchgesetzt würden.

Hinzu komme, dass viele Betroffene Diskriminierung gar nicht meldeten. „Den meisten geht es in diesem Moment nicht darum, eine Diskriminierung anzuzeigen oder zu klagen, sondern überhaupt eine Wohnung zu finden.“ Zudem fehle das Vertrauen in staatliche Stellen. Viele Betroffene würden sich die Frage stellen: „Wenn sie das Wohnungsproblem nicht lösen können, warum sollten sie dann meine Diskriminierung lösen?“

Gemma Tarafa, Fraktionchefin der oppositionellen sozialökologischen Partei Barcelona en Comú im Stadtrat, sieht ebenfalls politischen Handlungsbedarf. „Rassismus ist strukturell und betrifft etwas so Grundlegendes wie das Wohnen und das Recht auf Zugang zu Wohnraum“, sagt sie. Aus ihrer Sicht müsse die Politik stärker in den Wohnungsmarkt eingreifen, um Diskriminierung aufgrund der Herkunft zu bekämpfen, ebenso wie die Benachteiligung von Alleinerziehenden.

Trotz allem denkt Luisa Plazas nicht daran, Spanien zu verlassen. Wäre sie allein, ist sie sich sicher, wäre sie längst nach Kolumbien zurückgekehrt. Doch ihre Tochter werde in ihrer Schule mit

besonderem Bedarf besser gefördert als etwa in Kolumbien, glaubt sie. Dort habe sie große Fortschritte gemacht, Freundinnen gefunden und fühle sich wohl. Einen Platz an einer vergleichbaren Einrichtung zu bekommen, könne Jahre dauern. „Die einzige Konstante, die meine Tochter bislang hatte, ist die Schule.“

Dafür putzt und arbeitet Luisa Plaza in Bars und Restaurants oder nimmt andere Gelegenheitsjobs an. Da sie darauf wartet, dass ihre Aufenthaltspapiere verlängert werden, geschieht das ohne Vertrag. Ihre Mutter macht an den Wochenenden einer älteren Frau den Haushalt, kocht für sie und geht mit ihr spazieren. Auch Plazas’ Freund unterstützt die Familie finanziell.

Zeitweise habe sie sogar in ihrem Auto geschlafen, erzählt Luisa Plazas. Ihre Tochter wohnte währenddessen mit ihrer Mutter in einem Zimmer. Als die Sozialdienste von ihrer Situation erfuhren, vermittelten sie Mutter und Tochter für mehrere Monate in eine Übergangswohnung. Die Kosten wurden zunächst aus öffentlichen Mitteln finanziert. Später habe sie die Unterstützung jedoch versteuern und viel nachzahlen müssen, sagt Plazas. Auch Wohn- und Mietbeihilfen können steuerliche Folgen haben.

Ihre Psychologin und eine Sozialarbeiterin hätten ihr geraten, ein Zimmer oder eine Wohnung einfach zu besetzen, erzählt Luisa Plazas. Hausbesetzungen spielen in Spanien eine zentrale Rolle bei der Debatte über die Wohnungskrise. Für die Provinz Barcelona registrierte das spanische Innenministerium 2024 insgesamt 5.077 Fälle. Doch für Plazas kommt das nicht in Frage.

Ihre Wohnungssuche führt Plazas mittlerweile weit über Barcelona und Katalonien hinaus. Neun Dörfer habe sie bereits angerufen. Orte, die seit Jahren Einwohner*innen verlieren und neue suchen. Manche bieten renovierungsbedürftige Häuser zu symbolischen Preisen an, andere günstige Mietwohnungen. Doch auch dort habe sie nur Absagen erhalten.

Vor drei Jahren erlitt Luisa Plazas, damals Anfang 30, einen Schlaganfall. Seither leide sie unter Schlafproblemen und chronischen Schmerzen. Bis heute geht ihr ein Satz der Ärzte nicht aus dem Kopf: „Das ist der dauerhafte Stress.“ Sie sagt: „Es fühlt sich an, als würde mir jemand den Fuß auf den Hals stellen. Ich bekomme kaum noch Luft.“

Auf Fotos sehe sie oft fröhlich aus, sagt sie. Das Lachen wolle sie sich nicht nehmen lassen, auch wenn es in ihr oft ganz anders aussehe. „Wir haben so viel Geld, Zeit, Energie und Würde verloren.“

Drei Wochen später schreibt Plazas per WhatsApp. Sie sind umgezogen. Wieder einmal. Etwa 40 Kilometer von L’Hospitalet de Llobregat entfernt. Das Zimmer sei schöner und größer als das alte, der neue Mitbewohner angenehmer als die vorherigen. Damit ihre Tochter auf ihrer Schule bleiben kann, begleitet sie sie nun jeden Morgen mit dem Zug dorthin. Anderthalb Stunden hin, anderthalb Stunden zurück. Dazwischen geht sie kellnern oder putzen. Auch am Wochenende.

**Nachname von der Redaktion geändert*

 **newsletter**

Reportage & Recherche

Die Geschichte hinter der Geschichte

Ein Blick hinter die Kulissen der taz Recherchen – exklusive Einblicke in die Arbeit unseres Investigativ-Teams.

Jeden zweiten Samstag im Newsletter:
taz.de/recherche

richtig gute leute

70 in der Kirche wie 70.000 auf der Straße

Einst gestaltete er die friedliche Revolution von 1989 mit. Nun predigt Frank Richter in seiner neuen Heimat Sachsen-Anhalt

Er muss sich auch in seiner neuen Heimat um Seelen sorgen – und um die Verhältnisse, wenn sie den Seelen zu schaden drohen. Also lädt Frank Richter zu einer Diskussion „Kirche und Demokratie“ in den Merseburger Dom ein, wird seinerseits vom Deutschlandfunk zu den „Zwischentönen“ eingeladen, hält im August noch vier Vorträge in Sachsen-Anhalt zum Thema „Was wir von einer AfD-geführten Regierung zu erwarten haben“, moderiert Ende Juli in dem Dörfchen Horburg ein Gespräch mit dem Bischof der Evangelischen Kirche Mitteldeutschland, Friedrich Kramer. „Wenn hier 70 Leute das Kirchlein füllen, ist das so, als ob in Leipzig 70.000 auf die Straße gehen würden!“

Erst seit dem vorigen Jahr lebt der Theologe, vor 66 Jahren im sächsischen Meißen geboren, in einem kleinen Ort bei Merseburg. Seine Frau hat es von hier nicht so weit zum MDR in Halle, und Richter war der „Enge sächsischen Denkens“ auch ein wenig überdrüssig geworden. Seine Berufung beschreibt er als tragende Konstante über alle wechselnden Berufe und Funktionen hinweg. Dass sie sich auch in Sachsen-Anhalt durchsetzen würde, war absehbar: „Seelsorgerisch wirken, Menschen wahrnehmen und einbinden, Orientierung und Hoffnung geben!“

Für Richter gab es dabei nie die auf Luther zurückgeführte umstrittene Zwei-Reiche-Lehre, also den Dualismus von Gottesreich und weltlicher Obrigkeit. Als junger Kaplan an der katholischen Dresdner Hofkirche half er im Oktober 1989 mit, die Weichen für einen friedlichen Verlauf der Proteste gegen das SED-Regime zu stellen. Lehrer, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, 2018 nur um 97 Stimmen bei der Stichwahl zum Oberbürgermeister in Meißen gescheitert, SPD-Landtagsabgeordneter in Sachsen lauteten seine weltlichen Stationen.

Was immer blieb, war sein pastoraler Einsatz. Jetzt, in Sachsen-Anhalt, predigt er wieder und mischt sich zugleich offensiv in den „Schicksalswahlkampf“ ein. „Die AfD führt einen Kulturkampf gegen die liberale, offene Gesellschaft! Sie sammelt oberflächlich und banal alles ein, was wir vor hundert Jahren schon hatten.“ Frank Richter fühlt sich an das Marx-Wort erinnert, dass sich Geschichte immer zweimal ereigne: das erste Mal als Tragödie, das zweite Mal als Farce. Ähnliches gelte für die von der AfD instrumentalisierte DDR-Ostalie.

Der von der AfD im Programm angekündigte Kampf gegen die „Kirchensteuerkirchen“ beunruhigt ihn dagegen weniger. „Das wird die Kirche überstehen“, zumal ihr finanzielles Aushungern nicht im Handstreich durchzusetzen sei. Eine Überprüfung der staatlichen Entschädigungsleistungen infolge der napoleonischen Enteignungen ab 1806 hält aber auch Richter für geboten. Schlimmer sei die identitätspolitische Benützung des „christlichen Abendlandes“ durch die AfD, die dessen Versatzstücke „auf dem politischen Flohmarkt“ feilbiete.

Ein ausgeglichener, humorvoller Typ wie Frank Richter empfiehlt seinen persönlichen Umgang mit schweren Bedrohungen auch den Bürgern: „Die Gesellschaft in Sachsen-Anhalt könnte jetzt entdecken, dass Demokratie eine ernste Sache ist und doch Freude macht!“ So ließe sich auch das „res severa verum gaudium“ des römischen Philosophen Seneca übersetzen. Dieses Bewusstwerden, wünscht sich Richter, solle über den Wahltag hinaus anhalten.

Bis zu den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt stellen wir Engagierte aus der Zivilgesellschaft vor. In der Serie „Richtig gute Leute“ zeigen wir Menschen, die die Wahlen noch nicht verloren geben.

Der passende Barde für die AfD: Hannes Ostendorf, Sänger der rechtsextremen Band Kategorie C im Jahr 2014 Foto: imago



Schwurbelnde Liederkönige, schweigende Behörden

Die Bundesregierung hat keine Kenntnisse über AfD-Events mit musikalischer Unterstützung von Rechtsrock-Bands. Die Linke hatte nachgefragt

Von Andreas Speit

Das Konzert fand kürzlich in Heide statt. Hannes Ostendorf trat in der schleswig-holsteinischen Stadt auf. Als Frontmann der Band „Kategorie C“ ist er einer der Stars der Rechtsrock-Szene. Eine antifaschistische Initiative machte das konspirative Konzert vom 24. Juli publik. Die Betreiber bestätigten den Auftritt auf Instagram, beteuerten dort aber, „das Liedgut“ sei nicht „rechtsgerichtet oder extremistisch“ gewesen. Rechte Gäste seien nicht gekommen, obwohl Ostendorf seit Jahren rechtsextreme Fans anzieht – mal solo, mal mit Band.

In einer aktuellen Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken zu Rechtsrock wird der stämmige Glatzkopf erwähnt. Diese Erwäh-

nung ist allerdings einer der wenigen konkreten Informationen zur „Musik der extremen Rechten“. Bereits im Juni hatte die Linksfraktion im Bundestag zur musikalisch unterlegten Hetze angefragt. Zwischen Juli und Dezember 2025 fanden demnach allein 20 Konzerte und 100 Liederabende statt, antwortet die Bundesregierung.

Die Antworten offenbaren allerdings auch, dass die Sicherheitsbehörden öffentlich bekannte Veranstaltungen nicht angaben. Nicht erwähnt waren unter anderem Musikevents in der verschwörungsideologischen und esoterisch-völkischen Szene sowie bei der AfD, sagt die Linksfraktion. Deshalb hakte sie nach. Die neunseitige Antwort lässt jedoch erneut Fragen offen.

Die Linke wollte wissen, warum Auftritte von Musiker:innen unter Künstlernamen nicht

namentlich angegeben wurden, obwohl sie in Landesverfassungsschutzberichten erwähnt werden. Die Antwort: zum Schutz von Grundrechten Dritter. Die Bundesregierung enthalte sich einer Bewertung der Landesberichte aufgrund der föderalen Kompetenzverteilung. Zu den Auftritten der Musiker mit den Künstlernamen „Yann Song King“, „Estéban Cortez“ und „Björn Banane“ möchte die Bundesregierung nichts belegen, da die Informationen in „besonderem Maße das Staatswohl berühren“ würden. Die Akteure könnten Abwehrstrategien gegen die Beobachtung entwickeln. Die Antwort legt nahe, dass Informant:innen oder V-Leute geschützt werden sollen.

In den sozialen Medien suchen die drei Musiker selbst eine breite Öffentlichkeit. Yann Song King stellt sich auf seiner

Website als „schwurbelnden Liederkönig und beliebten Heimatdichter aus Dunkeldeutschland“ vor. Estéban Cortez und Björn Banane dokumentieren online ihre Auftritte bei der AfD. Björn Banane, alias Björn Winter, der auch für AfD-Funktionäre arbeitet, provozierte am 27. Juli in Potsdam beim CSD-Gedenken: Er bezeichnete die Trauernden als „Regenbogenfaschisten“.

Die drei Musiker bewegen sich zudem im „Phänomenbereich Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“. 2021 führte das Bundesamt für Verfassungsschutz diesen Bereich im Zuge der Querdenken-Proteste ein. Als eigenständiger Bereich werde er inzwischen aber nicht mehr geführt, da er „an Bedeutung verloren“ habe. Die Antwort lässt sich so verstehen: Weil auf der Straße keine Proteste mehr stattfinden, wird offenbar auch nicht mehr genau hingeschaut.

Zu Events der AfD mit Musik erklärt die Bundesregierung, dass diese Veranstaltungen, sofern rechtsextreme Bands oder Solokünstler:innen auftreten, bei den „rechtsextremen Musikveranstaltungen“ mitgezählt würden. Auf die Frage, welche Erkenntnisse zu 17 Veranstaltungen mit AfD-Beteiligung und musikalischer Darbietung zwischen Juli und Oktober 2025 vorlägen, räumt die Bundesregierung jedoch ein, keine Erkenntnisse zu haben.

„Das Fragerecht ist das schärfste Schwert der Opposition“, sagt die Linke-Politikerin Mandy Eißing. Die Bundesregierung berufe sich jedoch aufs Staatswohl, um Auskünfte zu verweigern, die längst öffentlich bekannt seien. In anderen Fällen wiederum wolle sie offenbar gar nichts wissen, obwohl es Medienberichte gebe, so die Sprecherin der Linken für bürgerschaftliches Engagement und für Ostdeutschland. Für den Osten sei das besonders bitter, da hier die meisten Konzerte stattfänden. „So funktioniert parlamentarische Kontrolle nicht“, sagte Eißing.

Zwangsdienst als Randnotiz

Für den Fall einer Rückkehr zur Wehrpflicht würde wohl auch der Zivildienst wiederbelebt. Sozialverbände reagieren gespalten

Die Bundesregierung trifft Vorkehrungen, im Fall einer Rückkehr zur Wehrpflicht auch den Zivildienst zu reaktivieren. Das Familienministerium befragte nach eigenen Angaben vorsorglich 23 große Verbände, ob Plätze für etwaige Wehrdienstverweigerer zur Verfügung stünden. Unionsfraktionschef Thorsten Frei bestätigte bei RTL/ntv, dass sich die Regierung auf „Eventualitäten“ vorbereitet. Doch Sozialverbände reagierten skeptisch.

So erklärte der Paritätische Gesamtverband, man trete für eine Stärkung der Freiwilligendienste ein. „Die mögliche Wiedereinführung eines neuen Zivildienstes im Zuge einer Bedarfs-Wehrpflicht darf nicht zulasten der Freiwilligendienste gehen.“ Ähnlich äußerte sich der Sozialverband Deutschland. „Statt auf Zwang zu setzen, müssen freiwilliges Engagement und Ehrenamt gestärkt und der Bundesfreiwilligendienst sowie das Freiwillige Soziale Jahr verlässlich gefördert werden“, sagte SoVD-Chefin Michaela Engelmeier der Funke Mediengruppe.

Die Wehrpflicht in Deutschland war 2011 ausgesetzt worden. Damit endete auch der zivile Ersatzdienst für junge Männer, die aus Gewissensgründen den Dienst bei der Bundeswehr verweigerten. 2010 hatten noch rund 80.000 Wehrpflichtige als „Zivi“ Dienst in sozialen Einrichtungen wie Pflegeheimen, Rettungsdiensten oder Jugendzentren

abgeleistet. Über die Jahre der Wehrpflicht waren es nach offizieller Statistik insgesamt rund 2,7 Millionen. Als Ersatz wurde im Juli 2011 der sogenannte Bundesfreiwilligendienst mit jährlich etwa 35.000 Plätzen gegründet.

Ob und wie die Wehrpflicht wieder aktiviert werden könnte, ist offen. Seit Anfang dieses Jahres gilt zunächst eine verpflichtende Musterung für junge Männer ab dem Jahrgang 2008, um Freiwillige für den angekündigten Ausbau der Bundeswehr zu rekrutieren. Sollten die Ziele verfehlt werden, kann der Bundestag über eine „Bedarfs-Wehrpflicht“ entscheiden. Dann würde auch wieder die Grundgesetz-Klausel greifen: „Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden.“

Eine Sprecherin des Familienministeriums bestätigte Informationen über Vorkehrungen für die mögliche Rückkehr zum Zivildienst. Demnach wurden bereits im Winter die Verbände kontaktiert, die bis 2011 im Zivildienst oder später bei Freiwilligendienstern aktiv gewesen seien. Ihnen wurden „sehr grundsätzliche Fragen übermittelt zur Abschätzung von Möglichkeiten, als Verband im Falle der Wiedereinsetzung einer allgemeinen Wehrpflicht Wehersatzdienstplätze anzubieten“, teilte die Ministeriumssprecherin mit. 22 der 23 Verbände hätten angegeben,

grundsätzlich ein Angebot machen zu können.

„Solange wir keine allgemeine Wehrpflicht haben, gibt es auch keinen neuen Zivildienst“, erklärte die Sprecherin. „Sollte die allgemeine Wehrpflicht allerdings wieder eingesetzt werden, muss die Basis für einen modernen Zivildienst vorbereitet sein.“ Wie ein Wehersatzdienst aussehen würde, daran „arbeiten wir gerade mit dem Bundesgesellschaftsdienstegesetz“. Die Zahl der Zivis werde davon abhängig sein, „ob, wann und in welchem Umfang die Wehrpflicht nach § 2a Wehrpflichtgesetz angeordnet wird“.

Obwohl es keine Entscheidung für eine Wehrpflicht gibt, steigt bereits die Zahl der Anträge auf – vorsorgliche – Verweigerung. Im ersten Halbjahr gingen nach einem Bericht des Redaktionsnetzwerks Deutschland 5.862 Anträge beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben ein. Im gesamten Jahr 2025 waren es 3.867 Anträge, 2024 nur 2.998.

Trotzdem dürfte es nach Einschätzung des Caritas-Verbands im Fall der Fälle vergleichsweise wenige Zivis geben. Caritas-Präsidentin Eva Welskopf argumentierte, mit einer Bedarfs-Wehrpflicht würden nur so viele junge Männer eingezogen, wie die Bundeswehr benötige, und zwar auf Grundlage sachlicher Kriterien. Folglich würden wohl nur wenige junge Männer den Wehrdienst verweigern. Ein Zivildienst wäre unter diesen Be-

dingungen „eine Randnotiz“, meinte die Verbandspräsidentin. „Wer den Eindruck erweckt, auf diesem Weg ließen sich die Personalprobleme sozialer Einrichtungen lösen, weckt völlig falsche Erwartungen.“

Vor der Aussetzung von Wehr- und Ersatzdienst 2011 hatten Sozialverbände große Bedenken geäußert, dass die Zivis an allen Ecken und Enden fehlen und vor allem die Pflege stark unter Druck geraten würde. Der Bundesfreiwilligendienst werde das nicht wettmachen können, hieß es damals.

Ulrich Schneider, damals Geschäftsführer des Paritätischen und einer der Kritiker, denkt inzwischen anders. Zwar habe die Aussetzung des Zivildienstes tatsächlich Lücken gelassen, sagte Schneider der dpa. Die jungen Männer hätten zum Beispiel in der Pflege die Zeit gehabt, die Fachkräften oft fehle. Doch habe der Bundesfreiwilligendienst das „doch zumindest zu einem großen Teil kompensiert“, sagte Schneider, heute Vorstandsmitglied der Linken. „Da waren wir ganz glücklich.“ Dass dieser Dienst freiwillig und nicht Pflicht sei, habe große Vorteile. „Das hat zum großen Teil das System gestützt.“

Schneider wagt auch die These, dass es nicht zur Wiederbelebung von Wehrpflicht und Zivildienst kommen werde. Früher hätten viele die Wehrpflicht als gegeben hingenommen, jetzt werde sie aktiv hinterfragt. „Das kann man nicht mehr zurückdrehen, das ist ausgeschlossen.“ (dpa)

taz: Herr Dejanović, Sie haben vor zwei Jahren eine Mail erhalten. Der Betreff lautete „Kein Scherz, kein Spam – Sie sind Student des Jahres 2025“. Was hat sich seither in Ihrem Leben verändert?

Noah Dejanović: Mein Leben hat sich auf den Kopf gestellt. Es sind Dinge möglich geworden, die ich mir vorher nicht hätte erträumen können. Ich spreche regelmäßig vor Hunderten Menschen über meine Geschichte und Kinderschutz, setze mich auf Bundesebene für betroffene Kinder und Jugendliche ein und werde für Drehs und Interviews angefragt. Diese Arbeit gibt mir ein hohes Maß an Selbstwirksamkeit.

taz: Was ist Ihre Geschichte?

Dejanović: Ich habe in meiner Kindheit psychische, physische und sexualisierte Gewalt durch meine Mutter erlebt, bis ich von ihr abgehauen bin. Meine Eltern waren getrennt und mein Vater hat mich an einem Umgangswochenende nicht nach Hause gebracht, sondern wir sind zur Polizei gegangen und ich habe ausgesagt. Ich musste noch einmal beim Familiengericht aussagen und konnte dann bei meinem Vater bleiben. Da war ich elf Jahre alt.

taz: Was hätten Sie sich damals von Ihrem Umfeld gewünscht?

Dejanović: Ich hätte mir gewünscht, dass Lehrkräfte mich angesprochen hätten und mir Fragen gestellt hätten wie: Hey Noah, ist irgendetwas los? Du wirkst abwesend auf mich und ich mache mir Sorgen. Möchtest du darüber reden? Vor allem hätte ich gerne präventiv gelernt, was okay ist und was nicht. Ich hätte gern sehr früh gelernt, dass das mein Körper ist und ich eigene Grenzen und Rechte habe. Dass es Dinge gibt, die mir niemand antun darf, niemand sagen darf, wo mich niemand anfassen darf, auch nicht meine eigene Mutter.

taz: Was können Warnzeichen für Kindeswohlgefährdung sein?

Dejanović: Betroffene Kinder und Jugendliche können unterschiedlich reagieren. Es gibt kein Musterrezept. Die einen können plötzlich selbst sehr aggressives Verhalten an den Tag legen. Andere können sich sehr ängstlich zeigen und sich zurückziehen. Worüber man stutzig werden kann, sind plötzliche Verhaltensveränderungen. Ein plötzlicher Leistungsabfall, starke Gewichts- oder -abnahme. Oder auch



Foto: privat

Noah Dejanović, 23 Jahre, ist Mitglied des Betroffenenrates der Unabhängigen Bundesbeauftragten gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen (UBSKM). Gemeinsam mit der Geschäftsführerin des Kinderschutzbundes Sachsen, Katja Sturm, hält er Vorträge zum Thema Kinderschutz im Lehramtsstudium an verschiedenen Universitäten in Deutschland. Dejanović ist selbst Lehramtsstudent an der Universität Leipzig. 2025 wurde er für sein Engagement als „Student des Jahres“ ausgezeichnet.

selbstverletzendes Verhalten kann ein Anzeichen sein, beispielsweise, wenn Menschen lange Kleidung tragen, auch wenn es nicht zur Jahreszeit passt, um Narben zu verdecken.

taz: Sie setzen sich dafür ein, dass Lehrkräfte im Studium systematisch für das Thema Kindesmissbrauch sensibilisiert werden. Wie ist da der Stand?

Dejanović: Nach einem Gespräch im Rahmen meiner Preisverleihung als Student des Jahres wurde Kinderschutz in Mecklenburg-Vorpommern verpflichtend in das Lehramtsstudium aufgenommen. Das ist das erste und einzige Bundesland, in dem das bisher der Fall ist. In Sachsen waren wir fast so weit.

taz: Woran ist es gescheitert?

Dejanović: Die Universität Leipzig sagt: Uns fehlen die Vorgaben vom Land, die in Lehrkräftebildungsgesetzen und Prüfungsordnungen festgehalten sind. Das Land Sachsen wiederum hat es nicht für nötig befunden, Kinderschutz im Studium zu verankern. Wir haben Gespräche mit dem Wissenschaftsministerium und dem Kultusministerium geführt. Hier wurde uns gesagt: Das Lehramtsstudium sei eine wissenschaftlich grundlegende Ausbildung. Man solle das Thema Kinderschutz im Referendariat behandeln. Aber dort passiert das nur auf einer rechtlichen Ebene.

taz: Das heißt?

Dejanović: Im Lehrplan für das Referendariat gibt es eine Unterrichtseinheit, die das Thema Kinderschutz anreißt. Aber hier geht es nur um Gesetzestexte wie das Sächsische Schulgesetz. Dort steht zwar, dass Lehrer:innen verpflichtet sind, bei Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung erforderliche Maßnahmen einzuleiten. Im Referendariat aber lernen angehende Lehrkräfte dann nichts zu Warnzeichen, Reaktionen von Betroffenen auf Gewalt und was von Gewalt betroffene Schüler:innen brauchen könnten. Sie lernen auch nicht, die eigene Haltung oder das eigene Verhalten gegenüber Betroffenen zu reflektieren. Das hat nichts mit Sensibilisierung von Lehrkräften zu tun.

taz: Warum ist so eine Sensibilisierung wichtig?

Dejanović: Die Ministerien glauben, dass man solche Fälle als Lehrkraft bei betroffenen Kindern schon merke, da diese auffällig werden würden. Dann könne man Hilfe organisieren. Aber das ist nicht immer der Fall. Das beweist meine Geschichte: Ich war ein super angepasstes und engagiertes Kind.

taz: Zusammen mit Katja Sturm vom Kinderschutzbund Sachsen halten Sie heute Vorträge an Unis und thematisieren die Leerstelle im Studium. Wie reagieren Studierende darauf?

Dejanović: In zwei Jahren waren wir an zehn Universitäten in Deutschland und Österreich und haben über 6.000 Studierende sensibilisiert. Überall sind wir auf das gleiche Problem gestoßen: Die meisten Studierenden haben vorher noch nie von dem Thema gehört. Unsere Vorträge waren eine große Ausnahme.

taz: Aktuell gibt es in Deutschland rund 260.000 Lehramtsstudierende. Ihr Engagement wirkt da wie ein Tropfen auf den heißen Stein...

Dejanović: Genau das ist das Problem. Schutz von Schüler:innen wird strukturell



Warnzeichen für Kindeswohlgefährdung müssen besser erkannt werden Foto: Maskot Bildbyrå/Deepol/plainpicture

„Das hat nichts mit Sensibilisierung von Lehrkräften zu tun“

Wer in Deutschland Lehramt studiert, sollte auf Fälle von Kindeswohlgefährdung vorbereitet sein. Das sind aber die wenigsten, kritisiert Student Noah Dejanović – und setzt sich für verpflichtende Uni-Module zum Thema ein

Interview **Michelle Schleimer**

nicht mitgedacht. Es gibt einzelne Professor:innen und Dozent:innen, die sehr engagiert sind. Der einzige Weg, der viele Kinder schützen würde, wäre die verpflichtende und strukturelle Verankerung im Lehramtsstudium. Denn in jeder Klasse befinden sich statistisch gesehen ein bis zwei Kinder, die sexualisierte Gewalt erleben und noch mehr Kinder, die von physischer Gewalt, Vernachlässigung oder psychischer Gewalt betroffen sind.

taz: Der Lehrberuf geht mit einer hohen Burnout-Rate einher. Ist es nicht nachvollziehbar, wenn Lehrkräfte es nicht schaffen, alles aufzufangen?

Dejanović: An einzelne Personen würde ich nie Vorwürfe richten. Auch nicht an meine ehemaligen Lehrkräfte. Ich habe viel Verständnis dafür, dass einem als Lehrkraft, die täglich vielen Kindern gegenübersteht, nicht jede Verhaltensänderung eines Kindes auffallen kann. Grundsätzlich wichtig ist die Offenheit dafür, sich neues Wissen anzueignen. Es ist auch wichtig, dass Lehrkräfte sich nicht als Einzelkämpfer sehen und sich bei Unsicherheiten Hilfe einholen. Das heißt, mit Kolleg:innen ins Gespräch zu gehen und bei Fachberatungsstellen oder Hilfefonetellen anzurufen.

taz: Welche Rolle könnten multiprofessionelle Teams spielen?

Dejanović: In der Idealvorstellung sollte eine Lehrperson nicht mit 28 Kindern alleine sein. Ideal wäre eine Form des Teamteaching oder eine Aufteilung zwischen Fachlehrkraft

und Sozialpädagog:in oder Schulsozialarbeiter:in.

taz: Reicht es nicht, eine:n Schulsozialarbeiter:in an der Schule zu haben?

Dejanović: Betroffene Kinder und Jugendliche schauen sich im seltensten Fall ein Organigramm an und informieren sich, ob es an ihrer Schule eine:n Sozialarbeiter:in gibt. Sie wenden sich an Menschen, denen sie vertrauen. Deswegen müssen wir die Menschen sensibilisieren, die täglich mit den Kindern und Jugendlichen arbeiten: die Lehrkräfte.

taz: Als Mitglied eines Betroffenenrates arbeiten Sie der Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung, Kerstin Claus, zu. Wie sieht Ihre Arbeit aus?

Dejanović: Wir sind in dem Bundesbetroffenenrat 18 Menschen, die in unterschiedlichsten Formen und Tatkontexten sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend erlebt haben. Wir schreiben Positionspapiere, beraten die Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, machen Öffentlichkeitsarbeit, nerven Regierungen. Wir weisen auch darauf hin, dass der Fonds Sexueller Missbrauch ab dem Jahr 2028 eingestellt werden soll, über den Betroffene bereits jetzt keine Leistungen mehr beantragen können. Als betroffene Person konnte man über den Fonds niedrigschwellig Hilfe beantragen, um sich beispielsweise einen Namenswechsel oder einen Umzug finanzieren zu können. Das Problem ist, dass es einen Betroffenenrat zwar auf Bundesebene, aber auf Landesebene nur in Rheinland-Pfalz,

Hessen und Thüringen gibt. In Leipzig setze ich mich dafür ein, dass es Deutschlands erste kommunalen Betroffenenrat gibt, damit Betroffene strukturell an jeder Ebene in der Politik beteiligt werden.

taz: Was steht für Sie als nächstes an?

Dejanović: Aktuell ist im Gespräch, ob ein Kinderschutzmodul an der Universität Leipzig entstehen kann. Das sind Momente, in denen ich mir denke: Das zählt sich aus, Menschen jahrelang für Kinderschutz auf den Sack zu gehen.

genossenschaft

Karin Drong, Finn Leben
Genossin seit 2008, Genosse seit 2025

WEITER GEHT'S NUR, WENN WIR ES

WEITERGEBEN

Die taz lebt, weil ihr so seid wie wir: solidarisch.

Mit dem Generationenprojekt öffnen wir die Türen für junge engagierte Menschen, die in die Genossenschaft einsteigen wollen, denen aber das nötige Kapital fehlt. Ältere übernehmen dabei für sie den Anteil – und tragen so das Modell weiter, auf dem die taz beruht: gelebte Solidarität in einer generationenübergreifenden Gemeinschaft.

Helft mit, der nächsten Generation den Einstieg zu ermöglichen – und unserer taz den Rücken zu stärken. Alle Infos unter: taz.de/generationenprojekt

BP verdoppelt Gewinn

Der britische Ölkonzern macht extreme Profite. Eine Übergewinnsteuer ist in Deutschland aber nicht in Sicht

Von Anja Krüger

Ein weiterer Kriegsprofiteur meldet einen Riesenprofit: Der britische Ölkonzern BP hat im zweiten Quartal 2026 seinen Gewinn mehr als verdoppelt. Das teilte das Unternehmen am Dienstag mit. Andere Ölkonzerne haben bereits ähnlich hohe Profite bekannt gegeben, die auf hohe Energiepreise aufgrund des Irankriegs zurückgehen. Eine Übergewinnsteuer, mit der auf europäischer Ebene oder in Deutschland exorbitante Gewinne abgeschöpft würden, ist jedoch nicht in Sicht.

Nach den Angriffen der USA hat der Iran den Seeweg Straße von Hormus gesperrt, durch den große Teile des weltweiten Öl- und Flüssiggasbedarfs transportiert werden. Eine Folge sind stark gestiegene Preise unter anderem für Sprit. Das spült viel Geld auf die Konten der Ölkonzerne. Der um Sondereffekte bereinigte Nettogewinn von BP stieg im Vergleich zum 2. Quartal 2025 um 144 Prozent auf gewaltige 5,73 Milliarden US-Dollar (knapp 5 Milliarden Euro).

Der saudi-arabische Konzern Aramco, der zu den wertvollsten Unternehmen der Welt gehört, hat seinen Gewinn im zweiten Quartal um 44 Prozent auf 32,7 Milliarden US-Dollar gesteigert. Aramco kann die Sperrung der Straße von Hormus teils umgehen, weil es Öl über eine Pipeline ans Rote Meer transportiert. Shell hatte bereits vergangene Woche die Verdreifachung seines Gewinns im zweiten Quartal auf 10,8 Milliarden US-Dollar bekannt gegeben. ExxonMobil hat seinen Gewinn mit 14,5 Milliarden Dollar mehr als verdoppelt.

Die Gewinne der Ölkonzerne spiegeln sich in höheren Spritpreisen, die die gesamte Wirtschaft belasten und die Inflation anheizen. Vielfach sind die Ölpreise auf dem Weltmarkt niedriger als die Tarife an den Zapfsäulen. Deshalb gehen NGOs wie Oxfam oder Greenpeace davon aus, dass die Konzerne entlang der Lieferkette Gewinne aufschlagen. Sie fordern ebenso wie die SPD, die Grünen und die Linkspartei eine Übergewinnsteuer, um übermäßige Profite abzuschöpfen.

Zwar signalisiert Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) von Zeit zu Zeit, dass er für die Einführung so einer Abgabe ist. „Bundesfinanzminister Klingbeil hat deutlich gemacht, dass es in der aktuellen Krise, die viele Menschen hart trifft, keine Abzocke durch Energiekonzerne geben darf“, heißt es auch jetzt auf Nachfrage aus seinem Ministerium. „Übermäßige Krisenprofite müssen an die Verbraucherinnen und Verbraucher zurückgegeben werden.“

Unklar ist aber, was der Minister tatsächlich für die Einführung einer Übergewinnsteuer unternimmt. Er setze sich auf europäischer Ebene dafür ein, sagt ein Sprecher seines Ministeriums. „Weitere EU-Mitgliedstaaten wie Spanien und Italien unterstützen dieses Anliegen.“ Dazu finde ein steter Austausch statt. Mehr will das Ministerium dazu nicht sagen. Auch in den vergangenen Monaten konnte es keine Angaben dazu machen, was Klingbeil konkret für eine Übergewinnsteuer tut.

Auf europäischer Ebene kommt die Einführung nicht voran. Die EU hatte in der Energiepreiskrise 2022 nach dem russischen Angriff auf die Ukraine eine vorübergehende Abgabe von 33 Prozent auf Gewinne eingeführt, die 20 Prozent über dem Vorjahresschnitt lagen. Jetzt lehnt die EU-Kommission Vergleichbares ab. Weil sich hier nichts bewegt, bringen einzelne EU-Länder wie Portugal selbst eine Übergewinnsteuer auf den Weg.

Nach Erkenntnissen des Bundeskartellamts steigt der Abstand zwischen Rohöl- und Großhandelspreis aktuell weiter, insbesondere bei Diesel. Die Bundesregierung hatte im Frühjahr als Reaktion auf den Preisanstieg die Rechte der Wettbewerbschüter gestärkt. „Wir haben Verfahren gegen sämtliche Raffineriebetreiber in Deutschland eingeleitet“, sagte Kartellamtspräsident Andreas Mundt am Dienstag. Die Behörde prüft, ob die Preise gerechtfertigt sind. Markteingriffe sind aber nicht zu erwarten. Das Kartellrecht sei kein Instrument staatlicher Preisregulierung und könne Kraftstoffpreise nicht unmittelbar senken, so die Behörde.

meinung + diskussion 12

Zahl des Tages

500.000 Mücken

Hurra, am Klimawandel ist doch nicht alles schlecht! Hitzetage und Trockenheit haben in diesem Jahr viele Regionen für Stechmücken unbewohnbar gemacht: Ohne Wasser helfe auch die Wärme nichts, bestätigen Forscher des Friedrich-Loeffler-Instituts. Auch wenn es keine deutschlandweiten Zahlen gebe, sei das der Eindruck, der ihnen „von anderen Forschern und Bürgern vielerorts widergespiegelt“ werde. Und: Das habe nicht mal dramatische Auswirkungen auf die Ökosysteme. Allerdings: Die **Forscher haben in den letzten Jahren 500.000 Mücken untersucht** – darunter waren immer mehr Asiatische Tigermücken, die fiese neue Viren übertragen können. Richtig gut ist am Klimawandel also nichts.

Fossile weiter dominant

Höhere Preise und schwache Konjunktur lassen Deutschlands Energieverbrauch im ersten Halbjahr sinken. Die Erneuerbaren bauen ihren Anteil aus

Der Energiegesamtverbrauch in Deutschland ist im ersten Halbjahr laut einer Prognose um 1,9 Prozent gesunken. Dies geht aus einer Hochrechnung der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB) hervor. Hauptgründe dafür sind die unverändert schwache Konjunktur sowie der Anstieg der Energiepreise. Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen sind drei Wirtschaftsverbände sowie fünf Institute, die mit energiewirtschaftlicher Forschung befasst sind.

Der Verbrauch von Mineralöl sei im ersten Halbjahr um 8 Prozent zurückgegangen. Ottokraftstoff habe dabei ein Minus von 0,6 Prozent, Diesel ein Minus von knapp 6 Prozent verzeichnet. Der Absatz von Flugkraftstoff habe um mehr als 1 Prozent ab-

genommen. Der Absatz von leichtem Heizöl sei um mehr als ein Drittel eingebrochen. „Die Lieferung von Rohbenzin an die chemische Industrie stieg dagegen um rund 3 Prozent“, hieß es. Insgesamt gehen die Energie-Statistiker davon aus, dass der Anstieg der Energiepreise einen „erheblichen Einfluss“ auf den Energieverbrauch hatte.

Der Erdgasverbrauch nahm im ersten Halbjahr um 1,3 Prozent zu. Die Einflussfaktoren Witterung, Konjunktur und Preisentwicklung glichen sich dabei laut Arbeitsgemeinschaft weitgehend aus. Der Verbrauch an Steinkohle stieg um knapp 7 Prozent. Gründe dafür waren ein stärkerer Einsatz in Kraftwerken sowie bei der Roheisenproduktion. Bei der Braunkohle gab es dage-

gen einen Rückgang um 4 Prozent. Als einen Grund dafür nennt die Arbeitsgemeinschaft die „Anpassungsfähigkeit der Braunkohlekraftwerke an die jeweilige Situation auf dem Strommarkt“.

Erneuerbare Energien legten um 4 Prozent zu, vor allem durch ein starkes Plus bei der Windkraft. Deren Anteil am Gesamtenergieverbrauch stieg im Vergleich zum Vorjahr von 20,9 auf 22,2 Prozent. Die fossilen Energieträger Öl, Erdgas und Kohle lieferten mit zusammengekommen 75,9 Prozent weiterhin den Großteil der in Deutschland verbrauchten Energie. Die restlichen Anteile setzen sich vor allem aus Stromimporten sowie Strommengen zusammen, die durch Müllverbrennung erzeugt wurden. (dpa)

Besserstellung gegenüber dem Verbrenner war gestern. Inzwischen wird über eine Besteuerung des Fahrstroms für E-Autos nachgedacht
Foto: Frank Hoermann/
Sven Simon/
imago



Die Briten nennen es Fahrstromsteuer

Mit der Antriebswende schrumpfen die Steuereinnahmen aus der Mineralölsteuer auf Verbrennersprit. Nun könnten neue Abgaben bei E-Autos kommen

Von Bernward Janzing

Großbritannien hat es schon getan. Die Regierung in London hat eine Fahrstromsteuer für Elektroautos beschlossen. Ist das nur ein britischer Spleen oder eine Blaupause auch für Deutschland?

Vom 1. April 2028 an werden auf der Insel für jedes reine Elektrofahrzeug rund 2,2 Cent pro gefahrenem Kilometer fällig, Hybridfahrzeuge bezahlen die Hälfte. Abgerechnet wird nach dem Kilometerstand, der bei der Hauptuntersuchung ausgelesen wird. Die sogenannte Electric Vehicle Excise Duty steigt in den Folgejahren gemäß dem Verbraucherpreisindex.

Die Regierung begründet die Steuer damit, dass alle Fahrzeuge zum Verschleiß der Straßen beitragen. Während jedoch die Fahrer von Benzin- und Dieselfahrzeugen Kraftstoffsteuer bezahlen, werden die Fahrer von Elektrofahrzeugen bisher nicht adäquat belastet. Folglich dürften dem Staat ohne einen Ersatz bald Milliardenbeträge fehlen.

Auch für Deutschland geht es um viel Geld. 15,5 Milliarden Euro Energiesteuern auf Benzin und 17,8 Milliarden Euro auf Diesel flossen 2025 in den Bundeshaushalt. Daher ist auch hierzulande der Gedanke nicht neu, die Ausfälle zu kompensieren.

Bereits im Jahr 2022 erstellte das Bundesverkehrsministerium ein Papier mit dem Titel „Kompensation zukünftiger Einnahmeausfälle des Staates aufgrund der Antriebswende im Straßenverkehr“. Es sei „naheliegend“, heißt es darin, den Rückgang der Einnahmen aus Kraftstoffsteuern durch „Konzepte mit gleichen Eigenschaften“ auszugleichen. Damit die Fahrstromsteuer die Ausfälle bei der Mineralölsteuer auffangen kann, müsste sie bei etwa 16 bis 20 Cent pro Kilowattstunde liegen, rechnete damals das Ministerium vor. Das wären etwa 4 Cent je Kilometer. Eine aktuelle Anfrage beim Ministerium über konkrete Pläne blieb unbeantwortet.

Verkehrsexperten befürworten das Konzept. „Der mo-

torisierte Individualverkehr muss sich stärker an den Kosten der Infrastruktur beteiligen“, sagt Andreas Knie, Sozialwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin. Statt wie in Großbritannien pro Kilometer abzurechnen, befürwortet Knie eine Bemessung der Steuer am Stromverbrauch. Die Kopplung an die Fahrtstrecke sei zwar pragmatisch, sagt er, doch man könne recht einfach auch eine Kfz-Stromsteuer pro Kilowattstunde aufschlagen, sowohl an öffentlichen Ladestationen wie an privaten Wallboxen. „Wer viel Strom verbraucht, sollte auch mehr bezahlen“, sagt Knie. So würden sparsame Fahrzeuge begünstigt.

Gernot Sieg, der am Institut für Verkehrswissenschaft in Münster den Lehrstuhl für Industrieökonomik leitet, setzt eher auf eine Kilometerabgabe. Technisch sei sie „vergleichsweise einfach“ umzusetzen, sagt er: etwa indem der Kilometerstand des Fahrzeugs halbjährlich gemeldet wird.

Aufwändiger sei eine Abrechnung per On-Board-Unit mit Mo-

bilfunk, wie sie im Lkw-Verkehr erfolgt, doch dafür habe das System einen großen Vorteil: „Die Gebühr könnte je nach Ort und Zeit variieren.“ So könnte ein Autobahnkilometer nachts kostenlos sein, während auf einer hoch belasteten Strecke an einem Ferienwochenende bis zu 40 Cent pro Kilometer anfallen. Die Kilometergebühr werde im Durchschnitt „vermutlich in der Größenordnung von etwa 6 Cent“ liegen, sagt Sieg.

Eine Pkw-Maut sieht auch der Verkehrsclub VCD als die bevorzugte Lösung. „Es muss etwas passieren, weil die Einnahmen aus der Mineralölsteuer wegbrechen“, sagt Michael Müller-Görner, verkehrspolitischer Sprecher des Verbandes. Europarechtlich sei eine Pkw-Maut auf allen Straßen möglich. Die Einnahmen, die auf kommunalen Straßen anfallen, müssten dann auch an die Kommunen gehen, die auch die Höhe der Maut bestimmen sollten. So könnten auch Städte und Gemeinden den Verkehr lenken. „Wo häufig Stau ist, könnte man auch innerorts höhere Gebühren erheben.“

„Ungleichheit zerstört den Sozialvertrag“

Es gibt auch Erfolge bei der sonst enttäuschenden Umsetzung der UN-Agenda 2030 für eine gerechtere Welt, sagt Forschungsdirektorin Magdalena Sepúlveda Carmona. Doch wie geht es weiter?

Interview **Leila van Rinsum**

taz: Inmitten massiver Kürzungen öffentlicher Gelder für Entwicklungsvorhaben und Turbulenzen im Multilateralismus läuft die globale Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen bald aus. Bis 2030 wollte die Staatengemeinschaft unter anderem extreme Armut und Hunger benden, Bildung und Gesundheitsversorgung für jeden Menschen sicherstellen. Wie wird die Agenda für danach aussehen?

Magdalena Sepúlveda Carmona: Das ist die große Frage. Die UN haben viel Zeit verloren, den Prozess für die Vorbereitung einer Agenda danach anzustoßen. In der Vergangenheit begann das formell und informell schon viel früher. Wir befinden uns heute an einem entscheidenden Punkt: Wir kommen aus einer Agenda heraus, die 2015 beschlossen wurde, und nur etwas mehr als 30 Prozent der Ziele sind auf dem besten Weg, erfüllt zu werden. Es gibt viele Rückschritte.

taz: Beispielsweise sind mehr Menschen mangelernährt als 2015, auch prozentual an der Weltbevölkerung gemessen ist ihr Anteil gestiegen. Sind die Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele der UN – die als Agenda 2030 bekannt sind – also gescheitert?

Sepúlveda Carmona: Aus unserer Sicht als UN-Forschungsinstitut für soziale Entwicklung halten wir es für sehr wichtig zu zeigen, dass es Erfolge gegeben hat. Zum Beispiel bei der sogenannten Care-Arbeit. Arbeit, die weltweit größtenteils von Frauen und unbezahlt verrichtet wird, Hausarbeit, Kinderbetreuung, die Pflege von älteren oder behinderten Menschen. Sie ist ein wesentlicher Faktor für die Ungleichheit der Geschlechter. Dies war in den ersten Entwicklungszielen der Vereinten Nationen, die 2015 endeten, nicht enthalten.

taz: Die Agenda 2030 hat Care-Arbeit erst in den Fokus gerückt?



Mangelernährung ist heute verbreiteter als 2015, neben Lebensmitteln fehlen auch Kochgeräte: Verteilung von Hilfsmitteln in Sudan
Foto: Gregg Brekke/Zuma Wire/imago

Sepúlveda Carmona: Und mittlerweile hat sich das Thema etabliert. In meiner Region, Lateinamerika, gab es auch Verpflichtungen der Politik. Im August 2025 unterzeichneten die Mitglieder der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (Cepal) die Verpflichtung von Tlatelolco, in der es um den Abbau der ungleichen Last von unbezahlter Fürsorgearbeit geht, etwa mit dem Ausbau öffentlicher Kinderbetreuung und Pflege älterer Menschen. Vergangenes Jahr hat außerdem der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte das „Recht auf Fürsorge“ offiziell als eigenständiges, einklagbares Menschenrecht anerkannt.

„Die extreme Rechte zielt darauf ab, die Rechte von Frauen und LGBTIQ-Personen zu untergraben. Sie verstehen es, die Algorithmen der sozialen Medien auszunutzen“

taz: In welchen anderen Bereichen gab es Fortschritte?

Sepúlveda Carmona: Die Agenda 2030 umfasste auch erstmals soziale Sicherung als Ziel, was zu zahlreichen Initiativen in der öffentlichen Politik geführt hat. Beispiele hierfür sind Renten für Beschäftigte im informellen Sektor, Mutterschaftsurlaub oder Sozialleistungen wie Kindergeld. In Europa ist man an Sozialleistungen gewöhnt, aber im Globalen Süden gab es das früher nicht. Im Laufe der Jahre sind viele Programme entstanden, die mit direkten Geldtransfers arbeiten – zunächst in lateinamerikanischen, dann aber auch in südostasiatischen Ländern.

taz: Ihr Institut analysiert

die übergeordneten Dynamiken der sozialen Entwicklung. Unter anderem weisen Sie auf die Gefahr eines massiven Rückschlags bei der Geschlechtergerechtigkeit hin.

Sepúlveda Carmona: Das ist ein Thema, das in der aktuellen Liquiditätskrise kaum Beachtung findet. Wir konnten ein transnationales Netzwerk der extremen Rechten aufdecken, das darauf abzielt, die Rechte von Frauen und LGBTIQ-Personen zu untergraben. Sie agieren über politische Parteien, religiöse und konfessionelle Einrichtungen sowie Thinktanks. Sie verstehen es, die Algorithmen der sozialen Medien auszunutzen, und beeinflussen Regierungen.

taz: Wie genau?
Sepúlveda Carmona: In vielen Ländern des Globalen Südens etwa stellen sie die Gleichstellung der Geschlechter und LGBTIQ-Rechte als unethisch und westlich dar. Tatsächlich werden sie jedoch von einigen wenigen Organisationen und vermögenden Privatpersonen aus den USA, Europa und Russland sehr gut finanziert. Unseren Untersuchungen zufolge besteht ein sehr deutlicher Zusammenhang zwischen der Schwächung der Macht von Institutionen, die sich für Menschenrechte und speziell Frauen und LGBTIQ-Personen einsetzen, und autoritären Regimen.

taz: Was würden Sie den Verhandlungsführenden für die neue Agenda der globalen Entwicklungsziele nach 2030 mitgeben? Worüber sollten sie nach nachdenken?

Sepúlveda Carmona: Ungleichheit. Die heute historisch beispiellose Konzentration von Reichtum wandelt sich in politische Macht um und beeinflusst die Politik. Dies zerstört den sozialen Zusammenhalt und den Sozialvertrag in unseren Gesellschaften, da großes Misstrauen herrscht. Es gibt mittlerweile einen Billionär auf der Welt – man kann sich kaum vorstellen, um wie viel Geld es sich dabei handelt. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Welt in den Händen einiger weniger Eliten liegt.



Foto: Yuyu Chen UNRISD

Magdalena Sepúlveda Carmona, 55, ist Direktorin des Forschungsinstituts der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung (UNRISD). Bis 2014 war die Anwältin aus Chile Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für extreme Armut und Menschenrechte.

Der Fluch der Geldbringer

Menschen, die aus Russland in Nachbarstaaten geflüchtet sind, stärken dort die Gesamtwirtschaft. Aber sie treiben auch die Preise hoch. Das sorgt für viel Unmut

Aus Tbilissi
Mathias Brüggmann

Nicht alle Russinnen und Russen sind hier willkommen: Wer in die Dedaena Bar am Fluss Mtkwari in der georgischen Hauptstadt Tbilissi will, muss ein Formular ausfüllen für ein sogenanntes Einlassvisum. Darin muss erklärt werden: „Ich habe nie Putin gewählt“, „ich verurteile den russischen Überfall auf die Ukraine“ und (die russisch besetzten georgischen Territorien) „Abchasien und Südossetien sind georgisch“.

Nach der russischen Vollinvasion in der Ukraine im Februar 2022 verließen rund eine Million Menschen Russland – oft in Richtung Nachbarstaaten, für die keine Visa gebraucht werden. Nach Angaben örtlicher Behörden flohen etwa 112.700 Menschen aus Russland nach Georgien, fast 150.000 nach Kasachstan, gut 110.000 nach Armenien und etwa 200.000 nach Serbien sowie in andere Länder

wie die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate, Israel und europäische Staaten.

In Georgien fanden sich schnell Graffiti an den Wänden wie „Fuck Ruzzia“ (z steht für Putins Krieg), „Russen, sprech leise. Ihr dürft nur laut sprechen, wenn ihr euer blutiges Imperium anprangert“, und „Stand with Ukraine“. „Sie sollten nie vergessen, dass sie in ein Land kommen, das von ihrem eigenen Land angegriffen wird“, erklärt Data Lapauri, dem hier die Dedaena Bar gehört.

Vor allem in früheren Sowjetrepubliken werden die vor einer möglichen Einberufung in den russischen Angriffskrieg geflohenen Menschen kritisch beäugt. Denn der Zuzug blieb nicht ohne Folgen: „Im Mai 2022 verdoppelten sich die Mieten (plus 101,4 %) im Vergleich zum Mai 2021“, analysierte die TBC Bank in Tbilissi.

Doch gesamtökonomisch gesehen hatte die Zuwanderung durchaus positive Aspekte, be-

legen weitere Studien. Betrug das durchschnittliche Wachstum der Wirtschaftsleistung zwischen 2012 und 2021 in Georgien 4,4 Prozent, so stieg es im Durchschnitt der Jahre 2022 bis 2024 auf jährlich 9,4 Prozent. In Armenien gab es nach Weltbank-Daten einen Sprung von 3,6 auf 9 Prozent, in Serbien von 2,1 auf 3,5 Prozent jährlich.

Der Hauptgrund ist einer Studie von OutRush, einem Forschungszentrum über russische Emigration, zufolge, dass 41 Prozent der Putin-Geflüchteten gut bezahlte Jobs im IT-Sektor hatten und zumeist remote für russische oder andere Unternehmen arbeiteten. Viele waren hoch bezahlte Soloselbstständige. Sie nahmen niemandem in den aufnehmenden Ländern Jobs weg. 7 Prozent haben in ihren Zufluchtsorten bereits eigene Unternehmen gegründet, 28 Prozent wollen dies.

Zugleich erhalten diese sogenannten Relokanten in den

meisten anderen Aufnahme-ländern keine Sozialleistungen. Sie bezogen im Gegenteil Zahlungen aus Russland oder Drittländern in ihre neue Heimat. In Armenien haben sich diese allein 2022 mehr als verdoppelt auf 1,8 Milliarden US-Dollar. In Georgien war der Anstieg russischer Überweisungen mehr als 6-mal so hoch wie im Jahr zuvor, rund 2 Milliarden US-Dollar.

Diese Transfers und die deutlich höheren Einkommen der vor Putin Geflüchteten im Vergleich mit der einheimischen Bevölkerung (in Armenien etwa 2.500 Euro gegenüber 300 Euro) stärkte die private Nachfrage in diesen Ländern und führte zu mehr Steuereinnahmen.

Insgesamt hat der Zustrom russischer Emigrierter das Wirtschaftswachstum der Aufnahmeländer also positiv beeinflusst. Doch der schnelle Preisanstieg und die geringe Integration der Geflüchteten in die lokale Gesellschaft füh-



Russlandflüchtige lassen die Mieten in Tbilissi steigen
Foto: Nicolo Vincenzo Malvestuto/imago

ren mancherorts zu ernsthafter Unzufriedenheit.

Vor allem in Georgien macht die prorussische Regierung jetzt Druck auf die Geflüchteten aus dem Norden. Dort und in Kasachstan wurde das Aufenthaltsrecht erheblich verschärft. Von „kafkaesken Prozessen“, spricht

Maxim, Miteigner der Buchhandlung Odradek in Tbilissi, die zumeist russisch- und ukrainischsprachige Bücher verkauft. Der Behördendschungel zum Erhalt eines Aufenthaltstitels sei schwer durchdringbar in dem Kaukasus-Land, von dem Russland ein Fünftel besetzt hält.

Anzeige



Die Welt verstehen.
Immer dienstags,
mit dem taz-Newsletter.
taz.de/newsletter




taz  **shop**

Wurfspiel Flup. Wegwerfen mal anders: Aus aussortierten Stoffen wie Bettwäsche werden Tücher, mit deren Hilfe zwei Spieler*innen ein Säckchen durch die Luft fliegen lassen und wieder auffangen können. Einfach, nachhaltig und dynamisch – und sowohl für den Garten als auch das Wohnzimmer geeignet. Die Textilien werden sorgfältig gereinigt, zugeschnitten, genäht und anschließend mit Naturfarben gefärbt. Dadurch ist jedes Exemplar ein Unikat. Das Säckchen ist mit Kork und Hirse gefüllt. Handgemacht in Deutschland. Von TicToys. Ab 4 Jahren. Inhalt: 2 Wurftücher mit Griffen aus Buchenholz, 1 Wurfsäckchen + Anleitung. Maße: Griff L 50 cm; Wurfsäckchen B 9 × H 9 × T 9 cm, Gewicht 80 g. **39,00 €**

10 % Rabatt für taz-Unterstützer:innen*

*Ausgenommen sind Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und einige Soli-Artikel sowie bereits reduzierte Waren.
taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | Telefon (030) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop

hitzschlag

Auch Rentiere suchen Schutz vor der Hitze

Eine Hitzewelle überrollte 2025 Norwegen, Schweden und Finnland – mit Folgen für Fauna und Flora. Die Länder haben daraus gelernt

Aus Hämösand **Anne Diekhoff**

Zum Glück waren meine Eltern nicht in ihrem Zuhause in Deutschland, als dort jüngst fast 40 Grad Außentemperatur angedroht wurden. Sie waren bei mir, rund 500 Kilometer nördlich von Stockholm. Bei angenehmen 20 Grad. Dieses Jahr hat es also geklappt mit der „Coolcation“, dem Abkühlungsurlaub, wie ihn Schweden inzwischen bewirbt. Marketing in Zeiten der Klimakrise. Wer diesem Lockruf im vergangenen Jahr gefolgt war, der musste allerdings lange nach Abkühlung suchen. Damals besuchten mich Freunde aus Norwegen – einmal quer durch die zu dieser Zeit wütende pan-nordische Rekord-Hitzewelle. Rund zwei Wochen am Stück wurde im Sommer 2025 in den nördlichen Regionen von Schweden, Norwegen und Finnland die 30-Grad-Marke gerissen. Premiere auch im finnischen Teil Lapplands: 26 Tage am Stück mindestens 25 Grad, das gab’s noch nie.

Laut Berechnungen der Klimaforschungs-Initiative World Weather Attribution (WWA) gingen zwei Grad der 2025er-Höchsttemperaturen auf das Konto des Klimawandels. Und die Forschenden kommen zu dem Schluss, dass ein solches Ereignis im Vergleich zur vorindustriellen Zeit mindestens zehnmal wahrscheinlicher geworden ist.

Nun, die Sehnsucht nach verlässlicher sommerlicher Wärme ist in den nordischen Ländern recht weit verbreitet – ebenso der gelegentliche Urlaub im Süden. Wenn die Wärme dann plötzlich zu ihnen kommt, sind viele Menschen erst mal mit Genießen dieses ungewohnten Gefühls beschäftigt.

Auch ich konnte den Abenden des Hitzesommers etwas abgewinnen, als wir in samtig gewordener Luft zum See liefen und später – von jeglichem Frösteln unbehelligt – noch lange draußen saßen. Für tagsüber galt derselbe offizielle Rat wie überall: wenig Bewegung, viel Trinken, wenig direkte Sonne. Dass der Norden Europas nicht für solche Temperaturen gemacht ist, ist klar. Heizen können sie gut hier oben, beim Kühlen gibt es noch Nachholbedarf. Und zwar nicht nur für enttäuschte Coolcation-Touristen.

Die WWA-Untersuchung beschreibt eine typisch nordische Kombination als Knackpunkt der Gefahren in der Region: Eine stark alternde Bevölkerung, also besonders viele besonders hitzeempfindliche Menschen, hält sich in Gebäuden auf, die zwar gegen Kälte, aber nicht gegen Hitze gewappnet sind. Zudem sei problematisch, dass in den Sommermonaten die Gesundheits- und Betreuungseinrichtungen gerade in den ländlichen Regionen im Norden Skandinaviens schwach besetzt seien.

Norwegische Medien hatten von Krankenhäusern berichtet, die mit Innentemperaturen von bis zu 30 Grad kämpften. Operationen mussten verschoben werden, Personal und Patienten litten. Etwa in der Universitätsklinik Haukeland im norwegischen Bergen. Die bestätigte der taz: Problematisch seien die hohen Innentemperaturen etwa in Lagern für Medizin gewesen.

Natürlich suchten nicht nur Menschen Abkühlung. In Norwegen etwa wurden Autofahrer gewarnt, dass Rentiere sich in Tunneln vor der Hitze versteckten. Dazu drohte denen durch lang anhaltende Trockenheit Futtermangel. Auch Ernteeinbußen, Blaualgenplagen und Waldbrandgefahr müssen im Norden verstärkt einkalkuliert werden.

Doch die skandinavischen Länder haben das Thema Hitze ernsthaft auf dem Schirm – spätestens seit dem vorherigen Hitzesommer 2018. Laut der WWA haben Norwegen, Schweden und Finnland seitdem ihre Hitze-Aktionspläne verbessert, langfristige Anpassungs-Strategien angepasst. Doch das sei alles noch nicht flächendeckend gleich gut entwickelt, mahnen die Forschenden. Die strukturelle Ungleichheit in der Wohnqualität würde etwa noch grundlegende Hitze-Anpassungen erfordern.

Immerhin: Immer mehr Menschen im Norden haben Zugang zu Klimaanlage – weil immer mehr von ihnen im Winter mit Luftwärmepumpen heizen. Und zwar mit der Sorte einzelner Elemente, die direkt warme Luft ins Haus blasen. Dass die auch eine Kühlfunktion haben, habe ich selbst erst jetzt begriffen – an den bislang wenigen heißen Tagen dieses Sommers 2026.



In Nabatija, im Süden Libanons, wurde bereits viel zerstört durch die israelischen Bomben
Foto: reuters

Von Waffenruhe keine Rede

Libanon und Israel treffen sich zu Gesprächen in Rom. Israels Militär attackiert zuvor in Südlibanon. Libanons Premier streitet mit der Hisbollah

Aus Beirut **Julia Neumann**

Libanons Premierminister Nawaf Salam hat einen ungewöhnlichen Schritt getan: Ausgerechnet auf der Plattform X machte der sonst so ruhige Diplomat seinem Unmut Luft und ging erstmals öffentlich die Hisbollah an. Eine Rede des Hisbollah-Chefs Naim Qassem brachte das Fass zum Überlaufen.

Qassem hatte der Regierung vorgeworfen, „Israel zu dienen“ und nicht „Libanons Souveränität“. Salam schoss mit scharfen Worten zurück: „Die größte Unterstützung für Israel kam von jenen, die Libanon einseitig in sinnlose, Unterstützungskriege‘

hineingezogen und Israel damit Vorwand geliefert haben, unser Land anzugreifen.“

Die Hisbollah hatte am 8. Oktober 2023 Raketen auf die von Israel besetzten Schebaa-Farmen geschossen und damit ihren Beitritt in den Gazakrieg erklärt. Israel eskalierte die Angriffe, besetzte Dörfer im Südlibanon. In einer ersten Waffenpause ab November 2024 griff Israel weiter an, zerstörte die Dörfer im Süden. Mit dem Iran-USA-Krieg schoss auch die Hisbollah am 2. März wieder Raketen auf Israel, das seine Besatzung und die Zerstörung intensivierte. Seit Mitte Juni gilt eine neue Waffenruhe.

Die Hisbollah hat ihre Angriffe seitdem eingestellt, Israels Militär greift weiter im Süden Libanons an.

Das bilaterale Abkommen sieht vor, dass Israel die Besatzung beendet und die Hisbollah entwaffnet wird. Beide Seiten sträuben sich dagegen.

Der interne Streit kam nur Stunden vor neuen Verhandlungen. Die in den USA akkreditierten Botschafter*innen beider Länder trafen sich am Dienstag zur siebten Gesprächsrunde in Rom, vermittelt durch die USA. Dabei geht es um die schrittweise Umsetzung des Juni-Abkommens. Ein unterirdisches

Tunnelsystem der Hisbollah soll dabei nach Angaben libanesischer Regierungskreise Thema sein.

Vor den Verhandlungen eskalierte Israel die Angriffe. Am Wochenende soll Israels Militär Häuser in mehreren Städten abgerissen haben. Im Dorf Jarun zündete die Armee ein riesiges Feuer an und brannte 1,2 Millionen Quadratmeter Olivenhaine nieder, so die Gemeindeverwaltung. Israel verschärft auch die Bombardierung des strategisch wichtigen Ali-Taher-Hügels, meldet Libanons Armee. Libanesishe Medien warnen vor Bodenangriffen, um das Gebiet einzunehmen. In den letzten Tagen setzte das Militär verstärkt Truppen und gepanzerte Fahrzeuge in der Region ein, um vor der Romrunde vollendete Tatsache zu schaffen, meldet die Zeitung L’Orient-Le Jour.

Nicht nur die Miliz ist sauer, sondern auch die vertriebene Bevölkerung. „Die Bewohner der Grenzregion können es nicht länger ertragen mit anzusehen, wie ihre Häuser und ihre Existenzgrundlage vor ihren Augen verschwinden, während die Bevölkerung schweigt“, sagt Tarek Mazraani, Gründer der zivilen Bürgerinitiative zur Rückkehr der Vertriebenen, der taz. Er kommt aus dem Grenzdorf Hula, das zu 83 Prozent zerstört ist. Die Bewohner*innen fordern von Libanons Regierung den Stopp der Gespräche mit Israel, solange die „systematische und tägliche Zerstörung, Bombardierung und Vernichtung von Dörfern“ weitergeht.

Libanons Premier zeigte sich am Ende seines Posts zumindest versöhnlich. In Richtung Hisbollah appellierte er, „auf gegenseitige Anschuldigungen“ zu verzichten und in den „Dialog“ einzutreten.



Ein Abkommen mit vielen Lücken

Die Hamas, das Board of Peace und Vermittler haben einen Weg vereinbart, wie es zu einem Frieden im Gazastreifen kommen kann. Doch der Plan hat Tücken

Von **Lisa Schneider**

Ende vergangener Woche haben die Hamas, das Board of Peace und einige Vermittlerstaaten ein Abkommen geschlossen. Es legt fest, wie die Hamas entwaffnet werden soll und wie sich Israels Militär im Einklang damit aus dem Gazastreifen zurückziehen soll. Die wichtigsten Punkte: Israel soll sich sofort an das Waffenruhe-Abkommen vom Oktober 2025, genannt Sharm-Sheikh-Protokoll, halten – also die Kampfhandlungen einstellen. Das Gleiche gilt für die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen. Die Hamas soll außerdem alle „zivilen Verwaltungs- und Sicherheitsfunktionen“ an das Nationale Komitee für die Verwaltung des Gazastreifens (NCAG) übergeben, das sich dann um die Belange der Zivilbevölkerung kümmern soll.

Der Prozess der Entwaffnung soll beginnen, wenn die „ausstehenden Vereinbarungen aus dem Sharm-Sheikh-Protokoll abgeschlossen sind“ – also das Ende der Kampfhandlungen, aber auch der Einzug des NCAG nach Gaza sowie der Internationalen Stabilisierungsmission (ISF). Diese wurde mit der Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen 2803 geschaffen und soll aus Streitkräften verschie-

dener Staaten zusammengesetzt werden. Im Rahmen der Entwaffnung soll die NCAG „schwere Waffen“ stilllegen und lagern. Ebenso soll sie sich um militärische Produktionsstätten, Waffen-depots und Tunnel kümmern.

So weit, so klar – aber auch völlig oberflächlich. Viele Details sind noch, zumindest in der Öffentlichkeit, unklar. Ein Beispiel: Was sind „schwere Waffen“? Das Abkommen spricht auch von „persönlichen Waffen“, deren Besitz im Einklang mit palästinensischen Gesetzen gehandhabt werden soll. Wie die Unterscheidung zwischen den beiden Kategorien verlaufen soll, ist bislang unklar.

Die Hamas verfügt über ein recht großes Arsenal an verschiedenen Waffen. Der israelische Militäranalyst Seth Frantzman sagt dazu: Über die zwei Dekaden, in denen sie an der Macht war, habe die Hamas eine große Waffenindustrie im Gazastreifen geschaffen. Sie hätten etwa Raketen produziert, Panzerfäuste, Anti-Panzer-Geschosse und schwere Maschinengewehre importiert.

Manche der Produktionsstätten existierten bis heute. Denn Teile des Gazastreifens – etwa das Camp Nuseirat oder Deir al-Balah – wurden vom israelischen Militär im Kriegsverlauf nie eingenommen. Auch Lager gibt es wohl bis heute. Erst vor wenigen Tagen ver-

meldete das israelische Militär, zwei solcher Lager angegriffen zu haben, wohl im Gebiet Deir al-Balah. Bei israelischen Luftangriffen, die sich nun parallel zum Abkommen wieder zu häufen scheinen, kommen auch Zivilistinnen und Zivilisten um. Über 1.250 Palästinenserinnen und Palästinenser wurden seit Beginn der sogenannten Waffenruhe im Oktober 2025 getötet, über 4.000 verletzt. Im selben Zeitraum kamen auch fünf israelische Soldaten um.

Sich nur auf die Waffen zu konzentrieren, sei sowieso ein Fehler, sagt Frantzman. „In der Vergangenheit, wenn Israel Kriege schnell gewonnen hat, wie beispielsweise im Sechstagekrieg 1967, lag das nicht daran, dass jede einzelne Waffe der ägyptischen Armee aufgespürt und zerstört worden war. Es lag daran, dass es eine Strategie und Taktik gab, welche die andere Armee überwältigte. Das gilt für die meisten Kriege in der Geschichte; es kommt niemals vor, dass jede einzelne Waffe aufgespürt wird.“

Das sei einer der grundsätzlichen Fehler in diesem Krieg gewesen: der Glaube, dass er sich allein durch militärische Gewalt gewinnen lassen. Die Hamas kontrolliert heute weiterhin etwas über 30 Prozent des Gazastreifens, das israelische Militär den Rest. In dem von der Hamas kontrollierten Gebiet lebt auch fast die gesamte Zivil-

bevölkerung des Küstenstreifens. Zwischen den beiden Gebieten liegt die sogenannte Gelbe Linie.

Eigentlich soll sich Israels Militär im Rahmen des Abkommens aus dem Oktober und auch dem jetzigen aus dem Gazastreifen zurückziehen. Doch auch da gibt es Unklarheiten. Nach einem Gespräch mit Premierminister Benjamin Netanjahu am Montag hat das Board of Peace ein klärendes Statement zum geforderten Rückzug Israels auf X geteilt. Demnach werde „der Rückzug des Militärs hinter die Gelbe Linie erst erfolgen, sobald die Entwaffnung abgeschlossen ist, wie es die Hamas den Vermittlern zugesagt hat. Dies gilt gleichermaßen für leichte Waffen, schwere Waffen und die Tunnel.“ Das Abkommen von vergangener Woche erwähnte die Gelbe Linie nicht explizit.

Israel hatte bereits verkündet, mit dem neuen Abkommen nicht einverstanden zu sein. Auch die Luftangriffe in Gaza halten weiter an, obwohl das Board of Peace deren Ende ja explizit gefordert hatte. Und auch die Hamas ist in Statements bereits von ihrer Zusage zum Abkommen zurückgerudert. Die harten Verhandlungen scheinen also erst noch zu kommen. Nikolaj Mladenow schreibt selbst auf X: „Das ist der Beginn der schwierigen Phase, und ich habe nie so getan, als wäre es anders.“

Kuba in der demografischen Krise

In den letzten fünf Jahren ist die kubanische Bevölkerung je nach Quelle um bis zu 3 Millionen Menschen geschrumpft. Ein Aderlass mit Folgen



Von **Knut Henkel**

Rogelio Serrano hat Kuba mit seiner Frau und den beiden Kindern Ende September 2025 verlassen. „Ich bin froh, die ewigen Stromabschaltungen, den permanenten Mangel hinter mir zu haben, auch wenn der Neustart in Spanien nicht einfach ist“, sagt der kubanische Journalist. Als Rezeptionist arbeitet er derzeit in einem Hotel in Albacete, dem ökonomischen Zentrum der Region Kastilien-La Mancha.

„Fast alles ist besser als das Leben in Kuba derzeit“, meint Serrano, der lange versucht hat sich eine Existenz in Kuba aufzubauen. Als Berater für Jungunternehmer war er für eine kirchliche Organisation in Camagüey im Zentrum der Insel tätig. Mitte 2024 warf er wie so viele andere das Handtuch und entschied sich für die Ausreise. Mehr als ein Jahr hat es gedauert, bis die Papiere zusammen waren, bis alle Formalitäten mit der spanischen Botschaft geklärt, bis die Tickets von der Familie in Spanien bezahlt waren. Ein typisches Schicksal einer kubanischen Familie.

Noch nie hat es eine so massive Auswanderungswelle gegeben, Hunderttausende haben die größte der Antilleninseln seit dem November 2021 verlassen. Damals machten die Flughäfen nach der Pandemie wieder auf, gleichzeitig hob Nicaragua die

Visapflicht für Kuba auf, und das war so etwas wie der Startschuss für einen beispiellosen Exodus von Kubanern und Kubanerinnen in buchstäblich alle Himmelsrichtungen.

Mehr als 500.000 Kubaner und Kubanerinnen kamen zwischen 2021 und dem Juni 2025 in den USA an, Zehntausende strandeten auf dem Weg in Nicaragua, Honduras, Guatemala oder Mexiko, so die kubanische Demografin María Ofelia Rodríguez. Aber es wird weiter ausgewandert, nur sind seit Juni 2025, als Donald Trump die Einreisebestimmungen für Kubaner beiderlei Geschlechts änderte, nicht mehr die USA das Ziel, sondern Brasilien, Uruguay und Mexiko, so die Wissenschaftlerin von der Universität Havanna.

Die Gründe für die Auswanderung sind vielfältig. Die seit Jahren prekäre ökonomische Situation ist nur einer, fehlende Perspektiven, die zunehmende Polarisierung innerhalb der kubanischen Gesellschaft sind weitere. „Die Proteste vom 11. Juli 2021, die auch aus dem Ausland geschürt wurden, sind auch ein Faktor – gerade für die Jüngeren“, räumt die Demografin ein.

Denn gerade die haben seit dem November 2021 die größte der Antilleninseln in Scharen verlassen. Laut dem statistischen Büro Kubas (Onei) lebten am 31. Dezember 2024 nur noch

9.748.007 Menschen in Kuba. „An der sinkenden Tendenz hat sich nichts geändert – wir werden weniger“, sagt Rodríguez und schiebt die neueste offizielle Zahl hinterher. „9.440.000 Menschen leben derzeit auf Kuba, und im Dezember dieses Jahres könnte die Zahl weiter gefallen sein“, so die Forscherin mit bitterer Miene. Sie weiß genau, wie wichtig exakte Zahlen sind. Sie bilden die Grundlage für die Planung des Baus neuer Schulen, neuer Altenheime, neuer Krankenhäuser und neuer Straßen.

Das birgt Risiken, denn zwischen den offiziellen Berechnungen und jenen des unabhängigen Demografen Juan Carlos Albizu-Campos klafft eine gehörige Lücke. Albizu-Campos, Ökonom und Demograf, kommt laut seinen Recherchen, die auf einer Auswertung der offiziellen Einwanderungstatistiken der USA, Brasiliens, Mexikos und der anderen Länder der Region basieren, auf eine Bevölkerung von nur noch 8.025.624 Menschen. „Ja, das sind fast 1,5 Millionen Menschen weniger, als die staatlichen Stellen bekanntgeben.“ Ein Unterschied, der verheerende Folgen haben könnte, und das weiß auch Albizu-Campos.

„Wenn nur fünf statt der fünfzehn Kinder in der Statistik in einem Dorf leben, macht die Investition in eine Schule vielleicht keinen Sinn mehr“, warnt Albizu-

Campos. Er lebt in Havanna, hat der taz vor seiner Abreise zu einer Vortragsreise in die USA Ende Juni ein Interview gegeben. Für den 64-jährigen Demografen sind die sinkenden Bevölkerungszahlen ein Alarmsignal, über das er in den USA genauso referieren wird wie über das Kollabieren der Inselökonomie in etlichen Etappen.

Auch das Reformpaket, welches die kubanische Regierung Mitte Juni vorgestellt hat und das von den USA als nicht weitreichend genug brüsk abgelehnt wurde, wird ein Thema sein. Reformen sind überfällig, und für Albizu-Campos ist es elementar, mit der richtigen Zahl der Bewohner in den jeweiligen Gemeinden zu planen. „Da kann die Demografie einen wichtigen Beitrag liefern“.

Dem stimmt seine ehemalige Kollegin am Institut für Demografische Studien (Cidem), María Rodríguez, zu. Sie hält seine Berechnungen allerdings für deutlich zu hoch. „Fakt ist, dass wir in den letzten Jahren die Methodik der Datenerhebung verfeinert haben, etliche im Exil lebende Menschen sind aus der Statistik raus“, sagt die Wissenschaftlerin. Darunter seien viele junge Menschen, die teilweise mit Kindern ausgewandert, aber auch viele, die ausgewandert seien, um außerhalb Kubas eine Familie zu gründen. Für Rodríguez bittere

Signale. „Wir verlieren die, die wir für den ökonomischen Wiederaufbau brauchen: jung, qualifiziert und im reproduktiven Alter“, erklärt die Demografin.

Sie macht kein Hehl daraus, dass Überalterung seit Jahren der zweite dominierende Faktor in der demografischen Entwicklung Kubas ist. „Kuba hat die älteste Gesellschaft Lateinamerikas. Der Anteil von Menschen über 60 Jahren liegt bei 25,7 Prozent, die Geburtenquote rangiert unter der Sterbequote – die Bevölkerung Kubas sinkt unabhängig von der Migration seit Jahren“, rekapituliert Rodríguez die Eckdaten einer verheerenden Entwicklung.

Seit vier, fünf Jahren ist Altersarmut in Kuba deutlich sichtbar, die Lücke in der Rentenkasse ist immer wieder Thema bei der Diskussion des chronischen Haushaltsdefizits. Rodríguez spricht klar und offen aus, wo in Kuba strukturelle Probleme liegen. An deren Lösung führt kein Weg vorbei, zumal die Inselökonomie aufgrund der auf ein Maximum ausgeweiteten US-Sanktionen, die eher an eine Total-Blockade erinnern, vor dem Kollaps steht.

Den will die autoritäre Regierung in Havanna verhindern. Wie das gelingen soll, ist unklar. Klar ist jedoch, dass belastbare Zahlen über Bevölkerung und Altersdurchschnitt eine immer wichtigere Rolle spielen.

Ewige Stromausfälle, Benzinknappheit und Repression lassen immer mehr Kubaner die Insel verlassen
Foto: Norlys Perez/reuters

Früher war Neugier, jetzt herrscht Vorsicht

Wer ins Ausland reist, macht sich verdächtig: Chinas Staatsführung verschärft die Ausreisebestimmungen. Dabei geht es auch um politische Kontrolle

Aus Seoul **Fabian Kretschmer**

Als die DDR 1961 ihren „antifaschistischen Schutzwall“ errichtete, war die Mauer für die ganze Welt sichtbar. Chinas Ausreisebeschränkungen hingegen sind weitaus subtiler, doch die Schikanen nehmen deutlich zu: Ende letzter Woche hat die Staatsagentur Xinhua die neuen Bestimmungen zur Ein- und Ausreise für chinesische Staatsbürger veröffentlicht. Die Verordnung, die am 15. September in Kraft tritt, gibt den Behörden weitreichende Befugnisse, die Bevölkerung unter Berufung auf schwammig definierte nationale Sicherheitsinteressen am Verlassen des Landes zu hindern.

Die Regelungen werden nun verschärft – und zwar vor allem mit Blick auf die wirtschaftliche Sicherheit. So richten sich die neuen Ausreisebestimmungen unter anderem an Chinesen, die gegen Exportkontrollen oder Technologietransfer verstoßen – also etwa, indem sie Know-how ins Ausland schaffen. In den letzten Monaten wurden beispielsweise wiederholt Mitarbeiter chinesischer Tech-Firmen, etwa Deep-Seek oder Alibaba, präventiv an einer Ausreise gehindert.

Gleichzeitig enthält der neue Gesetzestext eine Klausel, die die Behörden dazu auffordert, Chinesen von Reisen in „Hochrisikoländer“ „abzuraten“. Die vagen Begriffe bieten den Autoritäten enormen Spielraum, um sie willkürlich und exzessiv anzuwenden.

Innerhalb der Volksrepublik unterdrückt die Zensur eine offene Debatte. Doch Chinesen, die mithilfe von VPN-Software auf westliche soziale Medien zugreifen können, reagieren besorgt. „Mit der Veröffentlichung der neuen Ein- und Ausreisebestimmungen wurde die Macht der Behörden unbegrenzt ausgeweitet“, schreibt ein Nutzer auf der Onlineplattform Threads: „Chinesische Bürger müssen mit schwerwiegenden Konsequenzen rechnen.“ Eine andere Nutzerin meint: „Die neuen Bestimmungen erlauben es, Menschen unter jedem beliebigen Vorwand an der Ausreise zu hindern, ohne einen Grund für die Ablehnung angeben zu müssen.“

Henry Gao, Professor für Rechtswissenschaften an der Singapore Management University, vergleicht die neuen Ausreisebestimmungen mit der rigiden „Null Covid“-Politik während der Pandemie. „Die dama-

ligen Maßnahmen wurden damit gerechtfertigt, dass sie notwendig seien, um die Menschen vor einem Virus zu schützen. Die neuen Ausreisebestimmungen werden nun damit begründet, die Menschen vor den Gefahren von „Hochrisikoländern“ zu schützen“, kommentiert Gao.

Schon jetzt ist es für viele Chinesen de facto unmöglich, ihr Heimatland zu verlassen. Während der letzten Jahre mussten immer mehr Staatsbürger den Reisepass bei ihren Vorgesetzten abgeben. Zunächst betraf dies neben Regierungsvertretern vor allem Beamte, später auch einfache Bankangestellte und Mitarbeiter von Staatsunternehmen. In Peking haben die Behörden zudem begonnen, auch von Schullehrerinnen und sogar Kindergärtnern die Pässe einzubeziehen.

Betroffene, die dennoch ins Ausland reisen wollen, müssen einen kafkaesk bürokratischen Prozess durchlaufen – der nicht nur das Ausfüllen von Fragebögen beinhaltet, sondern auch die Genehmigung von rund einem halben Dutzend Vorgesetzter. „Das ist nahezu unmöglich“, meint eine Chinesin, die anonym bleiben möchte.

Haiyan (Name geändert) besitzt zwar nach wie vor ihren Reisepass, doch seit einigen Jahren bereits werden ihr von den Beamten am Flughafen regelmäßig ausufernde Fragen gestellt. „Sie fragen mich, warum ich überhaupt ins Ausland reisen will, was ich dort mache und wann ich wieder zurückkehre“, sagt Haiyan. Was früher eine reine Passkontrolle war, artet nun in kleine Verhöre aus: Die Chinesin musste wiederholt Retourtickets vorlegen, ihre Heiratsurkunde und einmal auch Einblick in ihren Wechat-Account – jene Allround-App, die praktisch alle Chinesen in ihrem Alltag verwenden.

Wie oft Chinas Behörden die Ausreise verweigern, ist statistisch nicht erfasst. Aber die NGO Safeguard Defenders mit Sitz in Madrid hat systematisch die Datenbank des Obersten Volksgerichts untersucht. Dabei zeigte sich, dass das Wort „Ausreisebeschränkung“ – im Chinesischen „xiànzhì chūjīng“ – in den Urteilsverkündungen immer öfter verwendet wird: Waren es im Jahr 2019 noch knapp 14.000 Fälle, ist die Anzahl im Vorjahr mit fast 137.000 auf das Zehnfache gestiegen.

Die Motivation der Parteiführung ist nur in Teilen berechtigt: So kam

es zwar wiederholt vor, dass sich Manager von Staatsunternehmen mit veruntreuten Geldern ins Ausland abgesetzt haben. Doch Peking geht es gleichzeitig auch um politische Kontrolle. Dem Volk wird die Botschaft vermittelt, dass Kontakte ins Ausland – insbesondere in demokratische Staaten – verdächtig machen.

Waren noch vor wenigen Jahren junge Chinesen neugierig auf alles, was jenseits der eigenen Landesgrenzen passiert, hat sich der Blick zunehmend nach innen gewandt. Und das wurde von der Parteiführung so forciert: Da ist etwa der Doktorand, der während seines Jura-Studiums eigentlich ein Auslandssemester in den USA geplant hatte, doch dies aufgrund der politischen Stimmung gestrichen hat. „Ich möchte später im Staatsdienst arbeiten. Und während früher ein Auslandsaufenthalt meinen Lebenslauf aufgewertet hätte, wirft er nun unangenehme Fragen auf“, sagt der junge Chineser.

Auch der Chinesin Haiyan machen die neuen Ausreisebestimmungen Angst. „Jedes Mal bin ich sehr nervös, dass auch mir das passieren kann, dass ich irgendwann nicht mehr ausreisen kann“, sagt sie.



schlagl_ch

AfD-Wählen als Triebabfuhr

Egal, was passiert, es spielt den Rechtsextremen in die Hände. Warum? Weil es nicht um die Sache geht, sondern um einen Bruch, der Macht verleiht

Es sieht so aus, als könne die AfD derzeit machen, was sie will, es ändert nichts an ihren Zustimmungswerten. Man kann Nazi-Parolen wiedergeben, sich in Korruptionsfälle verwickeln, auf Parteitage in die Wölle kriegen, man kann Schlägertrupps anheuern, sich gegenseitig Posten zuschieben, gegen Queerness hetzen, während man selbst in einer lesbischen Beziehung lebt, man kann so dreist lügen, dass es jedem Kind auffallen müsste. Umgekehrt kann die Gegenseite machen, was sie will oder auch nicht will, selbst über ein Verbotungsverfahren nachdenken. Am Ende steht immer der Satz: Das nutzt nur der AfD. Kommen die Rechten den Ganz-Rechten in Rhetorik und politischer Aktion entgegen, steigen die Zustimmungswerte der AfD, formulieren die Linken Widerstand, nutzt das der AfD.

Donald Trump hat einmal behauptet, er könne auf die Straße gehen und irgendjemanden er-

Das Kreuz bei der AfD aber, das tut „denen“ weh, das bringt sie aus der Ruhe

schießen, einfach so aus Spaß, und die Leute würden ihn trotzdem lieben. Marine Le Pen kann EU-Gelder veruntreuen und wird doch geliebt; Xavier Milei kann einen diplomatischen Eklat mit dem wichtigsten Handelspartner seines Landes auslösen. Im Umfeld von Giorgia Meloni häufen sich Korruptions- und andere Skandale. Ihre Mehrheit im Wahlvolk bleibt bestehen.

Warum können sich die Rechten alles erlauben, warum können sie dem demokratischen Staat und der liberalen Zivilgesellschaft alles, wirklich alles zumuten? Ganz einfach, weil sie selbst die Zumutung sind. Sie können jede Regel brechen, logisch, moralisch, juristisch, weil sie der Regelbruch sind. Sie können lügen, weil sie die Alternative zum Realismus sind. Deswegen kann man einem AfD-Wähler auch noch so schlüssig erklären, dass sie gegen ihre eigenen Interessen handeln, man muss sich nur die wirtschafts- und sozialpolitischen Programmpunkte „ihrer“ Partei ansehen oder das, was unter antidemokratischen, rechten Regierungen mit dem Lebensstandard der Mehrheit geschieht. Es wird nicht ankommen.

Es mag einst demokratische Regierungen gegeben haben, die es sich zur Aufgabe machten, die ökonomische Organisation nach den Bedürfnissen ihrer Gesellschaft auszurichten. Eine Regierung à la Merz, Reiche & Co sieht ihre Aufgabe darin, die Gesellschaft nach den Bedürfnissen der Wirtschaftsbosse auszurichten. Das kann nicht gutgehen: Der Neoliberalismus braucht die Demokratie nicht mehr. „Der Faschismus ist kein Betriebsunfall der Geschichte, sondern die logische Weiterentwicklung des liberalen Kapitalismus im Monopolstadium“, erkannte Max Horkheimer. Was erklärt, warum eine Fraktion der ökonomischen Elite so tatkräftig die rechtsextremen Parteien unterstützt, und was auch erklärt, woher das Geld kommt, das sie und ihre Entourage zur Verfügung haben.

Aber es erklärt nicht, warum Onkel Ernst mit so grimmiger Entschlossenheit sein Kreuz bei den „gesichert Rechtsextremen“ macht, obwohl er doch eigentlich wissen müsste, dass es ihm nach einer Machtübernahme schlechter gehen wird, und obwohl er doch so lange die bürgerlichen Tugenden gepredigt hat, die Ehrlichkeit, die Verlässlichkeit, den Anstand, die gepflegten Umgangsformen, die persönliche Integrität. Nichts davon in der Partei, die er nun als die „seine“ ansieht.

Wer wird die Bettpfannen holen, wer wird die Darmspiegelung durchführen, wer wird ihm das Grab ausheben, wenn „seine“ Partei ihre eigene Terror-ICE zur „Remigration“ einsetzt? Wird Onkel Ernst etwa sich selber operieren, sich selber das Grab schaufeln? Und was wird er tun, wenn ihm die Hitze zusetzt, die es nach den Ideen seiner Partei gar nicht gibt, weil der Klimawandel nur eine „grüne Spinnererei“ ist? Was wird Onkel Ernst tun, wenn Nazi-Banden Jagd auf sein nonbinäres Kind machen? Was hat er davon, wenn Theater, Kinos, Bibliotheken oder Museen schließen oder in nationale Propaganda-Institute umgewandelt werden, was, wenn die Universitäten, Schulen, Kitas keine Chancen für morgen mehr eröffnen?

Das alles interessiert ihn nicht, den Onkel Ernst. Er fühlt sich beleidigt, gekränkt, missachtet, und er will es „denen“ heimzahlen. Er will, dass etwas kaputt gemacht wird, woran er nicht genügend Anteil bekommen hat. Dafür haben ihm ja die AfDler die Augen geöffnet, und dafür spürt er noch einmal so etwas wie Macht. Das Kreuz, das er irgendwo anders machen würde, das wäre mehr oder weniger egal. Es ginge doch nur immer so weiter. Das Kreuz bei der AfD aber, das tut „denen“ weh, das bringt sie aus der Ruhe. Nein, er ist kein „Protestwähler“, der Onkel Ernst, er will, dass „alles in Trümmer fällt“, wie es in einem Lied heißt, das er schon beinahe vergessen hatte.

Mit Onkel Ernst vernünftig reden zu wollen, ist vollkommen aussichtslos. Jedes Argument bestätigt ihn. Er trifft keine Wahlentscheidung mehr; vielmehr ist das Antidemokratische und Völkische Teil seiner Person geworden. Er wählt nicht die AfD, er ist die AfD, dazu muss er weder Mitglied noch Aktivist werden. Es ist jetzt in ihm drin, und er empfindet Genugtuung bei jeder Pöbele, bei jeder Hassrede, bei jedem „Danebennehmen“ seiner Leute. Irgendetwas hat sich in Onkel Ernst befreit, lange genug hat er es zurückgehalten.

Als er noch die Sozialdemokraten gewählt hat, da meinte Onkel Ernst noch, er müsste seine Stimme „abgeben“ für die richtige Sache, für seine eigenen Interessen. Aber davon ist nichts geblieben. Jetzt fühlt er sich durch seine Stimme für die AfD mit anderen verbunden, mit dem Volk, zu dem er gehört. Die Hilflosigkeit, mit der die anderen auf ihre Macht reagieren, freut ihn ungemein. Er spürt sie, die Angst der anderen. Er hat einen Bruch vollzogen, wenn auch vorerst nur in der Wahlkabine, einen Bruch mit diesem Staat, mit dieser Gesellschaft, mit dieser Kultur, mit dieser Zivilisation.

Hinterher wird er von allem nichts gewusst haben. Wird man ihn nicht genug gewarnt haben, die anderen schließlich auch, und überhaupt kann man ihm ja nichts nachweisen. Onkel Ernst hat sich einfach nur ein bisschen Triebabfuhr gegönnt. Dazu sind Wahlen doch da, oder?



Georg Seeblen ist freier Autor und hat zahlreiche Bücher zum Thema Film veröffentlicht. Zuletzt erschien von ihm „Trump & Co“ beim Bertz Verlag, Januar 2025.

Schlagloch-Vorschau 12. 8. Charlotte Wiedemann 19. 8. Mathias Greffrath 26. 8. Gilda Sahebi 2. 9. Georg Diez

Andrea Schöne ist freie Journalistin, Moderatorin und Autorin. Sie schreibt über Geschichte, Medienkritik, Klimagerechtigkeit, Menschenrechte, Kultur und Italien.

Anja Krüger über die Krisengewinnler der Ölbranche

Bitte abschöpfen!

BP, Shell, ExxonMobil und andere Ölkonzerne bereichern sich in der anhaltenden Energiekrise infolge des Irakkriegs massiv. Sie sind Krisenprofiteure in einem Ausmaß, das Regierungen in der EU und weltweit nicht hinnehmen dürfen. Denn die opulenten Gewinne gehen auf Kosten von Industrie, Gewerbe und privaten Verbraucher:innen, die der skrupellosen Preispolitik der Konzerne schutzlos ausgeliefert sind, wenn Regierungen tatenlos zusehen.

In Indien oder Portugal zum Beispiel unternimmt der Staat etwas, indem er die exorbitanten Profite mit einer Übergewinnsteuer abschöpft. Das ist richtig. Zwar signalisiert Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD), dass er grundsätzlich für eine Übergewinnsteuer ist – aber es passiert nichts. Klingbeil will eine europäische Regelung – aber auf europäischer Ebene bewegt sich gar nichts. Und es ist nicht zu erkennen, dass der deutsche Finanzminister irgendetwas unternimmt, um das zu ändern. Er lässt leicht einnehmbares Geld einfach liegen, statt es für

Entlastungen der Bürger:innen heranzuziehen. Ein von Gegner:innen einer Übergewinnsteuer oft vorgebrachtes Argument, dass so eine Abgabe nicht möglich sei, weil unklar ist, was denn überhaupt ein Übergewinn ist, zieht nicht. Es gibt genug historische Erfahrungen mit Steuern, die in Kriegs- und Krisenzeiten extreme Profite von Unternehmen abschöpften. Auch in der EU. Sie hat 2022 mit diesem Instrument auf die Energiepreiskrise nach der russischen Totalinvasion reagiert. Die Lage ist jetzt nicht ganz so dramatisch wie damals, aber sie kann es durchaus werden, wenn die Sperrung der Straße von Hormus andauert.

Eine Übergewinnsteuer dient nicht nur dazu, zusätzliche Einnahmen zu erzielen. Sie wirkt auch preisdämpfend. Denn maßlose Preiserhöhungen lohnen sich für die Unternehmen nicht, wenn der Profit vom Staat abgeschöpft wird. Das ist auf jeden Fall besser als ein neuer Tankrabbat. Und der kommt bei weiter steigenden Spritpreisen ganz sicher wieder auf die Tagesordnung.

wirtschaft + umwelt 8

Eva Fischer über den Umgang der EU mit dem Massenansturm auf Ceuta

Formal gerade so bestanden

Wer steckt hinter dem Massenansturm von mehr als 70.000 Menschen auf Ceuta? Hatte ihn Marokko initiiert wegen der Spannungen mit Spanien? Oder andere Länder, die mit der derzeitigen spanischen Außenpolitik unzufrieden sind, vielleicht die USA unter Donald Trump oder Israel unter Benjamin Netanjahu? Oder war es Russland mithilfe von Social-Media-Bots, mit dem Ziel, die EU zu spalten, was wieder mal, wie absehbar, erreicht worden ist? Oder Schleuserbanden, die ein gutes Geschäft witterten und dabei mindestens 75 Menschen in den Tod schickten?

Expert:innen halten alles für möglich. Fest steht allerdings nur: Weil die Weltweil, dass sich die EU seit der Flüchtlingskrise 2015 in der Migrationsfrage zerlegt, dass Regierungschef:innen bisweilen überzogen panisch agieren, wenn viele Menschen gleichzeitig an einer EU-Außengrenze auftauchen, ist Migration zu einer hybriden Waffe geworden, mit Flüchtenden als Munition, mit der man den Staatenverbund zuverlässig destabilisieren kann.

Nachdem rechtspopulistische Regierungen von Finnland bis Italien sich genau so verhalten haben, wie bei einem hybriden Angriff kalkuliert werden würde, indem sie Spanien ihre Solidarität verweigerten und das Land aus dem Schengenraum werfen wollten, und auch Bundeskanzler Friedrich Merz – dessen Positionierung als Regierungschef des größten EU-Landes meist richtungsweisend ist – Spanien kritisierte, war die für diesen Dienstag einberufene Sondersitzung der EU-Innenminister dringend nötig.

Der österreichische EU-Kommissar Magnus Brunner, zuständig für Inneres und Migration, mahnte noch vor dem virtuellen Treffen zur Einheit der EU. Seine Verlautbarungen danach: Er dankte Spanien, schnell wieder für Ordnung gesorgt zu haben, äußerte Verständnis für Italiens Sorge und bekräftigte eine strenge Umsetzung der neuen Asylregeln, schnelle Rückführungen inklusive. Seiner Meinung nach habe Europa den Test bestanden. Den Preis haben verzweifelte Menschen bezahlt.

der tag 2, taz zwei 13

die dritte meinung

Die Hitzewellen treffen nicht alle Menschen gleich, erinnert Andrea Schöne

Hitzewellen wirken sich nicht auf alle behinderten Menschen gleich aus. Bei Menschen mit Multipler Sklerose kann die Wärmeregulation des Körpers gestört sein. Menschen mit Gehbehinderungen müssen im Alltag mehr Kraft aufwenden, um sich im öffentlichen Raum zu bewegen. Das erhöht das Risiko, einen Hitzschlag zu bekommen. Oder Informationen sind nicht barrierefrei verfügbar und Schutzmaßnahmen können deshalb nicht ergriffen werden.

Allgemein sind die Kenntnisse über die Lebenswelten behinderter Menschen eher dürftig. Und doch gibt es Ansätze für effektiven Hitzeschutz. In vielen Ländern werden insbesondere in Großstädten vermehrt Kühlräume angeboten. In Spanien oder Italien werden die Räume auch von kulturellen Angeboten wie einem Museumsbesuch oder Kinovorstellungen begleitet. Bologna bietet auf vorherige Anfrage auch Assistenz vor Ort an.

All das bringt allerdings nur kurzfristig Abhilfe, da die Menschen spätestens abends wieder in ihre überhitzten Wohnungen zurückkehren. Die Anforderun-

gen an Barrierefreiheit müssen hoch sein, um möglichst allen Menschen mit verschiedenen Behinderungen gerecht zu werden. Oft wird schon der Weg zum Kühlraum für Menschen mit Körperbehinderung zur Hürde. Das wirft die Frage nach Verteilungsgerechtigkeit auf: Wer muss unbedingt Kühlung in den eigenen vier Wänden erhalten?

Nicht alle Menschen mit Behinderungen haben die Möglichkeit, ihre Wohnungen zu verlassen, um einen Kühlraum aufzusuchen. Eine Klimaanlage ist hier unumgänglich. Wir müssen gemeinsam diskutieren, wie inklusive Stadtplanung mit Grünanlagen und Wasserflächen stets mit Barrierefreiheit verbunden werden kann, um ein Leben für alle zu ermöglichen.

Derartige Debatten werden überwiegend ohne Input von den Menschen geführt, die es betrifft. Sie reden nicht mit, wenn über ihre Lebenswelten entschieden wird. Dabei wäre der effektivste Schutz für sie, wenn die Menschen mit Behinderungen Teil der politischen Debatte über Hitzeschutz wären und ihre Ideen aktiv einbringen könnten.

talkshow



Fragen nach Ceuta

Marokko, Spanien und Portugal tragen die Männerfußball-WM 2030 aus. Werden afrikanische Fans ihre Teams in den europäischen Stadien supporten dürfen?

Von Frédéric Valin

Vor dem WM-Finale 2026 hielt Fifa-Präsident Gianni Infantino eine Rede, in der er eine eigenwillige Definition seiner Organisation (und auch seiner selbst) offenbarte. „Wir sind“, sagte er zwischen vielen anderen pathosgesättigten Sätzen, „seit 120 Jahren der offizielle Glückslieferant für die Menschheit.“ Und das sei die Fifa auch deswegen, weil sie die Welt in einer einzigartigen Art und Weise zu vereinen verstehe. Nicht der Fußball, wohlgeachtet, nein: die Fifa.

Auf dieser Mission befindet sich Infantino auch nach der „größartigsten WM aller Zeiten“, und zu diesem Zweck war er Ende Juli auch in Marokko. Dort wird in vier Jahren gemeinsam mit Spanien und Portugal die nächste Fußball-Weltmeisterschaft ausgetragen.

Anlass des jetzigen Besuches war der 27. Jahrestag der Thronbesteigung von Mohammed VI., und Gianni Infantino hatte viele warme Worte mitgebracht: In Marokko fühle er sich immer „ganz wie zu Hause“, und es werde auch wiederum die nächste großartigste WM aller Zeiten, schließlich fände sie in einem der schönsten Länder der Welt statt.

Fast zeitgleich begann die Flucht Tausender junger Menschen nach Ceuta, der spanischen Exklave an der marokkanischen Küste. Spanien reagierte ganz und gar nicht im Sinne einer miteinander verbundenen Welt, sondern schickte Militär, um die Grenze zu sichern.

Natürlich wird es als Antworten nur hohle Phrasen geben, aber trotzdem stellen sich der Fifa und gerade auch Infantino unter anderem eine ganz konkrete Frage: Werden afrikanische Fußballfans nach Europa einreisen dürfen, um ihre Mannschaften zu supporten, sollten die in einem Stadion der Iberischen Halbinsel antreten? Wird sich die Fifa gegen die europäische Abschirmungspolitik stellen?

Dass Infantino sich in Marokko ganz wie zu Hause fühlt, wird wohl erheblich damit zu tun haben, welche Orte er dort gesehen hat; vermutlich die Baustelle des Stade Hassan II, östlich von Casablanca. 115.000 Menschen sollen dort dann Platz finden, die Kosten werden auf 500 Milli-

onen Euro geschätzt. Insgesamt investiert Marokko mindestens 1,7 Milliarden Euro in die Infrastruktur.

Ob sich das rentiert, ist fraglich. In der Vergangenheit haben sich megalomane Bauprojekte im Zuge einer Weltmeistermannschaft nur in wirtschaftsstarken Ländern gerechnet. In Südafrika, wo 2010 die WM stattfand, schrieben zehn Jahre nach der Austragung die beiden größten Neubauten nach wie vor Verluste.

Russland baute als Gastgeber 2018 sechs Stadien neu, unter anderem das Fischt-Stadion in Sotschi mit 46.000 Plätzen. Um es überhaupt bespielen zu können, wurde just im Jahr der WM eigens ein Fußballclub gegründet, der FK Sotschi. Er spielt in der zweiten russischen Liga, zum letz-

Spanien reagierte ganz und gar nicht im Sinne einer miteinander verbundenen Welt

ten Match kamen 2.702 Zuschauer. Auch in Katar sind die völlig überdimensionierten Stadien gähnend leer, obwohl die Fifa ständig neue Turniere dorthin vergibt. Mutaßlich mehrere Tausend Arbeiter verloren bei den Baumaßnahmen ihr Leben.

In Marokko selbst ist die WM entsprechend nicht unumstritten. Das Geld hätte durchaus auch in nachhaltigere Konjunkturpakete fließen können, die Jugendarbeitslosenquote in Marokko beträgt um die 38 Prozent.

Unter Umständen muss Gianni Infantino demnächst nicht mehr um all diese Fragen herumlavieren: Nach seinem Versuch, die WM teilzuprivatisieren, wächst der Druck auf ihn, viele Verbände verlangen seinen Rücktritt. Vielleicht geht er tatsächlich von selbst: Donald Trump soll Gianni Infantino als nächsten UN-Generalsekretär vorgeschlagen haben, berichtete die (nicht immer seriöse) *New York Post*.

Das Motto der nächsten WM steht bereits fest. Es lautet „YallaVamos“.

Egal was es kostet: der Stadionbau bei Casablanca
Foto: Ahmed Eljehtimi/reuters

Vorsorge für alle

Die Regierung will Pflegebedürftigkeit verringern – nutzt dafür aber den falschen Ansatz. Warum Prävention früher beginnen und umfassender sein muss

Von **Stefanie Schweizer**

Die Bundesregierung will mit ihrer Pflegereform viel verändern. Laut dem aktuellen Referentenentwurf sollen Menschen ab dem 60. Lebensjahr zukünftig Anspruch auf gezielte Vorsorgeuntersuchungen haben. Damit soll vor allem Pflegebedürftigkeit verhindert werden.

2023 waren über 5 Millionen Menschen laut Statistischem Bundesamt in Deutschland auf pflegerische Hilfe im Alltag angewiesen – und bis 2055 soll die Zahl um bis zu 34 Prozent steigen. Um das dadurch drohende Milliardendefizit der Pflegeversicherung zu decken, soll die Anzahl der als pflegebedürftig anerkannten Menschen verringert werden. Kann das mit den geplanten Vorsorgeuntersuchungen gelingen?

Matthias Schömann-Finck, Professor an der Deutschen Hochschule für Prävention und Gesundheitsmanagement, ist nicht überzeugt: „Die Idee von ‚Wir haben jetzt einen Tag X und ab dem machen wir Prävention‘ ist nicht die allerbeste Lösung.“ Obwohl späte Vorsorge besser sei als gar keine.

Spricht man von Vorsorge, ist oft die sogenannte Primärpräven-

tion gemeint. Sie versucht, Erkrankungen vorzubeugen wie beispielsweise Diabetes oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen – häufige Ursachen einer späteren Pflegebedürftigkeit. Die Sekundärprävention dient wiederum der Früherkennung von Krankheiten.

Die Pläne der Bundesregierung beziehen sich aber auf die sogenannte Tertiärprävention. Das heißt, es wird erst, nachdem eine Krankheit ausgebrochen ist, versucht, Schlimmeres zu verhindern. Daran zeigt sich, dass die Bundesregierung mit ihren Bestrebungen am falschen Ende ansetzt.

Denn dass man gar nicht erst pflegebedürftig wird, dafür liegt der Hebel oftmals weiter vorne in der Biografie: „Wenn Kinder aktiv sind, gesund essen und später gar nicht erst anfangen zu rauchen, dann werden sie mit großer Wahrscheinlichkeit auch aktive Erwachsene“, erklärt Schömann-Finck. Das wiederum erhöhe die Chance, im Alter ohne fremde Hilfe leben zu können.

Auch laut der zweiten Berliner Altersstudie, an der unter anderem die Forschungsinstitute der Charité und der Humboldt-Universität beteiligt sind, können Menschen, die

früh in ihre Gesundheit investieren, den Eintritt in die Pflegebedürftigkeit spürbar nach hinten verschieben. Manchmal um Jahre.

Doch ob jung oder alt: Die Menschen in Deutschland bewegen sich laut Studien zu wenig, sie rauchen zu viel, sie essen zu viel Zucker. Ist es nicht Motivation genug, sich die Schuhe im Alter selbst zu binden, die Enkelin auf den Arm nehmen zu

Ob jung oder alt: Die Menschen in Deutschland bewegen sich zu wenig

können und die Treppen zur eigenen Wohnung hinaufzukommen? „Wir sind nicht gut darin, Kausalitäten zu ziehen“, sagt Schömann-Finck. Denn Pflegebedürftigkeit ist etwas, das man zwar kennt, aber es nicht richtig versteht – so lange, bis man selbst oder Angehörigen betroffen sind. Vorher wird sie selten zum Antrieb, um gesünder zu leben.

Schömann-Finck rät: „Wenn ich mich jetzt regelmäßig bewege, dann bekomme ich keinen Band-

scheibenvorfall. Das sind alles Projektionen in die Zukunft, statistische Wahrscheinlichkeiten.“ Gleichzeitig sei es schwierig, Menschen das klar zu machen.

Die Bürger:innen gesünder machen, sollen auch die Angebote der Krankenkassen. Sie heißen „Vielsitzer-Sport-Kurs“, „Rücken fit“ oder „Kraftausdauertraining im Fitnessstudio“ und werden zum Teil finanziell bezuschusst. „Vermutlich erreichen die aber eher Menschen, die ohnehin gesundheitsinteressiert sind. Nicht aber den 26-jährigen männlichen Industriearbeiter“, so Schömann-Finck. Ohnehin seien junge Männer die Gruppe, die bezüglich Prävention schwer zu erreichen sei.

Statt der geplanten Maßnahmen des Bundesregierung wünscht er sich deshalb mehr Setting-Ansatz: Dabei geht es darum, die Umwelt der Menschen so zu gestalten, dass sie von sich aus gesünder leben. Schömann-Finck stellt sich das so vor: „Vielleicht gehe ich eher joggen, wenn ich einen beleuchteten Park in der Nähe habe. Vielleicht fahre ich eher mit dem Rad zur Arbeit, wenn ich durch sichere Wege auch heil und gesund ankomme.“

Für die Leiterin der Einrichtung „Die Kümmerei“ in Köln, Birgit Skimutis, ist ein gesunder Lebensstil keine Frage der Motivation, sondern der Ressourcen. Sie gibt Beispiele: Man könne von einer Mutter nicht verlangen, dass sie ihrem Kind keinen gesüßten Eistee geben soll, wenn sie ganz andere Sorgen habe. „Etwa, wenn sie nicht weiß, ob sie in den nächsten drei Nächten abgeholt und ins Flugzeug gesetzt wird oder die nächste Miete nicht zahlen kann“, sagt Skimutis. Prävention von Armut sei auch gesundheitliche Prävention.

Die Kümmerei ist eine Anlaufstelle der Herznetzcenter GmbH für Menschen im Stadtteil Köln-Chorweiler, die Soziales und Medizin zusammenführt. An ihr wird deutlich, dass für ein gutes Leben im Alter der Begriff der Prävention über seine klassisch medizinische Bedeutung hinaus erweitert werden muss. Und sie zeigt auch, dass die Idee von dem einen Tool für alle nicht funktioniert.

„Instrumente wie die Reha setzen immer zu weit hinten an. Besser wären Gesundheitslots:innen“, sagt Skimutis. Sie meint damit ein ganzheitliches Konzept. Denn es sei ein sehr komplexes, umfangreiches Arbeiten in den einzelnen Sozialräumen. Das brauche es aber, weil jeder Sozialraum anders ist, sagt Skimutis.

Wie weit echte Prävention gegen Pflegebedürftigkeit greifen sollte, zeigt sich am Beispiel einer Klientin der Kümmerei: Eine Mutter will eigentlich Hilfe bei einem Schreiben vom Jobcenter. Stattdessen vermittelt und begleitet das Team die Frau zunächst notfallmäßig in eine nahegelegene Frauenarztpraxis. Denn neben ihrem Problem mit dem Jobcenter leidet sie nach einer Geburt an massiven Schmerzen und Blutungen. Bei einer Gynäkologin war sie trotzdem nicht.

„Bei den Menschen, die zu uns kommen, ist das gesundheitliche Anliegen oftmals nicht das allererste – selbst, wenn es wirklich wehtut“, berichtet Skimutis. In diesem Beispiel war für die Klientin die finanzielle Not dringlicher als ihr wiederkehrender Blutverlust. Genau deshalb möchte die Kümmerei multikomplexen Problemen Raum geben. Für Birgit Skimutis ist klar: „Nur, wo das Leben gesichert ist, da ist Raum, um sich mit zukünftigen Dingen zu beschäftigen.“

Skimutis wünscht sich einen Systemwandel. Ohne ihn, werde die geplante Pflegereform nicht mehr als ein einzelner Baustein sein, der Prävention nicht als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreift. Das wird vielleicht die Zahl der offiziellen Leistung, aber nicht den Bedarf der Menschen an Pflege senken.

Wer die Zeit hat: jung Treppen steigen, damit es im Alter auch noch klappt
Foto: Uwe Umstätter/
Westend61/
imago



Valérie Catil
Vierte Wand

Ein unablässiges In-sich-selbst-Herumgraben

Jeder Mensch hat ein Trauma. Er muss es nur finden, es gründlich ansehen und es schließlich reparieren – dann wird er glücklich. Im Grunde ist es eine neue Entwicklungsstufe des amerikanischen Traums: Mit Fleiß kann sich jeder op-

timieren. Wenn du dein Trauma nicht behebst, bist du selbst schuld.

Auch Hollywood hat diese Idee übernommen und zwingt uns ständig, in die Abgründe der Psyche zu blicken. „Backrooms“ zeigt mit einem Endlos-labyrinth verlassener Räume, wie das Unbewusste funktioniert und wie Traumata darin verankert sind. Carmy in der Serie „The Bear“ kämpft über fünf Staffeln damit, dass sich sein Bruder suizidiert hat. Selbst Odysseus leidet in Nolans neuer Verfilmung nicht mehr hauptsächlich an seiner Hybris, sondern an einer posttrojanischen Belastungsstörung.

Filme- und Serienmacher sind besessen vom Trauma. Dabei ist der ständige Blick nach innen nicht zielführend. Wer suggeriert, dass jedes psychische Leid, das eine Person erfahren kann, nur aus ihr selbst ent-

springt, verkennet, wie fertig es einen macht, unter ständigem wirtschaftlichem, politischem oder patriarchalem Druck sein Leben zu bestreiten. Ein paar (nicht aus meinem Leben gegriffene!) Beispiele sollen erklären, was ich meine.

Ich habe eine Angststörung. Liegt das daran, dass mit mir als Kind nicht ausreichend gespielt wurde, oder eher daran, dass ich die vergangenen Jahre einen Genozid live auf dem Handy verfolgen konnte? Ich habe den Eindruck, meinen Platz in der Welt nicht finden zu können. Wegen meiner Helikoptermutter oder weil es immer unmöglicher wird, sichere Arbeit zu finden?

Mir gelingt es nicht, Männern zu vertrauen. Ist eine gestörte Beziehung zu meinem Vater schuld oder das Patriarchat, das mich täglich daran erinnert,

dass Männer wie Dominique Pelicot nebenan wohnen könnten? Ich bin depressiv. Weil ich in der Schule gemobbt wurde oder weil ich im Kapitalismus ausgebeutet werde? Ich habe Angst vorm Kinderkrieg. Weil mir Elternschaft schlecht vorgelebt wurde? Oder doch eher, da ich weiß, dass die Erde in nicht allzu langer Zeit unbewohnbar ist und meine Nachkommen im deutschen Rüstungswahn zu Kanonenfutter werden könnten?

Zugegeben, die erfundenen Traumata sind etwas verkürzt dargestellt. Und dieser Text soll Therapie oder die Beschäftigung mit seiner Vergangenheit auch nicht vollständig als neoliberalen Projekt abtun. Sicher können die oben gestellten Fragen beide mit „Ja“ beantwortet werden, und sicher ist Therapie für viele Menschen heilsam, sogar lebensrettend.

Und gleichzeitig ist es wahr, dass sich in den vergangenen Jahren für eine breite Masse ein unablässiges In-sich-selbst-Herumgraben eingestellt hat, eine Obsession, sich zu optimieren, auch psychisch. Und wer ständig nur nach innen blickt, um nach Antworten darauf zu suchen, warum es einem so miserabel geht, der kehrt den Blick nicht nach außen. Das eigene Leid, das dieses System hervorbringt, wird entpolitisiert und zum individuellen Problem, das es eigenständig zu lösen gilt.

In Anbetracht dessen ist es nur logisch, dass Kunstschaffende, auch Filmmacher_innen, in ihren Werken die gleiche Praxis betreiben: ein Buddeln, fanatisches Stöbern, eine ewige Selbst-reflexion, während die Welt in Flammen steht. Auf Besserung sollte man dann aber nicht hoffen.

taz

reisen

in die Zivilgesellschaft

Gruppenreisen für
Individualist*innen

Fremde Kulturen entdecken: taz-Reiseleiter:innen ermöglichen Treffen mit engagierten Menschen und interessanten Projekten.



Foto: Christian Charisius, dpa

FINNLAND + ESTLAND

In beiden Grenzländern zu Russland wird der Ukraine-Krieg als eigene Bedrohung gesehen. Unsere neue Reise erkundet: wie stellen sich die Menschen darauf ein, wie reagieren Zivilgesellschaft und Politik?

27. August bis 5. September 2026
ab 2.280 €



Bei Sandra Wollner gibt es in „Everytime“ auch schon mal eine quadratische Sonne
Foto: eksystemt

Sie kann nicht mehr weinen

In ihrem Spielfilm „Everytime“ erzählt Sandra Wollner von Verlust. Dabei arbeitet sie formal präzise mit vielen Auslassungen, Leerstellen und Überraschungen

Von **Tobias Obermeier**

Es braucht nur eine Unachtsamkeit, einen falschen Schritt, und das Leben ist vorbei. Ein freier Fall in den Abgrund im warmen Licht der Morgendämmerung. Jessi (Carla Hüttermann) und ihr Freund Lux (Tristán López) wollten die Nacht nach einem Rave nicht enden lassen. Eine gemeinsame Afterhour auf einem Dach, irgendwo in Berlin. Die Stadt erwacht erst langsam. Drogen sind im Spiel, eine ausgelassene Verliebtheit, Handyfotos werden gemacht.

Wenige Stunden später sollte Jessi mit ihrer Mutter und der kleinen Schwester nach Teneriffa in den Urlaub fliegen. Ihr Tod passiert still und beiläufig. Am rot aufschimmernden Horizont leuchtet die Sonne, eine gleichgültige Beobachterin, als wäre nichts geschehen.

Die österreichische Regisseurin Sandra Wollner und ihr Kameramann Gergory Oke, der bereits für Charlotte Wells’ „Aftersun“ (2022) traumwandlerische Bilder entwarf, inszenieren diesen Moment in unerbittlicher Schönheit. Ein langer Schwenk über die Dächer Berlins. Jessi und Lux sind auf die Entfernung erst gar nicht zu erkennen. Nur langsam erscheinen sie durch den extrem ausgedehnten Kamerazoom immer deutlicher im Bild.

Ein Vogel fliegt über sie hinweg, frei vom irdischen Gewicht. Die Kamera folgt ihm, wandert an den Fensterfronten der Wohnhäuser entlang, ehe Jessi fällt. Einzig vereinzeltes Vogelgezwitscher und das entfernte Brummen einer Kehrmaschine sind in der friedlichen Ruhe des Morgens zu hören.

Das Kino von Sandra Wollner ist eigen. In seiner formalen Prä-

zision folgt es keiner konventionellen Dramaturgie, keiner emotionalen Zuspitzung, keiner stringenten Figurenpsychologie. Vielmehr arbeitet es mit Auslassungen und Leerstellen. Ihr Kino ist ein assoziatives Ergründen und Freilegen von Zuständen des Menschseins jenseits eingeübter Erzählmuster.

In ihrem dritten Spielfilm „Everytime“, der dieses Jahr in Cannes den Hauptpreis der Nebenreihe „Un Certain Regard“ gewann und zum großen Kritikerliebling avancierte, verzichtet sie auf das Erzählen des Kurz-Danach, des Nicht-Wahrhaben-Wollens, der hereinbrechenden Emotionen angesichts der Tragödie.

Der Film setzt erst ein Jahr nach Jessis Tod wieder ein, als es für ihre Mutter Ella (Birgit Minichmayer) schon zur Gewohnheit wurde, an das Grab zu gehen und nebenbei noch ein Arbeitsgespräch zu führen. Als alleinerziehende Mutter versucht sie, den Alltag mit ihrer jüngeren Tochter Melli (Lotte Shirin Keiling) auf die Reihe zu bekommen. Lux, der kurz vor seinem Abitur steht, sucht sein Lebensglück in einer neuen Beziehung.

In einem Kiosk laufen sich die drei wieder über den Weg. Vor allem Lux ist es, der daraufhin den Kontakt sucht. Er lädt Ella und Melli zu seinem Geburtstag ein, begleitet beide zu einem Besuch bei Jessis Vater und den Großeltern, oder kommt Mellis Bitte nach, mit ihr Minecraft zu spielen. Jenes Videospiel, das sie immer mit Jessi spielte, bei dem aus würfelförmigen Blöcken eine Welt ganz nach den eigenen Vorstellungen erschaffen werden kann.

Meist sind es flüchtige Blicke und kleine Gesten, in denen sich der Schmerz zeigt. Birgit Minichmayer spielt ihre Rolle als gefasste

und stoische Mutter, die sich nicht erlaubt, nicht zu funktionieren. In der Härte ihres Gesichts meint man einen Menschen zu erkennen, der einfach nicht mehr weinen kann. In Tristán López’ abwesendem Blick liegt die Schwere eines innerlich zerrissenen Menschen. Lux ist geplagt von Schuldgefühlen, bittet um Vergebung, die Ella ihm nicht geben kann.

Schließlich waren es seine Drogen, die Jessi genommen hat, auf einem Dach, auf das sie nie hätten steigen dürfen. Sie bittet ihn jedoch, ihr die gleichen Drogen zu geben, die er Jessi gegeben hat, und mit ihr den gleichen Weg zu gehen, den sie an jenem Morgen gegangen sind. Um irgendwie zu verstehen, was ihre Tochter sah und dachte, bevor sie starb.

Der Verlust von Menschen ist immer auch mit Erinnern verbunden. Ein Thema, das Sandra Wollner bereits in „The Trouble With Being Born“ aufgriff. In dem so abgründigen wie viel gefeierten Film spürt sie anhand eines humanoiden Roboters, dem die Erinnerungen an verstorbene Menschen einprogrammiert werden können, der Frage nach, wie sehr Identität und Gedächtnis miteinander verschränkt sind.

In „Everytime“ sind es digitale Aufzeichnungen, in denen sich die Erinnerungen manifestieren. Lux hört sich Sprachnachrichten von Jessi an. Melli sucht Trost in alten Videoaufnahmen ihrer Schwester, etwa von einem Urlaub auf Teneriffa, als Jessi noch ein Kleinkind war. Oder im gemeinsamen Whatsapp-Verlauf. Immer wieder schreibt sie ihrer Schwester Nachrichten aus ihrem Leben – in der irrationalen Hoffnung auf eine Antwort.

Wollner erklärt nicht, sie zeigt nur. Und das gelingt ihr in formvollendeter Schönheit, wobei sie

hier und da kleine Irritationen einstreut. Etwa zu Beginn des Films, als jemand außerhalb des Bildes in einer Fußgängerunterführung einen Unfall hat. Alle drehen sich um, blicken in die Richtung. Doch niemand hilft, niemand bleibt stehen. Oder am frühen Morgen, kurz vor ihrem Tod, dreht sich Jessi unvermittelt um und blickt in die Leere einer von Bäumen gesäumten Straßbahnlinie. Wem schaut sie hinterher?

Wollner erklärt nicht, sie zeigt nur. Und das gelingt ihr in formvollendeter Schönheit

Als ihre Mutter ein Jahr später an der gleichen Stelle steht, geschieht ihr das Gleiche. Wer steht dort, wer schaut sie an? Die Frage nach dem Blick durchzieht den Film. Immer wieder nimmt die Kamera die Perspektive eines distanzierten Beobachters ein. Eine unsichtbare Instanz, die wie die Sonne nur teilnahmslos zuschaut und das Geschehen geschehen lässt.

Sandra Wollners Art des Filmmachens ist von einer großen Neugier getrieben, die dem Möglichkeitshorizont des Kinos nachspürt. Ihre Filme sind keine Spiegelungen gegenwärtiger Verhältnisse. Vielmehr wollen sie mit den Freiheiten des Kinos die Beschränkungen unserer Wirklichkeit überwinden. In „Everytime“

lässt sie gewissermaßen die Gesetzmäßigkeiten der Welt aus den Fugen heben. Oder anders ausgedrückt, „das Universum faltet sich zusammen und bildet eine neue Realität, in der alte Mini-DV-Aufnahmen ein seltsames Eigenleben entwickeln“, wie sie es selbst in einem Interview ausdrückt.

Ella beschließt kurzerhand, mit Melli und Lux nach Teneriffa zu fliegen, um jenen Urlaub zu machen, der nie stattgefunden hat. Dort, inmitten der schroffen und vulkanischen Kulisse der kanarischen Insel, einer Trauer- und Traumlandschaft im gleißendklaren Sonnenlicht, passiert etwas, das eigentlich nicht sein kann, als Antwort auf einen Verlust, der eigentlich nicht sein darf.

Die Sonne ist das Leitmotiv in diesem so rätselhaften wie faszinierenden Film. Das letzte Foto, das Jessi macht, zeigt die aufgehende Sonne in einem herangezoozten Pixelbrei. Ihr Freund trägt den Namen Lux. Bedeutsame Momente tragen sich im warmen Licht der Morgen- oder Abenddämmerung zu. Auf Teneriffa findet eine Gruppe Kinder eine Leuchtrakete und schießt sie der Sonne entgegen. Gleichsam ein Notsignal, das erhört wird, woraufhin die Welt innehält und sich nicht mehr weiterzudrehen scheint.

Die Sonne, am Horizont stehend wie ein viereckiger Bauklotz aus Minecraft, geht an diesem Abend zumindest nicht mehr unter. Ein Neuanfang, in dem sich das Vergangene und das Zukünftige überlagern, erzählt in Bildern, wie sie nur das Kino zu zeigen vermag.

„**Everytime**“. Regie: Sandra Wollner. Mit Birgit Minichmayer, Lotte Shirin Keiling u.a. Deutschland/Österreich 2026, 123 Min.

szene

Gleich geht's los. Gleich geht's los. Gleich geht's los.

Das war dieses Kind in der gelben Badehose. Es saß am Beckenrand, in der Hocke, die Arme weit ausgestreckt, spitz zulaufend, als ob es gleich einen Kopfsprung macht. Die Fingerspitzen waren nur wenige Zentimeter von der Wasseroberfläche entfernt.

Es saß da ganz versonnen, ruhig, vor sich hin lächelnd, mit einem hoffnungsvollen Leuchten in den Augen. Wenn man näher kam, sah man, dass es ganz leise flüsterte. Es sagte immer wieder dasselbe. Wenn man noch näher kam, konnte man hören, was es sagte: Gleich geht's los. Gleich geht's los. Gleich geht's los.

Am Kiosk war eine lange Schlange, wie immer. Ich legte mich stattdessen auf die Wiese – die zur Wüstenlandschaft geworden war. Vor ein paar Jahren war die Wiese noch grün gewesen. Von Weitem sah ich eine Gruppe Kinder unter dem Pilz stehen, aus dessen Rändern Wasser kommt. Sie lachten sich halbtot über irgendwas, das Kinder lustig finden. Auf meinem Weg zurück zum Becken kam ich wieder an dem Kind in der gelben Badehose vorbei.

Es saß in derselben Position am Beckenrand, ganz allein, die Arme weit ausgestreckt, spitz zulaufend, nur wenige Zentimeter von der Wasseroberfläche entfernt. Ich kam unauffällig noch einen Schritt näher. Immer noch markierte es den Kopfsprung, der jede Sekunde stattfinden sollte, noch immer hatte es denselben hoffnungsvollen Gesichtsausdruck, noch immer wiederholte es immer denselben Satz: *Gleich geht's los. Gleich geht's los. Gleich geht's los. Gleich geht's los.*

Olga Hohmann



Das diverse Ensemble und ein Spielplan, der Vielfalt abbildet, waren den Extremisten wohl ein Dorn im Auge: Nationaltheater Mannheim
Foto: Christian Kleiner

Niemand hat unlautere Absichten

70 kulturellen und sozialen Einrichtungen will die Mannheimer AfD die Existenzgrundlage entziehen. Die Provinzposse zeigt, wohin die Rechtsaußenpartei will

Von Björn Hayer

Der feine Rotstift hat ihr nicht genügt. Wenn es ums Kürzen geht, dann musste es tatsächlich die Axt sein, die nichts mehr stehen lässt. Da man neuerdings im angeschlagenen Ländle sparen muss, hat die Mannheimer AfD einen regelrechten Kahlschlagantrag in den Stadtrat eingebracht, der über 70 kulturellen und sozialen Einrichtungen die öffentlichen Mittel entziehen sollte. Unter dem Deckmantel des konstruktiven Sanierungshelfers wollte man vor allem die freiwilligen Ausgaben begrenzen, getreu dem – gemessen an der Arbeit der betroffenen Institutionen – abfälligen Leitsatz: „Pflicht vor Kür“.

Darunter fiel zum Beispiel das Goethe-Institut, dem die vermeintlichen Patrioten des Landes der Dichter und Denker glatt 70.000 Euro wegnehmen wollten. Andere sollten ganz auf null gesetzt werden. 130.000 Euro galt es, jeweils bei der AWO und Caritas zu streichen, 100.000 Euro beim Queeren Zentrum, überdies 65.000 bei der Bläserphilharmonie und 25.000 beim Kantorat der Christuskirche. Klingt übel, sollte aber gerecht sein, zumal man bei dem Rundumschlag offiziell keine bestimmte Gruppe im Fadenkreuz hatte.

Dass die Rechts-außen-Partei jedoch unter dem Vorwand der Haushaltskonsolidierung ganz andere, nicht ausgesprochene Interessen

verfolgt, wird deutlich, wenn man sich etwa ihre Äußerungen zum Doppelhaushalt 2025/26 vergegenwärtigt. Damals hatte der Fraktionsvorsitzende gesagt, es böte sich nunmehr die Möglichkeit, „die Finanzierung rot-rot-grüner Gesellschaftsexperimente ein für allemal zu beenden“. Gemeint war das Nationaltheater Mannheim. Das diverse Ensemble sowie ein Spielplan, der Vielfalt und Antidiskriminierung abbildet, war den Extremisten offensichtlich ein Dorn im Auge. Heute sucht man die wahre Haltung eben mit auf den ersten Blick finanzpolitischer Pragmatik zu verschleiern.

So sieht es auch Johanna Baumgärtel von Mannheims wichtig-

tem Haus der Off-Szene, zeitraumexit e. V. Seit jeher muss die innovative Bühne um ihr Fortbestehen bangen. Wäre der Antrag der AfD, der mehrheitlich abgelehnt wurde, durchgegangen, hätten die knapp 200.000 Euro Budgetverlust den Tod der Stätte bedeutet, die sich mit ihren ästhetisch ambitionierten Produktionen oft für ein plures und offenes Miteinander einsetzt.

Zu vermuten sei laut der Intendantin, „dass zivilgesellschaftliche Strukturen und die in der Verfassung verankerte Freiheit der Kunst ruiniert werden sollen“. Baumgärtel betont gegenüber der taz ebenso die grundsätzliche Dimension dieses Vorstoßes, der weit über eine Provinzposse hinausreicht: „Der von der AfD eingereichte Sammelantrag beziehungsweise die darin enthaltenen Einzelanträge [...] zeigen konkret, welche Sozial- und Kulturpolitik zu erwarten ist, wenn Wähler*innen der nationalkonservativen Partei noch mehr Macht geben.“

Also alles eine bedenkliche Vorschau für Sachsen-Anhalt? Nicht unbedingt. Denn das Agieren der neuen Rechten ist in Sachen Kunstbetrieb heterogener, als man es vermutet. So nimmt Christoph Bartmann in seiner Studie „Angriff von rechts. Der neue Kampf um die Kultur“ eine Zerteilung der Positionen wahr. Während die einen Rechtspopulisten den Kreativsektor gesinnungs-ideologisch umbauen wollen, wofür vorbildhaft die krude Politik einer Giorgia Meloni in Italien oder bis zuletzt eines Viktor Orbán in Ungarn steht, zielen die anderen auf die gänzliche Abschaffung staatlicher Förderung ab.

Tendenziell zeugen die Programme der ostdeutschen Rechtspopulisten von erstem Bestreben. Neben einer nationalistischen Ausrichtung der Theater und Museen, schöngefärbt als Heimatliebe, will man dort eine vormoderne Vergangenheit rekonstruieren (die es so nie gab). Allen voran „hässliche“ Auswüchse wie die Bauhauskultur, so die Bezeichnung des AfD-Funktionärs Hans-Thomas Tillschneider, müssten von der Bildfläche verschwinden.

Nur, wie umgehen mit der Gemengelage? Dass sich die Parteien des demokratischen Spektrums mit der Kulturpolitik der neuen Rechten schwertun, ist offenkundig. Nachdem sich die Bundes-CDU mit Wolfgang Weimer als Reaktion auf die rechtsnationale Konkurrenz radikalisiert hat, sind die linken Kräfte mehr denn je gefragt. Es bleibt zu hoffen, dass sie sich, die aktuell vielerorts das Ausbluten des Kreativsektors mittragen (müssen), wieder stärker ihrer Verantwortung für eine resiliente Kultur bewusst werden. Nicht trotz, wegen der klammen Kassen.

Anzeige

TAZ THE RICH

Wenn sich immer mehr Macht in den Händen von Superreichen konzentriert, braucht es diejenigen, die ihnen auf die Finger schauen. Deshalb Journalismus von links – unbestechlich, unbequem, unabhängig.

10x wochentaz für nur 10 Euro
Mo – Fr digital, samstags gedruckt

taz.de/abo



Die Container sind immer grüner auf der anderen Seite

Der nomadische Berliner Projektraum Schneeeule hat für eine Ausstellung Plakatwände in Charlottenburg angemietet. Die Frage „Wem gehört die Stadt“ verbindet die Motive

Von **Rahel Bueb**

Kurz an einen anderen Ort versetzt fühlt man sich, wenn man in Berlin-Charlottenburg nahe dem Ernst-Reuter-Platz an der Guerickestraße 21–25 eine Mondoerfläche mit Kratern erblickt. Erst auf den zweiten Blick entpuppt sie sich als Fladenbrot auf schwarzem Teer.

Die auf einer Plakatwand angebrachte Fotografie mit dem Titel „Planet“ ist Teil von Leonardo Flores’ Serie „Ephemeral Sculptures“ (vergängliche Skulpturen). Flores sammelt, was andere oft übersehen: Spuren menschlicher Interaktionen mit profanen Gegenständen im urbanen Raum, alltägliche Beobachtungen.

Bis zum kommenden Dienstag (11. August) können die Fotografien von Flores und vier weiteren Künstler:innen, bevorzugt bei einer Spazierfahrt mit dem Fahrrad, betrachtet werden. Im Rahmen des Projekts „Wem gehört die Stadt?“ haben sie sich mit dem öffentlichen Raum und seiner Nutzung befasst. Silke Nowak kuratierte die Ausstellung für ihren Projektraum Schneeeule. Diesen hat die Künstlerin 2012 gemeinsam mit Matti Bergmann gegründet, heute führt sie ihn allein. Wie die Vogelart hat auch der Projektraum keinen festen Ort, sondern wandert nomadisch umher.

Lange Zeit trug Nowak die Idee, Plakatwände mit Kunst zu versehen, „spazieren“, bevor sie sie nun in die Tat um-

setzte. Entstanden ist eine Ausstellung mit Inhalten, die man „nicht erwarten würde“, wie Nowak sagt, aber auch an unerwarteten Orten, an denen sonst Werbung um Aufmerksamkeit buhlt. Das ist an ganz schön vielen, teils etwas skurrilen Stellen der Fall, zum Beispiel an Einfahrten oder Parkplätzen. Dort ist jetzt Kunst zu sehen.

Ebendiese Unerwartbarkeit birgt auch Tücken: Die Unternehmen, die hinter den Plakatwänden stehen, erwarten kommerzielle Werbung mit Text. Letzteren wollten jedoch weder Nowak noch die Künstler:innen auf den Fotografien haben. Der Kompromiss: ein leiser schriftlicher Verweis auf die Website des Projektraums.

Unerwartetes geschieht auch beim zweiten Plakat an der Quedlinburger Straße 2. „Wat isn an dem Bild so besonders? Was sacht es mir?“, fragt ein Passant. Das Bild von Lena Maria Loose, erklärt Nowak, zeige die Rummelsburger Bucht im Osten Berlins, in warmes Abendlicht getaucht. Ein Blick, den es so dort nicht mehr gibt: Menschen auf der Suche nach bezahlbarem Wohn- oder Freiraum, die dafür „zum Teil auch auf dem Wasser“ etwa in Booten lebten, bis sie auch dort verdrängt wurden. Wo sie nun sein mögen, ist eine der Fragen, die bleiben.

An der Quedlinburger Straße 15 zeigen zwei Plakatwände Arbeiten von Vlad Brăteanu und Fabian Schu-

bert. Schubert bezieht sich auf die umliegende Umgebung: Seine Fotocollage zeigt die Schornsteine des benachbarten Heizkraftwerks samt einer stillgelegten Plakatwand, auf der dieselben Schornsteine als KI-generiertes Bild erscheinen. Mit diesem Verweis auf KI-Bildinhalte greift er eine

Lange Zeit trug Nowak die Idee, Plakatwände mit Kunst zu versehen, „spazieren“, bevor sie sie in die Tat umsetzte

Technik der Werbeindustrie auf und hinterfragt die Sinnhaftigkeit klassischer Werbetreibenden.

Vlad Brăteanus Arbeit wiederum trägt den ironischen Titel: „Die Container sind immer grüner auf der anderen Seite“. Er verweist auf die Baucontainer neben der Plakatwand. Dahinter entsteht ein neues Haus mit grünen Hintergärten.

Brăteanus Kritik: Solche Projekte treiben die soziale Spaltung in Charlottenburg-Nord voran, einem Viertel, das auch von Armut betroffen ist.

Der heutige Rundgang endet an der Kaiserin-Augusta-Allee 33, wo zwei Fotografien von Mirja Busch zu sehen

sind, die auf Plakatwänden an einem kleinen Haus mit blau-weiß gefliesten Flächen und Rasterfenstern mit bunten Einsätzen angebracht sind. Während Nowak die übrigen Plakatwände aus Kostengründen auswählte (denn ja, diese kosten je nach Ort unterschiedlich viel), erfolgte die Auswahl hier aus rein ästhetischer Motivation, was angesichts der Einzigartigkeit des Gebäudes sehr nachvollziehbar ist.

Mirja Busch dokumentiert seit Jahren Pfützen Berlins in allen Farben und Formen und – wenn sie nicht gerade an einer Definition für diese arbeitet, die es noch nicht zu geben scheint – sammelt sie deren Wasserproben. Dabei stößt sie teils auf Widerstand von Sicherheitskräften vor privaten Grundstücken. Ihre Arbeit thematisiert jedoch nicht nur die Privatisierung des öffentlichen Raums, sondern zeigt, wie Pfützen als eigenständige Orte in Mulden, Rillen und Löchern wirken und so wiederum den öffentlichen Raum mitgestalten.

Und Nowak? Wie die Schneeeule zieht sie im Anschluss an die Spazierfahrt weiter, hinterlässt Kunst in oft kunstleeren Räumen, und stößt Gedanken an, die gewiss länger haften bleiben als manches Plakat.

„Wem gehört die Stadt“: Schneeeule, Plakatausstellung in Charlottenburg-Nord, Berlin. Bis 11. August



Irina Scherbakowa
Unendliche Geschichte

Die neuen Rechtlosen

In der sowjetischen Literatur der 1920er und 1930er Jahre begegnet man häufig dem Begriff „Lischenez“ (der Rechtlose). Das Wort hatte einen satirischen Unterton und bezeichnete Menschen aus der „alten Welt“, Überbleibsel einer nach Motenkugeln riechenden Vergangenheit, die nicht in das neue sowjetische Leben passten.

Daran gab es aber nichts Komisches. Es ging um Millionen Menschen, denen nach der Verfassung von 1918 die Bürgerrechte entzogen wurden. Diese Diskriminierung blieb bis 1936 bestehen und betraf über 10 Prozent der Bevölkerung.

Die Kategorie der „Rechtlosen“ war weit gefasst. Sie reichte von ehemaligen Beamten, Adligen und Geistlichen bis hin zu kleinen „Ausbeutern“, die lediglich einen einzigen Lohnarbeiter beschäftigten. Selbst ein einfacher Bauer konnte zum „Lischenez“ erklärt werden, wenn er während der Ernte eine Hilfskraft anstellte. Der Entzug der Rechte beschränkte sich nicht auf das Wahlrecht. Er wirkte sich auf fast alle Lebensbereiche aus.

„Lischenzky“ hatten keinen Anspruch auf Rente und konnten keiner Gewerkschaft beitreten. Sie erhielten den niedrigsten Lohn; Lebensmittelkarten wurden ihnen verweigert. Für sie galten höhere Steuern. Sie konnten aus ihren Wohnungen ausgewiesen werden und verloren häufig das Recht, in Moskau oder Leningrad zu leben. Ein Hochschulstudium blieb ihnen verwehrt. Diese Diskriminierung traf auch ihre Kinder.

Zwar gewährte die neue Verfassung von 1937 allen Bürgern der UdSSR wieder das Wahlrecht, dennoch blieb in den Personalfragebögen bis 1961 die Frage: „Wurden Ihnen jemals die Wahlrechte entzogen? Wenn ja, wann und aus welchem Grund?“ Und als 1937 der Große Terror begann, dem 1,6 Millionen Menschen zum Opfer fielen, befanden sich unter ihnen zahlreiche ehemalige „Lischenzky“.

Hundert Jahre später greift die Staatsduma auf diese Praktiken zurück. Zu den neuen „Rechtlosen“ erklärt sie jene Menschen, die ihr Vorsitzender Wolodin als „Veräter“ und „Verbrecher“ bezeichnete – politische Emigranten, die Russland verlassen haben, darunter solche, die das Justizministerium in das Register der sogenannten „ausländischen Agenten“ aufgenommen hat.

Unter dem Beifall der Abgeordneten erklärte Wolodin, das Gesetz, das diesen Menschen sämtliche Rechte entziehe, müsse „angesichts der militärischen Spezialoperation“ verabschiedet werden. Es sei „eine wichtige Entscheidung, die es uns ermöglicht, den Staat vor diesen Schurken zu schützen, die das Land verlassen haben und von dort aus weiterhin Schaden anrichten“.

Nach dem geltenden Gesetz über „ausländische Agenten“ dürfen die Betroffenen weder kandidieren noch an Bildungs- oder Aufklärungsarbeit teilnehmen; ihre finanziellen Aktivitäten unterliegen staatlicher Kontrolle. Mit den verabschiedeten Änderungen kommt die weitreichendste Einschränkung der Rechte politischer Emigranten hinzu: Der russische Staat behält seine Jurisdiktion über die Betroffenen, entzieht ihnen jedoch nahezu alle Rechte, die mit der Staatsbürgerschaft verbunden sind.

Je schwieriger die Lage des Putin-Regimes wird, desto intensiver wird nach inneren und äußeren Feinden gesucht. Damit sich die Bevölkerung diese Feinde besser vorstellen kann, hat das Justizministerium auf seiner Website eine Ausstellung mit dem Titel „Schutz der Souveränität des russischen Staates. Geschichte und Gegenwart“ eingerichtet. Der letzte Abschnitt besteht aus Porträts der „ausländischen Agenten“. Zu sehen sind ihre Fotos mit Zitaten aus ihren „feindlichen“ Äußerungen. Unter ihnen sind bekannte russische Schriftsteller, Journalisten, Menschenrechtler, Juristen, Wissenschaftler und Nobelpreisträger.

Das ist tatsächlich nicht Putins Russland.

Irina Scherbakowa ist Vorsitzende der Organisation Zukunft Memorial.

Das Plakat „Bucht“ von Lena Maria Loose ist Teil der Ausstellung
Foto: Silke Nowak



Margers Vestermanis im März in seiner Wohnung
Foto: Anita Kugler

Nichts vergessen, aufschreiben, Zeugnis ablegen

Margers Vestermanis war der letzte Überlebende von Ghetto, KZ und Waldbrüderzeit in Lettland. Zugleich war er Historiker des Holocausts und schrieb über „Judenretter“. Ein Nachruf

Von Anita Kugler

Er ist nicht im Spätherbst 1941 im Wald von Rumbula erschossen worden wie seine Mutter und die kleine Schwester. Auch nicht im Zentralgefängnis wie sein älterer Bruder, ein Pianist. Oder im Ghetto von Riga an Entkräftung und Verzweiflung gestorben wie der Vater. Er hat 1943 auch das Konzentrationslager Kaiserwald überlebt und die entsetzliche Zwangsarbeit in dem SS-Lager Popperwahlen nahe der Ostsee.

Im Juli 1944 gelang es ihm, von dort in den Wald zu flüchten, in dem sich desertierte Wehrmachtssoldaten, sowjetische Partisanen, einheimische Widerstandskämpfer versteckten – aber sich auch SS-Kollaborateure herumtrieben auf der Suche nach Geflüchteten und speziell Juden. Auch diese lebensgefährlichen Monate bis Mai 1945 überstand Margers Vestermanis mitten im „Kessel von Kurland“, der 19-jährige klapperdürre, rothaarige und viel zu brutal erwachsen gewordener Jude mit Sehschwäche und ohne Brille.

Am 30. Juli ist er in seiner Wohnung in Riga gestorben, am Dienstag wurde er auf dem Neuen Jüdischen Friedhof beerdigt, sechs Wochen vor seinem 101. Geburtstag, den er physisch labil, geistig hellwach, überaus emphatisch, humorvoll und bestrickend charmant beinahe erlebt hätte. Er war ein – wie er betonte – „lettischer“ (im Unterschied zu russischer) Jude, säkular, aber traditionsbewusst, meinungsstark, durchaus dominant, mit einem wundervollen deutsch-baltischen Akzent, den er sich aus seinem deutsch sprechenden, gut situierten Rigenser Elternhaus erhalten hat und den in ganz Lettland niemand mehr spricht.

Aber mit verwundeter Seele ob der Tragödie, die „sein Volk“ durch die deutschen Besatzer erleiden musste, ihren einheimischen Helfern und den vielen mitleidlosen Zuschauern und Profiteuren, die, wie in Lettgallen gesche-

hen, nahe der Erschießungsgruben lauerten, um die Schuhe der Ermordeten selbst tragen zu können. Über die etwa 600 Menschen, die damals unter dieser Todesgefahr Juden retteten, hat er während seiner letzten Jahre ein umfangreiches Buch geschrieben, das mit Mitteln des Auswärtigen Amtes derzeit ins Deutsche übersetzt wird. Davon wird später die Rede sein.

Im vergangenen September saß er stundenlang auf der mit Blumen überladenen Bühne im fast vollbesetzten großen Jugendstil-Theatersaal der Jüdischen Gemeinde, um all die vielen Lobpreisungen zu seinem 100. Geburtstag von sehr vielen Prominenten und weniger prominenten Wegbegleitern und Freunden entgegenzunehmen, darunter von zwei früheren deutschen Botschaftern und der aktuellen Botschafterin.

Der Staatspräsident Edgars Rinkēvičs hatte ihn einen Tag zuvor in seiner Wohnung besucht, ihn vertrat am Ehrentag die Außenministerin. Neben der persönlichen Wertschätzung ein starkes Zeichen, dass der lettische Staat die Ermordung ihrer etwa 70.000 Juden durch die deutsche Totungsmacht heute als nationales Drama begreift. Das war bis in die frühen 90er Jahre anders. Da waren die Juden an ihrem Unglück noch selber schuld, wie es 1992 der Übergangspräsident öffentlich behauptete.

„Wenn ich Sie so sehe, schlägt mein altes Herz fröhlich“, begrüßte Margers Vestermanis von der Bühne herab seine Gäste. Voll Zuneigung bedankte er sich individuell bei jedem der 36 Redner und Rednerinnen für ihre Würdigungen, obwohl ihm der Rücken zunehmend schmerzte und er danach eine Woche ruhen musste. Eine Mammutleistung, die er vielleicht nur durchgestanden hat, weil es, wie er meinte, nicht nur um sein privates Jubiläum ging, sondern um seine Lebensleistung als Gründer und bis ins hohe Al-

ter Direktor des Museums und Archivs der Juden in Lettland. Und natürlich um sein pünktlich zum Geburtstag erschienenen Buch mit dem deutschen Arbeitstitel „Menschlichkeit ist nicht vergebens“.

In ihm schildert er mit der Kompetenz eines Historikers und dem Herzen und Erlebnissen eines Zeitzeugen die vielen bislang unbekannten Menschen, die unter Einsatz des eigenen Lebens jüdische Leben gerettet haben. Er nennt ihre Namen, er hatte sie gesucht über Jahrzehnte und viele noch befragen können. Er beschreibt ihre Hilfe im Kontext der schrecklichen Jahre. Es war über Jahre eine physische und psychische Herausforderung, die auch seine Familie hat spüren müssen.

Man muss sich seine Leistung mal vorstellen. Margers Vestermanis, seit etwa 10 Jahren fast blind und unbeweglich, zur Arbeit am PC nicht mehr in der Lage. Nur auf sein Elefantengedächtnis angewiesen, diktiert er in seinem eigenen mäandrierenden Stil der Autorin und Mitarbeiterin Jolanta Treile Kapitel für Kapitel, einschließlich Fundorte der Quellen, lässt sie sich nach der jeweiligen Verschriftlichung vorlesen, fügt ein, streicht anderes, lässt es sich wieder vorlesen und so ging das Monat für Monat.

Er wollte in seinem Buch die Menschlichkeit der Retter über die Unmenschlichkeit der Täter stellen, damit aber auch das festhalten, was er über die Ermordung der lettischen Juden durch SS, Gestapo, Wehrmacht, dem sogenannten lettischen „Selbstschutz“, aber auch durch „ganz normale Nachbarn“ während der Sowjetzeit niemals sagen – geschweige veröffentlichen durfte. Und später nicht konnte, weil er nach der neuen Unabhängigkeit all seine Energie für seine Forschungen im In- und Ausland und die vielen Aufsätze brauchte und vor allem für das Museum und Archiv im vierten Stock des Jüdischen Gemeindehauses in der Skolas iela 6.

Jetzt konnte er endlich nachholen, was sich seine Kameraden im Ghetto gegenseitig versprochen hatten. Sollten sie überleben: Nichts vergessen, aufschreiben, Zeugnis ablegen.

Als frisch studierter Historiker im Dienst des lettischen Geschichtsarchivs hatte er es 1965 schon einmal probiert, war aber dafür sofort sanktioniert worden. Zum 20. Jahrestag der Befreiung durch die Rote Armee sollte er eine Gedenkschrift mit der versteckten Botschaft schreiben, dass die Juden nicht ermordet worden waren, weil sie Juden waren, sondern Bürger der Sowjetunion. Die Dokumente, die er dafür brauchte, durfte er nicht einfach anfordern, sondern wurden ihm von Politikkommissar des Archivs ausgewählt überreicht, einen Aufpasser setzte man ihm zusätzlich zur Seite.

Aber sie reichten dem „Bürger der Sowjetunion“ aus, um zum ersten Mal aus Täterperspektive ansatzweise zu erfahren, was in Rumbula und anderen Orten geschehen ist und wer dafür verantwortlich war. Alle Notizen, die sich der junge Historiker für seine Denkschrift machte, hatte er dem Politikkommissar vorzulegen. Margers Vestermanis nutzte seine Chance. Mit vorgegeblich schwacher Blase kritzelte er auf der Toilette auf winzigen Zetteln die für ihn wichtigsten Details. Sie wurden später zum Anfang eines heute umfangreichen Archivs.

Die Gedenkschrift schrieb er unter den Blicken des Aufpassers, aber sie hat dem Politikkommissar trotz seiner Selektionen wohl nicht gefallen. Unter irgendeinem Vorwand, so erzählte es Margers Vestermanis, wurde er nach Moskau zitiert. Und als er eine Woche später in das Archiv zurückkehrte, überreichte man ihm die fristlose Kündigung, einschließlich eines Berufsverbots. Nie wieder dürfe er als Historiker arbeiten, niemals Geschichtsunterricht erteilen. Und so geschah es, dass er in einer Fachschule

für Handwerker zuerst „Rohrleger in Kunst“ unterrichtete und später Musik in einem Gymnasium. Von der Gedenkschrift hat man niemals wieder etwas gehört.

Dafür von Margers Vestermanis viel. Er wurde mit über 70 Jahren Mitglied in der Kommission der Historiker Lettlands, die in den nächsten drei Jahrzehnten 25 Bände zur NS- und Sowjetbesatzung herausgab, zwei davon, die Bände 2 und 18, sind ausschließlich dem Holocaust gewidmet. In anderen Bänden kommt er vor. Er erhielt sämtliche Auszeichnungen und Orden, die der lettische Staat zu vergeben hat, und von der Universität die Ehrendoktorwürde. Es gibt zwei Filme über ihn und mehrere mit ihm.

Zum letzten Mal öffentlich redete er am 3. Juli dieses Jahres bei Starkregen, im Rollstuhl, mit fester Stimme am Lettischen Holocaustgedenktag, der jährlich vor der am 4. Juli 1941 in Brand gesteckten, mit Flüchtlingen überfüllten Großen Synagoge in der Gogola iela stattfindet. Hinter ihm standen die lettischen Spitzenpolitiker, Botschafter, Vertreter der jüdischen Gemeinde, vor ihm einige hundert ZuhörerInnen, darunter Delegierte des Volksbunds Deutscher Kriegsgräberfürsorge und des Deutschen Riga-Komitees, einem Zusammenschluss von heute 80 Städten, aus denen 1941 und 1942 jüdische Menschen nach Riga deportiert worden waren.

Eine rührende Szene kurz nach der Kranzniederlegung zeigte, wie der zwei Meter große Ministerpräsident Andris Kulbergs vor dem inzwischen klein geschrumpften, aber groß gebliebenen Vestermanis kniet und die beiden sich minutenlang angeregt unterhalten. Es sei erleichtert, dass die politischen Spitzenvertreter den lettischen Antisemitismus so konkret verurteilt hätten, kommentierte er die Veranstaltung. „Dafür musste ich über 100 Jahre alt werden.“

Meister der Mentalität

Hinter Florian Wellbrock liegt eine schwierige Saison. Umso größer war seine Freude über den EM-Titel in der olympischen Freiwasserdistanz



Von **Andreas Morbach**

Die etwa 30 Vertreterinnen und Vertreter der DSV-Jugend hatten sich am Seineufer in der Nähe des Eiffelturms mächtig ins Zeug gelegt. In beachtlicher Lautstärke feuerten sie die zwei deutschen Freiwasserschwimmer unten im Flusswasser an – ein verbaler Aufwand, der den jungen Menschen um die Mittagszeit dann den gewünschten Lohn bescherte: Im Rennen über die olympische Distanz von 10 Kilometern schlug Florian Wellbrock als Erster und sein Magdeburger Trainingskollege Oliver Klemet als Dritter an. Und zwischen das Duo aus Sachsen-Anhalt schob sich der Ungar mit dem schönen Namen David Bethlehem.

Gold und Bronze im Auftaktrennen der Dauerkrauler – da tauchte Bernd Berkhahn doch zügig im Zielraum auf und schlängelte sich gut gelaunt durch die Reihen. Erstaunlich genug für den zuständigen Bundestrainer, der die Medaillengewinner auch im Magdeburger Schwimmalltag anweist: Wellbrock (28) hat in seiner bewegten Karriere schon einige Erfolge erkraut, ist zehnmaliger Weltmeister und Olympiasieger im Freiwasser von Tokio. Zu einem EM-Titel im freien Gewässer reichte es für ihn bis Dienstagmittag hingegen noch nicht. Doch nun ist auch dieser kleine Makel passé.

Die ersten Gedanken an die frisch erweiterte Medaillensammlung führten Wellbrock zurück in seine wegen mehrerer Krankheitsausfälle arg zerstückelte Saison. „Das war nicht planbar heute. Rein physisch hätte ich nicht gewinnen dürfen“, erwähnte der gerten-

schlanke Athlet mit dem eleganten Schwimmstil, dann schlussfolgerte er ebenso stolz wie logisch: „Das war eine mentale Meisterleistung.“

Wellbrock darf sich nun offiziell Europameister im Becken und im Freiwasser nennen – und nebenbei auch den inoffiziellen Titel Meister des Understatements führen. Weil er aufgrund diverser Infekte in diesem Jahr gleich dreimal für jeweils eine Woche mit dem Training pausieren musste, gab er als

Bei Olympia vor zwei Jahren erlebte Wellbrock in Paris sein persönliches Waterloo

Ziel für die EM einen Platz unter den Top Ten aus. Seine Medaillenchancen, meinte Wellbrock zudem, seien „auf ein Minimum zurückgeschraubt“.

Diese Vorab-Protokolle sind schon nach der ersten Entscheidung in einem Seitenarm der Seine reif für den Reißwolf. Auf die Siegerehrung mussten Wellbrock und der formidable Finisher Klemet, im 34 Mann starken Feld zwischenzeitlich auf Rang 18 abgerutscht, zwar warten, bis dort auch das 10-Kilometer-Rennen der Frauen absolviert war.

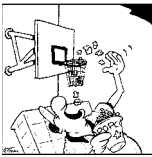
Um 17 Uhr war es dann aber so weit – wobei längst klar war, dass das deutsche Edelmetall-Duo beim Fahnenhissen ohne weibliche Begleitung aus dem eigenen Verband würde auskommen müssen: Die vorgesehenen Schwimmerinnen Lea Boy und Leonie Märtens lagen beide krank darnieder. Wegen der

fehlenden Leistungsdichte hatte Bundestrainer Berkhahn auf Nominierungen verzichtet.

Worauf der Coach nicht verzichtete: Im Stil des mentalen Riesen Wellbrock, neuerdings also auch eine Art Zen-Meister des Freiwassers, vorab die Geschichte vom bescheidenen Underdog zu erzählen. Erwartungen habe er erst mal keine, behauptete Berkhahn, erwähnte aber immerhin: „Die Jungs haben gut trainiert und sind wild entschlossen.“

Die Entschlossenheit merkte man am Dienstagvormittag rund um die Île aux Cygnes vor allem Wellbrock an: Vom Start weg gab er das – vergleichsweise mäßige – Tempo vor, blieb durchgehend in der Spitzengruppe und konnte auf der letzten der acht Runden auch eine Attacke von David Bethlehem kontern. So schlug der viermalige Freiwasser-Weltmeister des Vorjahres nach knapp zwei Stunden zwei Sekunden vor dem Gesamt-weltcupsieger aus Ungarn an.

Ganz nebenher schloss Wellbrock in diesem Moment auch seinen Frieden mit Paris. Bei Olympia vor zwei Jahren erlebte der gebürtige Bremer hier sein persönliches Waterloo, erst im Becken, dann im Freiwasser. Um den Pool macht er diesmal wegen des erheblichen Trainingsrückstands einen großen Bogen. An der Seine wird der Gold-Krauler des DSV künftig dagegen wieder gerne entlang schlendern. Auch wenn er zu seinem ersten EM-Titel im Freiwasser zwecks Vergangenheitsbewältigung lieber auf dem Kurs von 2024 geschwommen wäre. Ein minimaler Makel, den Florian Wellbrock aber problemlos verkraften wird.



american pie

Immer dieser Menschenverstand

Basketballerin Sophie Cunningham holt mit ihrer transfeindlichen Haltung den Kulturkampf in die WNBA

Sie sei „kein besonders politischer Mensch“, wenn überhaupt positioniere sie sich „ziemlich genau in der Mitte“ und ihr Anliegen habe sowieso nur etwas mit „gesundem Menschenverstand“ zu tun. So die Worte von Indiana-Fever-Star Sophie Cunningham. Nach der harten Kritik für ihre Aussage zu trans Sportlerinnen vor wenigen Tagen hat sie sich wohl veranlasst gefühlt, diese noch mal zu bekräftigen. Eine Aussage übrigens, die eins zu eins in die Kulturkampf-Agenda der MAGA-Leute passt. Und zugleich so gar nicht zu der eigentlich (für US-amerikanische Verhältnisse) eher linkspolitischen weltoffenen Haltung innerhalb der WNBA.

Aber was ist denn nun für die Aufbauspielerin Cunningham – blond, weiß, cis-weiblich, konservativ, bekennend christlich – „gesunder Menschenverstand“? Natürlich, es geht mal wieder um Schutz. Nein, nicht um den von trans Personen. Sondern vor trans Personen. Sie möchte junge Mädchen in der Umkleidekabine schützen, hatte sich Cunningham in diesem konkreten Fall in einem Interview mit ESPN geäußert. Junge Mädchen sollten ihrer Meinung nach im Sport nicht gegen „biologische Männer“ antreten müssen.

Klingt das nicht etwas random, solange es um gar keinen konkreten Fall geht? Vielleicht. Cunningham springt hier eben auf das Lieblingskulturkampfthema Trumps auf: trans Personen im Sport – und damit sind immer trans Frauen gemeint. Der US-Präsident hatte im vergangenen Jahr trans Athletinnen per Dekret die Teilnahme am Frauensport untersagt. Mit Erfolg. Ende Juni diesen Jahres bestätigte auch der Supreme Court, dass ein solcher Ausschluss rech- tens sei. In den USA ist somit eine transphobe Aussage wie die Cunninghams durchaus eine legitime Meinung aus der Mitte der Gesellschaft.

Vonseiten der WNBA-Fans erntete die Fever-Spielerin viel Kritik, Zuschauer kamen mit trans Flaggen zu den Spielen. Doch es gab auch Zustimmung. Vielleicht nicht von vielen, aber dafür umso lauter. In

Portland trafen sich als Reaktion einige Unterstützer zu einer Kundgebung vor dem Auswärtsspiel von Indiana Fever. „Thank you, Sophie!“ stand auf ihren Plakaten.

Indiana Fever verlor trotzdem gegen Portland Fire. Nach dem Spiel versuchte sich Cunninghams umstrittene Mitspielerin Caitlin Clark bei dem Thema rauszuhalten: „Unser Augenmerk liegt auf dem Basketball“, sagte die Starspielerin. Es sei Aufgabe der Ligen und Dachverbände, gemeinsam mit ihren Athletinnen nach Lösungen zu suchen.

Cunningham selbst könnte, nach ihrem Social-Media-Auftritt (über den ihr übrigens über 3,5 Millionen Menschen folgen) zu urteilen, fast schon als Tradewife durchgehen, wenn sie nicht zufällig Basketball auf höchstem Niveau spielen und zwischendurch spontan bei UFC-Events als Ringgirl auftreten würde. Sie ist eben eine Person aus der „Mitte der Gesellschaft“. Richtig bekannt wurde sie vor einem Jahr, als sie Sun-Spielerin Jacy Sheldon hart foulte, seitdem wird sie von Fans als „Vollstreckerin“ gefeiert.

Bei Instagram teilt sie aber lieber ihre friedlich-fromme Seite. „Die Prüfung, wie Christus zu lieben, besteht nicht darin, Jesus zu lieben. Sie besteht darin, Judas zu lieben.“ Steht da in einem Post. Und in dieser christlichen Tradition stehe sie auch gegenüber der Trans-Community. Sie habe nie auch nur ein einziges Mal gesagt, dass sie diese hasse, betonte sie. Und: „Ich denke, es gibt Platz für alle.“ Nur halt für manche nicht in bestimmten Umkleidekabinen.

Schließlich stellte sich auch Trump hinter Cunninghams Aussagen. Er ließ seine Pressesprecherin Karoline Leavitt mitteilen, dass die Kritik an der Starspielerin „lächerlich“ und „erstaunlich“ sei. Denn: „Wie Sie wissen, ist das ein Thema, das dem Präsidenten sehr am Herzen liegt – und den Amerikanern ebenfalls.“ Das ist natürlich alles völlig unpolitisch gemeint. Schließlich weiß jeder: Wenn etwas die Entscheidungen aus dem Weißen Haus leitet, dann ist es wie bei Cunningham der „gesunde Menschenverstand“.

Anzeige

Unterstützen Sie ...

Ruhe schenken. Widerstand stärken

Mit dem Auszeitstipendium „Rest & Resilience“ ermöglicht die taz panterstiftung bedrohten unabhängigen Journalist:innen aus Krisen- und Kriegsregionen eine Zeit der Sicherheit und neuen Kraft.

Sechs Monate Auszeit und Weiterbildung in Berlin.

... mit einer Spende

taz.de/spenden
GLS-Bank Bochum / BIC GENODEM1GLS
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00

taz panterstiftung

was alles nicht fehlt

Eine zweite Medaille im Becken: Einen Tag nach dem zweiten Platz in der Freien Kür des Solowettbewerbs bei den Europameisterschaften in Paris holte die Bochumerin im Finale der Technischen Kür des Solowettkampfes Bronze. Mit 258,0400 Punkten musste sie sich lediglich der neuen Europameisterin Iris Tió Casas aus Spanien und der als Neutrale startenden Belarussin Wasilina Chandoschka geschlagen geben.

Sprünge zu Gold: Lou Massenberg und Jonathan Schauer haben bei der EM der Wasserspringer in Paris den Titel im Synchronwettbewerb vom 3-Meter-Brett gewonnen. Das Duo setzte sich mit 423,84 Punkten vor Jewgeni Kusnetsow/Nikita Schleicher (Neutrale Athleten/408,99) sowie Stefano Belotti/Matteo Santoro (386,07) aus Italien durch. Wenig später sicherte sich Pauline Pfeif aus Berlin Silber vom Turm.

Ein weiteres WM-Opfer: Einen Monat nach dem Aus bei der Fußball-WM hat sich der Verband Algeriens von Nationaltrainer Vladimir Petković getrennt. Laut einer Mitteilung der Nordafrikaner erfolgte das Ende der Zusammenarbeit mit dem 62-Jährigen einvernehmlich. Der ehemalige Trainer der Schweizer Nationalmannschaft hatte den Job in Algerien im Frühjahr 2024 übernommen. Eigentlich hatte er noch einen Vertrag bis 2028.

Ein Dementi aus Zürich: Die Fifa hat Berichte über Anrufe von Gianni Infantino bei Donald Trump und dessen Kabinett zurückgewiesen. „Der Fifa-Präsident hat in den vergangenen Tagen weder den Präsidenten der USA noch ein Mitglied seiner Regierung angerufen. Das ist frei erfunden“, schrieb die Fifa bei X. Die Times hatte berichtet, dass Infantino nach dem Aus für seine Investorenpläne Hilfe bei Trump gesucht hat.

gurke des tages

Die meisten Diktatoren dieser Welt sitzen bombensicher auf ihren Thronen: Putin, Trump oder Xi. Doch was ist mit Gianni Infantino? Gestern dementierte die Fifa Berichte, dass der Ober-alpha des Fußballs den US-Präsidenten im Weißen Haus angerufen habe, um sich die Unterstützung Trumps zu sichern. Der wollte aber gar nicht mit dem Züricher Eierkopf reden, wie Medien berichten. Die Despoten meiden Infantino bereits. Denn sie wissen: Er ist der erste Stein im Diktatoren-Domino.



das wetter

Makabrio

Es fehlte nur noch ein Glied in der Vollendung des Meisterwerks. Ein Kettenglied zum Autoglück. Das Makabrio war ein Joint Venture der Familienfirma Brøderna Ivarsson aus Osby und dem Frankensteinkeller in Trier. Das hölzerne Gefährt zog aktuell täglich seine ersten Bahnen zwischen dem schwedischen Osby und dem rheinland-pfälzischen Trier. Es war eine geniale Erfindung, das Makabrio, ein Bolide, der so raste, wie kein windi-

ger Wind es jemals schaffen konnte. Deshalb gelang ihm bereits jetzt die Strecke Osby-Trier zirka zehnmal pro Tag. Jedoch für die geplanten 290 Bolidentrips fehlte dem Makabrio eben noch ein Glied. Doch was für ein Glied war es bloß? In den Werkstätten zu Osby und Trier raufte man sich alle Haare, die man finden konnte, kam aber zu keiner Lösung. Erst ein klandestiner Anruf ergab: Es fehlte gar kein Glied beim Makabrio.

„Da kann ich locker mithalten“

Das exklusive Wahrheit-Interview: Steht der alternde Dichter Thomas Gsella aus Aschaffenburg bei der Neuverfilmung von „Conan der Barbar“ vor einem fulminanten Comeback als Filmstar?

Von Gerhard Henschel

taz: Herr Gsella, man kennt Sie als Dichter und Satiriker und davon abgesehen auch als umgänglichen, weichherzigen Menschen, der keiner Fliege etwas zuleide tun könnte. Wie kommt es, dass Sie in dem geplanten Remake des Filmklassikers „Conan der Barbar“ die Hauptrolle spielen werden?

Thomas Gsella: Vitamin B. Zwei meiner Urgroßnichten haben sich einen Executive Producer von Paramount Pictures gefügig gemacht.

taz: Haben Sie schon in anderen Filmen mitgespielt?

Meines Wissens nur in einem Super-8-Film von meiner Einschulung in Essen-Steele im Jahr 1964.

taz: 1982 hat Arnold Schwarzenegger die Hauptrolle in „Conan der Barbar“ gespielt und damit seinen internationalen Durchbruch erzielt. Peilen Sie einen ähnlichen Welterfolg an?

Da fragen Sie den Falschen. Ich muss mir nichts mehr beweisen.

taz: Ihnen selbst vielleicht nicht, aber doch dem Kinopublikum ...

Das wird schon sehen, was es an mir hat.

taz: Wie bereiten Sie sich auf Ihre Rolle vor?

Wegen meiner Gichtprobleme übe ich zurzeit viele Kniebeugen aus, und in den gefährlichen Szenen werde ich von meinen alten Freunden Frank Schulz und Christian Y. Schmidt gedoubelt.

taz: Es heißt, dass Ihre Gage 150 Millionen Dollar beträgt. Können Sie das bestätigen?



Will in Arnold Schwarzeneggers Conan-Fußstapfen treten: Thomas Gsella Foto: Reuters

Ihr Journalisten wollt es ja immer ganz genau wissen, aber ich sage Ihnen eins: Für mich kommt es auf eine Million mehr oder weniger nicht an.

taz: Wo werden die Dreharbeiten stattfinden?

Hauptsächlich im Raum Aschaffenburg, wo ich beheimatet bin. Ich muss mich sechsmal die Woche von meinem Physiofitspritzen lassen und kann nicht einfach tagelang in der Weltgeschichte herumfliegen.

taz: Die „Bunte“ hat letzte Woche ein Foto veröffentlicht, auf dem zu sehen ist, wie Sie mit einem Rollator einen Zeb-

rastreifen überqueren. Wie gut sind Sie noch zu Fuß?

Ich will da nichts beschönigen. Meine Kräfte haben nachgelassen. Für diesen Blockbuster werden sie aber noch reichen.

taz: Rechnen Sie mit einem Oscar?

Da ich bereits mit dem Cuxhavener Joachim-Ringelnetz-Nachwuchs-Preis und dem Robert-Gernhardt-Preis geehrt worden bin, ist mein Bedarf in dieser Hinsicht gedeckt. Soll ich Ihnen einmal sagen, wie ich mich wirklich fühle?

taz: Nur zu.

Dann zitiere ich jetzt ein Gedicht meines Idols Friedrich Rückert: „Ich bin müde, sterbensmüde; / Ich bin müde, lebensmüde; / Dieses Bangens und Verlangens, / Dieses Hoffens, Bebens müde; / Dieses zwischen Erd und Himmel / Auf- und Niederschwebens müde; / Dieses spinnengleichen Wesens / Hirngespinnste-Webens müd / Müde dieser Torenweisheit / Stolz Überhebens müde ...“

taz: Das klingt nicht gerade so, als ob Sie vorhätten, in der Rolle des Barbaren Conan besonders spritzig und viril aufzutreten.

Warten Sie's ab. Ich habe mich intensiv mit dem sogenannten Method Acting nach Konstantin Stanislawski beschäftigt und mir auf DVD auch einiges von den Größten unter meinen Vorgängern in diesem Genre abgeschaut: Errol Flynn, Charles Bronson, Bruce Lee, Chuck Norris und natürlich auch Arnold Schwarzenegger. Und wissen Sie was? Die haben alle ihre Zipperlein gehabt: Flynn Ischias, Bronson Osteoporose, Lee Karpaltunnelsyndrom, Norris rheumatoide Arthritis und Schwarzenegger Hammerzehen. Da kann ich locker mithalten.

taz: Wer wird Ihre Filmpartnerin sein?

Barbara Schöneberger. Wir mögen uns, auch als Menschen, und ich bin immer wieder hingerissen von ihrem erfrischenden Mutterwitz.

taz: In Hollywood gibt es auch kritische Stimmen. In einem Interview mit der Zeitschrift „Vanity Fair“ hat Robert De Niro erklärt, dass Sie für die Rolle als Conan zu „spillerig“ seien: „Thomas Gsella is far too skinny for this role.“ Bedrückt Sie das?

Weit fehlt. Rob und ich sind alte Freunde. Er hat da nur Spaß gemacht.

taz: Clint Eastwood soll allerdings gesagt haben: „Casting a flibbertigibbet like Thomas Gsella in the role of Conan the Barbarian would spell the end of cinema as we all know it.“

Können Sie das übersetzen?

taz: Sinngemäß bedeutet das, dass Eastwood seine Zweifel an dem Entschluss angemel-

det hat, die Rolle des Barbaren Conan einem Luftikus wie Ihnen anzuvertrauen.

Wie war der Name?

taz: Eastwood. Herr Gsella, welchen Wochentag haben wir heute?

Mittwoch.

taz: Falsch. Sonntag.

Ach ja?

taz: Wie heißen Sie?

Thomas Gottschalk oder so ähnlich.

taz: Haben Sie Schmerzen?

Zurzeit nur zwischen meinem großen Onkel rechts und dem Zeh daneben, weil sich da

„Casting a flibbertigibbet like Thomas Gsella in the role of Conan the Barbarian would spell the end of cinema as we all know it“

Clint Eastwood

ein unansehnliches Furunkel gebildet hat. Wollen Sie mal sehen?

taz: Können Sie normal atmen?

Was heißt schon normal? Ich kenne Leute, die seit Jahren nicht mehr geatmet haben ...

taz: Haben Sie Alkohol oder Drogen konsumiert?

Früher mal. Das ist aber schon lange her.

taz: Dann sind wir beruhigt. Vielen Dank für dieses offene Gespräch!

Harriet Wolff

Ode an die Serviceoase

Was mache ich nur mit den 213,30 Euro, die ich soeben im guten, alten Lotto 6aus49 erwirtschaftet habe? Gewinnwahrscheinlichkeit bei „4 plus Superzahl“, wie es auf der Lotto-Netzseite heißt: 1:10.324. Bedeutet, oder auch nicht, weil in Mathe war ich stets eine Niete – dass erst 10.324 Lottospieler später wieder eine oder einer dieses sagenhafte Sümmchen ausgezahlt bekommt. Mein Lebensmann sagt: „Nicht weiter-sagen, Neider!“ Hier habe ich schon mal versagt. Braucht jemand dringend Kleingeld? Bitte nicht melden!

Ich hätte ja ganz große Lust, ganz alleine ein kleines Festmahl mit den 213,30 Euro einzunehmen. So mit weißer Tischdecke, dezent unaufdringlichem Service, das Wort professionelle

Bedienung soll an dieser Stelle gar nicht fallen, aber schön ist es schon. Ich stelle mir ein Essen vor, so mit allem Drum und Dran, aber so gar nicht pseudo in jeglicher Hinsicht. Was ich mit pseudo meine? Hochtrabendes Attrappenmobilar etwa, verbaut in eine vermeintliche Wohlfühllandschaft, Stichwort Systemgastronomie, Innenarchitektur zum gar Grausen.

Sie heißen Petra Pane oder VaPorno, und ich verstehe nicht, was das Ganze soll, weil es kostet Geld, dort unter schlimmer Musikauswahlbeschallung zu „essen“. Häufig muss ich für mein Geld auch noch Schlange stehen, um meinen Fraß schließlich auszulösen, um ihn dann „einfach vor Ort im Self-Service gleich neben der Kitchen“ zu „genießen“, wie es irgendwo

auf der Netzseite von Petra Pane heißt.

Ja, ich weiß, ist alles ein alter Gastrohut, über den ich hier schreibe, an meinem Frust ist nichts neu, es wird nur noch immer unsinnlicher, geht man mal „schön essen“. Sagt man das heute eigentlich noch? Safe nicht. VaPorno serviert im Netz folgende Drohung: Die VaPornisten „bringen Dir Getränke und frisch zubereitete Gerichte direkt an den Tisch“. Krass, einfach so! Nein, nicht einfach so: „Einfach Platz nehmen, QR-Code scannen und digital bestellen.“ Und falls ich Hilfe brauchen sollte, sind die Helferlein „jederzeit gerne“ für mich da.

Meine gesicherte Vermutung ist, dass bald schon historisches Schwarmwissen über den einst als gesichert geltenden Ablauf

eines so gelungenen wie entspannten Lokalitätenbesuchs auf immer verloren gehen wird. Also, wie manche von uns wohl noch wissen, verhielt es sich vor dem Aufkommen von Nur Dort, Petra Pane und Co. wie folgt ... Stopp, ich schicke voraus, dass es mal als selbstverständlich galt, dass die Gäste benutztes Geschirr im Lokal nicht eigenhändig vor Ort wuschen. Jenes fiel mir glatt ein, als ich jüngst bei der Backkette Nur Dort einen „Geschirr Dock“-Aufkleber sah, der mich informierte: „Ihr benutztes Geschirr machen wir wieder sauber!“ Danke.

Wo waren wir stehengeblieben? Bei 213,30 Euro. Für die Zahlen 19, 22, 25, 42, Superzahl 8. Zum ganz großen Festmahl und 50 Mille fehlten mir nur die Zahlen 20 und 31. Allzeit guten und gepflegten Appetit.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag, Herausgeb.: taz die tageszeitung, Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de Chefredaktion: Katrin Gottschalk, Barbara Junge, Ulrike Winkelmann Chefredakteur: Peter Unfried

Lokalredaktionen: Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0 Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0 Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Barbara Junge Anzeigen: Dieter Schwengler Berliner Lokalteil: Susanne Memarnia | alle Berlin Regionalteil Nord: Jan Kahlicke | Hamburg LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de Fax: 030 | 25 902 516

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf: taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21 Tel.: 030 | 25 902 314 E-Mail: anzeigen@taz.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21, 10969 Berlin Geschäftsführer:innen: Aline Lüllmann, Andreas Marggraf Gesellschafter: taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur | Anne Fromm, Redakteurin | Aline Lüllmann, Kauffrau | Andreas Marggraf, Kaufmann | Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat: Tolgay Azman, Unternehmer, Hamburg | Dr. Astrid Deilmann, Historikerin, Berlin | Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/ Steuerberater, Bielefeld

Abo-Service: 030 | 25 902 590 9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr. Fax: 030 | 2 59 02-680 E-Mail: abo@taz.de Abo-Nummer nicht vergessen! Mtl. Mindestpreis digital 22,40 €





taz

Jetzt hören!
**Der neue
Podcast
der taz**

rein gehen

die
geschichten
der woche

Sophie Fichtner und Stefan Hunglinger stellen euch die bewegendsten Geschichten aus der wochentaz vor – und die Kolleg:innen dahinter. **Wöchentlich neue Folgen. Von Politik bis Popkultur.**



„Mich hat dieses Kontrollregime emotional sehr aufgebracht“

Johan Trieloff hat eine „Blitzer-App“ für Kontrollen im ÖPNV entwickelt. Er erklärt, wie das geht, und warum er keine ethischen Bedenken hat

Interview **Claudius Prößer**

taz: Herr Trieloff, was ist die FreiFahren-App und wie funktioniert sie?

Johan Trieloff: Unsere App bietet allen die Möglichkeit, Kontrollen in U- und S-Bahn zu melden. Auf einem Liniennetz wird mit einem Blick sichtbar, wo gerade in Berlin kontrolliert wird. Basierend auf typischen Mustern können wir sogar eine Risikovorhersage machen, in welche Richtung sich Kontrollteams bewegen.

taz: Wie sieht das ganz praktisch aus?

Trieloff: Wenn Sie in einer Bahn kontrolliert werden oder eine Kontrolle beobachten, öffnen Sie einfach die App und klicken auf einen Button, das Ganze dauert nur Sekunden. Den Ort können Sie manuell eingeben, und wenn Sie eingewilligt haben, dass die App ihre Location nutzen darf, macht sie ihnen auch Vorschläge. Die Uhrzeit wird automatisch erkannt.

taz: Damit das Ganze funktioniert, braucht es wahrscheinlich eine kritische Masse an UserInnen.

Trieloff: Ja, und mittlerweile gehen so viele Meldungen ein, dass sich daraus ein guter Überblick ergibt. Ich selbst saß letztes in der U3 und habe am Görlitzer Bahnhof Kontrollierende auf dem Bahnsteig gesehen. Nachdem ich das über unsere App gemeldet hatte, konnte ich nach einem Refresh sehen, dass innerhalb von 15 Sekunden drei Meldungen eingegangen waren. Also hatten noch zwei weitere Leute in meiner Bahn oder auf dem Bahnsteig die App genutzt.

taz: Wann haben Sie die App entwickelt – und warum?

Trieloff: Das hat alles 2023 angefangen. Ich war im ersten Semester und habe das Buch „Vor dem Gesetz sind nicht alle gleich“ von Ronen Steinke gelesen. Darin beschreibt er, wie in Deutschland juristische Strafen Menschen mit geringem Einkommen beziehungsweise Vermögen viel stärker treffen. Hängen geblieben ist bei mir das Beispiel von den bis zu 9.000 Menschen, die jedes Jahr in

einem deutschen Gefängnis sitzen, weil sie ohne Ticket im Nahverkehr gefahren sind. Das sind meist Menschen, die unter sehr prekären Umständen leben und in deren Leben viel schiefgelaufen ist. Sie sind oft arbeitslos oder gering beschäftigt, viele haben psychische Probleme. Eigentlich müsste der Staat ihnen helfen, stattdessen errichtet er ein Kontrollregime im Nahverkehr, mit dem sie aktiv gejagt werden. Mich hat das emotional sehr aufgebracht.

taz: Und da war die Idee geboren?

Trieloff: Es kam noch hinzu, dass wir damals an unserer Uni kein Semesterticket hatten. Deshalb entstanden riesige Whatsapp- und Telegram-Gruppen mit Hunderten von NutzerInnen, die sich gegenseitig vor Kontrollen warnen. Mich hat begeistert, dass sich hier ganz dynamisch eine Solidaritätsgruppe gebildet hat, weil alle im selben Boot saßen. Ich stellte mir dann vor, das auf einer Karte grafisch darzustellen. Zuerst habe ich angefangen, die gemeldeten Orte aus diesen Gruppen auszuwerten und strukturiert darzustellen. Relativ schnell sind dann zwei Freunde von mir dazugestoßen, seitdem machen wir das zusammen. Mittlerweile nutzen rund 40.000 Menschen die App regelmäßig, es gibt sie im AppStore, aber auch als Web-App. Dabei lesen wir immer noch die Gruppen aus, der größte Teil der Meldungen wird aber direkt über FreiFahren erstellt.

taz: 40.000 klingt schon mal beeindruckend – aber wie viele nutzen die App denn gleichzeitig?

Trieloff: Kommt ganz drauf an, es gibt ja Peakzeiten, in denen besonders viele Menschen unterwegs sind. Aber im Schnitt haben immer um die 100 Leute die App gerade geöffnet.

taz: Eine Garantie, nicht erwischt zu werden, ist das natürlich nicht.

Trieloff: Nein, das versprechen wir auch nicht. Am sichersten ist es natürlich immer, sich ein Ticket

zu kaufen, wenn man die Mittel dazu hat.

taz: Studierende sind allerdings keine Zielgruppe mehr, sobald sie ein Semesterticket haben.

Trieloff: Ich sehe es so, dass wir zwei Arten von NutzerInnen haben. Einmal Menschen, die in prekären Umständen leben und nicht die Mittel für ein Ticket haben, aber natürlich auch mal von A nach B kommen müssen, um am Stadtleben teilzunehmen. Die zweite Zielgruppe sind Menschen, die häufig selbst ein Ticket besitzen, aber das Problem im System erkennen und etwas dagegen tun wollen. Die melden einfach aus Solidarität.

taz: Menschen, die in Armut leben, haben vielleicht gar kein Smartphone, das sie ja für die App benötigen.

Trieloff: Auf jeden Fall ist das Ganze ein größeres soziales Problem, eine App alleine wird es nicht lösen können. Am Ende liegt die Verantwortung bei der Politik und bei denen, die die Ticketpreise machen. Trotzdem hat mittlerweile schon ein Großteil der Menschen in Berlin ein Smartphone und damit Internetzugang.

taz: Ich könnte mir vorstellen, dass manche Leute kein Interesse daran haben, dass die App gut funktioniert, und vielleicht falsche Meldungen abgeben.

Trieloff: Wir haben inzwischen recht gute technische Möglichkeiten, Falschmeldungen zu erkennen. Manches rutscht natürlich durch, aber durch die Schwarminelligenz der NutzerInnen wird das ganz gut korrigiert. Die Meldungen werden ja auch nicht permanent angezeigt, sondern nur für eine relativ kurze Zeit. Wenn sie die Kontrollierenden selbst meinen: Die haben damit relativ wenig Probleme, weil sie keinen Vorteil daraus ziehen, jemanden zu erwischen. Bonussysteme sind bei BVG und S-Bahn nicht erlaubt, auch wenn es immer mal wieder Subunternehmer gibt, wo das passiert. Und die Kontrollierenden sind nicht unser Target – es geht um das System, das ein Kontrollregime aufbaut und

Menschen kriminalisiert, die sich sicher sein kann, nicht geblitzt zu werden, ist das tatsächlich gefährlich, da stehen Menschenleben auf dem Spiel.

taz: Haben sich die Verkehrsbetriebe schon einmal an Sie gewandt?

Trieloff: Bis jetzt nicht. Ich kann mir aber auch vorstellen, dass sie kein allzu großes Interesse daran haben, gegen die FreiFahren-App zu agieren. Einmal wegen des sogenannten Streisand-Effekts – also dass man etwas populärer macht, indem man es zu verhindern versucht. Aber wir hören auch immer wieder von NutzerInnen, die es sich auch eigentlich leisten könn-

„Am sichersten ist es natürlich immer, sich ein Ticket zu kaufen, wenn man die Mittel dazu hat“

Johan Trieloff,
Entwickler der App

ten, dass sie eher doch mal ein Ticket kaufen, wenn sie über die App vor Kontrollen gewarnt werden. Ich könnte mir vorstellen, dass BVG und S-Bahn unterm Strich vielleicht gar keine großen Verluste entstehen. Dagegen tun können sie ohnehin nichts, die Nutzung der App ist nichts Illegales. Im Prinzip ist es nichts anderes, als wenn ich einem Kumpel eine Nachricht schicke, dass ich gerade kontrolliert wurde.

taz: Sie haben also keine Sorgen, juristisch angegriffen zu werden?

Trieloff: Wir haben uns natürlich beraten lassen, und AnwältInnen haben uns versichert, dass es da wenig Spielraum gibt. In anderen Bereichen ist so etwas ja schon lange gang und gäbe, wie bei den Blitzermeldungen, die selbst von Radiosendern verbreitet werden. Mit einem Unterschied: Wenn je-

mand mit dem Auto rast, weil er sich sicher sein kann, nicht geblitzt zu werden, ist das tatsächlich gefährlich, da stehen Menschenleben auf dem Spiel.

taz: Bekommen Sie nicht auch Feedback, dass es grundsätzlich nicht okay ist, was Sie da machen? Dass der Nahverkehr ein öffentliches Gut ist, das auch von den NutzerInnen finanziell getragen werden muss?

Trieloff: Das Argument kennen wir, aber es geht ein bisschen an den Fakten vorbei. Oft wird verkannt, dass ein Großteil der Einnahmen des ÖPNV direkt aus staatlicher Finanzierung stammt, nicht aus Ticketverkäufen. Und dass die BVG sich gerade in einer Krise befindet, dass Bahnen unzuverlässig oder gar nicht fahren, liegt nicht an den Menschen, die sich kein Ticket leisten können, sondern daran, dass der Staat die Betriebe kaputtgespart hat. Wobei andererseits Geld da ist, um Kontrollierende zu bezahlen, Geld für die Verwaltungsgebühren des erhöhten Beförderungsentgelts und vor allem Geld für die Inhaftierung von Hunderten Menschen alleine in Berlin, deren Unterbringung rund 200 Euro am Tag kostet. All das, weil Mobilität eine Ware ist und Menschen diskriminiert werden, die nicht die Mittel haben, um sie sich leisten zu können.

taz: Wie geht es mit FreiFahren weiter?

Trieloff: Wir haben eine ganze Reihe an technischen Weiterentwicklungen geplant, um Muster von Kontrollen besser zu erkennen – zum Beispiel gibt es Kontrollierende, die auf bestimmten Liniensegmenten immer hin- und zurückfahren. Und wir planen eine Expansion in weitere Städte.

taz: Stehen Sie da mit Gleichgesinnten in Kontakt?

Trieloff: Ja. Technisch ist es auch keine Herausforderung, die App in einer anderen Stadt anzubieten. Es geht nur darum, dort schnell die initialen NutzerInnen zu kriegen, um ausreichende Meldungen generieren zu können.



Johan Trieloff
21 Jahre alt, ist Mitbegründer der Initiative FreiFahren und studiert an der TU Berlin Informatik.

Foto: privat

Jetzt kommt's drauf an: Ticket oder kein Ticket?
Foto: Carsten Koall/picture alliance

Brandenburg erhöht den Druck auf den Bund

Wegen höherer Trassenpreise prüft Brandenburg, eine Klage gegen den Netzbetreiber zu unterstützen

Von **Uwe Rada**

Brandenburgs Verkehrsminister Robert Crumbach (SPD) will eine Ausdünnung des Regionalverkehrs bei der Bahn nicht hinnehmen. Im RBB kündigte Crumbach am Montagabend an, dass das Land Brandenburg prüfe, ob es mögliche Klagen gegen das Unternehmen DB InfraGO unterstützen werde. Hintergrund sind die Trassenpreise des Netzbetreibers, die nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom März deutlich erhöht worden waren.

Für Brandenburg würde das bedeuten, dass sich das Angebot auf der Schiene in Zukunft deutlich verschlechtern könnte. „Mit jedem zusätzlichen Euro, den wir für Trassenentgelte zahlen müssen, steigt der Druck, entweder das Deutschlandticket weiter zu verteuern oder beim Angebot zu sparen“, hatte Crumbach schon im Juli angedeutet. Bis 2027 sei das Angebot im Regionalverkehr aber finanziert.

Mit seiner Ankündigung erhöht Crumbach den Druck auf den Bund. Am Donnerstag werden die Verkehrsminister der Länder zu einer Sonderkonferenz mit dem neuen Bundesverkehrsminister Steffen Bilger (CDU) in einer Videoschleife zusammenkommen. Wichtigster Tagesordnungspunkt sind die Trassenpreise. In Brandenburg will Crumbach nun auch prüfen lassen, ob das Land selbst Rechtsmittel gegen die Preiserhöhung einlegen kann.

Obwohl sie sich derzeit im Urlaub befinde, werde auch Berlins Verkehrssenatorin Ute Bonde (CDU) an der Verkehrsministerkonferenz teilnehmen, kündigte ihre Sprecherin Petra Nelken an. Die höheren Trassenpreise betreffen in Berlin etwa zu einem Drittel die S-Bahn und zu zwei Dritteln den Regionalverkehr der Bahn. Besonders pikant: Noch immer ist unklar, ob die höheren Trassenpreise betreffen in Berlin etwa zu einem Drittel die S-Bahn und zu zwei Dritteln den Regionalverkehr der Bahn. Besonders pikant: Noch immer ist unklar, ob die höheren Trassenpreise betreffen in Berlin etwa zu einem Drittel die S-Bahn und zu zwei Dritteln den Regionalverkehr der Bahn.

Berlins Grüne fordern Bonde indes auf, den Druck auf den Bund zu erhöhen. „Es kann nicht sein, dass das Netz immer schlechter wird und gleichzeitig die Preise steigen“, kritisierte die verkehrspolitische Sprecherin der Grünen, Antje Kapek. „Was bisher von Berlin kam, ist zu zahm“, sagte Kapek der taz. „Eine Verkehrsministerkonferenz kann durchaus Beschlüsse fassen, die an den Bund gerichtet sind.“

Für Brandenburg rechnet Verkehrsminister Crumbach mit Mehrkosten in Höhe von 50 Millionen Euro – alleine durch die Erhöhung der Trassenpreise in diesem Jahr. Es sei die Aufgabe des neuen Bundesverkehrsministers, mit den Ländern „eine vernünftige, für alle Seiten tragbare Finanzierung abzustimmen“, betonte Crumbach vor der Sonder-VMK.

Eine Debatte über das Deutschlandticket steht nach Angaben von Bondes Sprecherin nicht auf der Tagesordnung.

CDU-Stadtrat
Hannes
Rehfeldt
Foto: Anna
Tiessen



mittwoch, 5. august 2026 taz

Suchthilfe nur mit richtiger Definition

Das Bezirksamt Neukölln setzt eine umstrittene Antisemitismus-Klausel für Projekte im Sozialbereich durch. Grüne und Linken sind alarmiert

Von **Yossi Bartal**

Mitten in den Sommerferien erklärt das Bezirksamt Neukölln überraschend eine neue Nebenbestimmung für die von ihm geförderten Sozialprojekte. Die 24 Empfänger, die zu Obdachlosigkeit und Suchterkrankungen im Bezirk arbeiten, müssen sich künftig auf die von der Netanyahu-Regierung weltweit lobbyierten Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) mitsamt ihren 11 angefügten Beispielen verpflichten. Diese solle als „maßgebliche Orientierungsgrundlage und Regelbeispiel für die Auslegung und Bestimmung antisemitischer Inhalte“ dienen, wie es in der Vorlage der Zuwendungsbescheide heißt. Entschieden hat darüber Hannes Rehfeldt, CDU-Stadtrat für Soziales und Gesundheit.

Die umstrittene Definition, die grundlegende und scharfe Kritik am Staat Israel als antisemitisch einstuft, soll nicht nur für die geförderten Pro-

jekte gelten, sondern für „das gesamte Auftreten des Zuwendungsempfängers“ – also auch für Aktivitäten von Mitarbeitern außerhalb des geförderten Rahmens. Ein Verstoß dagegen könne, auch rückwirkend, zum „Widerruf des Zuwendungsbescheides“ führen.

In den vergangenen Jahren waren wiederholt Versuche gescheitert, die IHRA-Definition in Projektförderungen zu verankern, weil sie von mehreren Rechtsgutachten als unzulässiger Eingriff in die Meinungsfreiheit bewertet wurden. Auch in Berlin hatte der inzwischen zurückgetretene Kultursenator Joe Chialo, der enge Kontakte zu israelnahen Lobbyorganisationen pflegte, mit einem vergleichbaren Vorhaben keinen Erfolg.

Das Bezirksamt versucht es trotzdem. Die Klausel sei verfassungsrechtlich anders zu bewerten, so ein Sprecher, weil sie nicht die Kunst- oder Wissenschaftsfreiheit einschränke, sondern „auf einen

diskriminierungsfreien Zugang zu ganz konkreten sozialen Unterstützungsleistungen“ zielen. Auf die Frage, ob es jemals Hinweise auf antisemitisches Verhalten der betroffenen Projekte gegeben habe, wollte sich das Bezirksamt nicht äußern. Mehreren Quellen im Bezirk sind derartige Vorwürfe nicht bekannt.

Gegen die eingeführte Klausel protestierten am Montag die Grünen im Bezirk. Sie werfen dem CDU-Stadtrat vor, durch sein Agieren „bei den Trägern Unklarheit und Rechtsunsicherheit“ zu stiften – was „die wichtige Arbeit gegen Antisemitismus massiv“ beschädige. Angesichts der Fördergeld-Affäre auf Landesebene attestierten sie der CDU ein „instrumentelles Verhältnis zur Antisemitismusbekämpfung“. Zudem seien die neuen Nebenbestimmungen überflüssig, da alle geförderten Projekte ohnehin auf dem Boden des Grundgesetzes stünden.

Kritik kommt auch vom linken Bezirksbürgermeisterkandidaten Ahmed Abed. Der CDÜler Rehfeldt versuche, „mit der unangekündigten Implementierung der IHRA-Definition einen Maulkorb gegen Kritiker der israelischen Kriegsverbrechen aufzuerlegen.“

Das ist höchst undemokratisch und zeigt den Schulterchluss von mehreren Personen im Bezirk mit der rechtsradikalen Regierung in Israel“, so Abed der taz.

Vergangene Woche war Bezirksbürgermeister Martin Hikel (SPD) zu Besuch in Israel – anlässlich der 100-Jahr-Feierlichkeiten der Neuköllner Partnerstadt Bat Yam. Von Hikel gepostete Fotos zeigen ihn neben dem Bat-Yam-Bürgermeister und Likud-Mitglied Tzvika Brot sowie mit dem israelischen Außenminister Gideon Saar, dessen Ministerium intensiv für die weltweite Übernahme der IHRA-Definition wirbt.

Jonas Wahmkow testet den Sozial-O-Mat der Diakonie

Auf einmal sind alle voll sozial

Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist die sozialste Partei im ganzen Land? Am 20. September wählt Berlin ein neues Abgeordnetenhaus. Grund genug für die Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, alle antretenden Parteien nach ihren sozialpolitischen Positionen zu fragen.

Aus den Antworten bastelte der Wohlfahrtsverband den „Sozial-O-Mat“: ein an den bekannten Wahl-O-Maten angelegtes Online-quiz, mit denen sich die eigenen Ansichten mit denen der kandidierenden Parteien abgleichen lassen.

Insgesamt sind es 20 Thesen, die die Diakonie zu den Themenbereichen Wohnen, Gesundheit, Armut, Migration, Kinder und Jugend aufstellt. Nutzer:innen wie auch die Parteien können die Thesen dann auf einer 5-stufigen Skala von „Stimme voll zu“ bis „Stimme überhaupt nicht zu“ bewerten. Am Ende errechnet das Tool, mit welcher Partei die Positionen des Nutzenden am ehesten übereinstimmen.

Die erste Erkenntnis nach dem Durchklicken: Sozialpolitik scheint allen Parteien furchtbar wichtig zu sein. Zumindest, wenn es um unverbindliche Lippenbekenntnisse gegenüber einem Wohlfahrtsverband geht. So stimmen die Antworten der Grünen, Lin-

ken und der SPD fast vollständig mit den Positionen der Diakonie überein. Selbst die CDU kommt auf eine Übereinstimmung von 89 Prozent.

Das liegt zum Teil am Design der Fragen, die, nun ja, eine gewisse soziale Erwünschtheit mit sich bringen. Denn wer könnte der Forderung „Familien sollen nicht durch Zwangsräumung ihre Wohnung verlieren“ schon ernsthaft widersprechen?

O. k., da ist immer noch die AfD, die mit ihrer Antwort souverän ihren Ruf als neoliberal-rassistische Arschlochpartei verteidigt. „Zwangsräumungen müssen als letztes Mittel erhalten bleiben“, stattdessen solle man auf „Remigration ausreisepflichtiger Personen“ setzen, gibt die rechtspopulistische Partei im Tool an. Keine Zustimmung.

Während die AfD keine Hemmungen hat, ihre Menschenverachtung vor sich herzutra-gen, löst die CDU das Dilemma galanter. Die Christdemokraten stimmen „voll zu“, dass es keine Zwangsräumungen von Kindern geben sollte, nur halt nicht durch ein Verbot von Zwangsräumungen.

„Wir setzen auf den Ausbau von Schuldnerberatungen und Sozialberatungen sowie auf schnellere behördliche Entscheidungen bei Mietschuldenübernahmen“, schreibt die Partei in der Antwort, spricht: Im Zwei-

fel wird doch geräumt, egal, ob dann Kinder im Wohnheim oder auf der Straße landen.

Ein anderer Grund für die Einhelligkeit dürfte sein, dass Parteien im Wahlkampf im Zweifel lieber alles versprechen, unabhängig davon, ob sie es auch umsetzen können. Bestes Beispiel im Sozial-O-Maten ist Gesundheitspolitik. Beinahe alle Parteien sind sich einig, dass Krankenhäuser auskömmlich finanziert, saniert und auf keinen Fall geschlossen werden sollten.

Dabei verschlampt Schwarz-Rot gerade die Krankenhausreform und kürzt die dringenden benötigten Investitionsmittel im Gesundheitsbereich. Auch die beiden rotgrün-roten Vorgängerregierungen haben keine viel bessere Figur gemacht und stattdessen den Bereich jahrelang kaputtgespart.

Für spannende Akzente sorgt hingegen die Sozialistische Gleichheitspartei SGP. Die trotzkistische Kleinstpartei macht konstruktive Vorschläge, wie die sozialpolitischen Ziele tatsächlich erreicht werden können: „Eine auskömmliche öffentliche Finanzierung sozialer Angebote und ein Ende der Kürzungen sind nur zu erreichen, wenn die Banken und Konzerne enteignet und unter die demokratische Kontrolle der Arbeiter gestellt werden.“

Anzeige



Zeitungen für Gefangene!

In Gefängnissen gibt es keinen Zugang zu digitalen Informationen.

Bitte spenden Sie die »taz« zum Preis von 44,80 € monatlich, 268,80 € halbjährlich, 537,60 € jährlich oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:
Freiabonnements für Gefangene e.V.
IBAN: DE06 3702 0500 0003 0854 00
Kennwort: »taz«

www.freiabos.de



Freiabonnements
für Gefangene e.V.

Information und Bildung für Menschen in Haft

Photo © Beate Pundt

Oberkörperfreie Männer verschrauben in der brütenden Hitze Holzplanken mit dem Metallgerüst, das das marineblaue Planschbecken umgibt. Einer lehnt sich über den Beckenrand, formt die Hände zu einer Schale und gießt sich das Wasser über Kopf und Oberkörper. Am Eingang des Grünen Salons, rechts vom Schwimmbad, hängt ein anderer ein Plakat auf. „Pommes am Volksbad“ steht darauf in roter Schrift.

Mit einem ganz schönen Tamtam lässt der neue Intendant der Volksbühne, Matthias Lilienthal, seinen Auftakt feiern. Eine Premierenparty scheint dem gebürtigen Neuköllner zu profan, er hat vor den Theaterstufen auf dem Rosa-Luxemburg-Platz kurzerhand ein Schwimmbad errichten lassen. Oder, in den Worten Lilienthals: ein „Spuckbecken“.

Das „Volksbad“-Projekt des Pollesch-Nachfolgers bewegt sich irgendwo zwischen größenwahnsinniger Selbstinszenierung und öffentlicher Fürsorge. Sein Pop-up-Becken ist 25 Meter lang, 5 Meter breit und 1,30 tief. Dazu gibt es Klos und Umkleiden, der Pavillon am Eingang zum Grünen Salon wird sich in eine Pommesbude verwandeln. Was wäre ein Freibadbesuch schon ohne Pommes mit Schranke? Am Dienstag startet der Ticketverkauf, am Freitag wird das Bad eröffnet.

„Es ist ein herzliches ‚Hallo‘ an die Nachbarschaft“, sagt Lilienthal der taz. Geplant sind Anwohner*innentage, Kraulkurse sowie Einführungskurse ins Synchronschwimmen. Wie viel Performancekunst dazugehört, dürfte sich zeigen, sobald das Programm ab Dienstag nach und nach veröffentlicht wird. Eins steht fest: Choreografin und Profiprovokateurin Florentina Holtzinger wird sich etwas einfallen lassen, um das Publikum zu schocken. Sie dürfte auch Ideengeberin für Lilienthals ostentativ volksnahes Projekt gewesen sein. Für ihr Stück „Ophelias Got Talent“ ließ die Performancekünstlerin ein Becken auf die Theaterbühne der Volksbühne bauen.

„Diese umarmende Geste macht klar, dass etwas Neues an der Volksbühne entsteht“, sagt Lilienthal über seinen Pop-up-Pool. „Gleichzeitig ist es ein Protest gegen verfallende Infrastruktur in Berlin.“

Der Freibadbesuch ist für viele nicht mehr bezahlbar. Der reguläre Eintritt in Sommerbäder wie das Prinzen- oder das Columbiabad kostet inzwischen 7 Euro. Seit Juli 2023



Offen für alle:
Berlins neues
Volksbad
Foto: Sebastian
Gollnow/dpa

Planschen statt Premierenparty

Der neue Volksbühnen-Intendant, Matthias Lilienthal, lässt ein Pop-up-Freibad vor das Theater bauen. Es ist eine Protestaktion gegen den Verfall öffentlicher Infrastruktur

Von Lilly Schröder

gilt zudem eine allgemeine Ausweispflicht. Das „Volksbad“ soll dagegen „gratis und ohne Ausweispflicht“ zugänglich sein. „Wir wollen versuchen, einen offenen Raum zu etablieren, in dem auch soziale Randgruppen integriert werden“, sagt Lilienthal. Der Umgang der städtischen Bäder mit bestimmten Gruppen resultiere aus realen Erfahrungen, sei aber auch einer Art von Racial Profiling.

Mit seiner Bade-Aktion will Lilienthal Kunst ohne Hürden zugänglich machen. Für den neuen Intendanten und sein Team war der Weg dorthin alles andere als hürdenfrei: Die Differenz zwischen Straße und Gehweg musste ausgeglichen werden, es wurden Sondernutzungserlaubnisse vom Straßen- und Grünflächenamt fällig, vom Bauamt und Denkmalschutz. Die 200.000 Liter Wasser, die

das unbeheizte Becken füllen, müssen durch eine Wasseraufbereitung kontinuierlich gereinigt werden, die Wasserqualität muss regelmäßig kontrolliert und die Beckenanlage nach festgelegten Standards gereinigt werden.

Es drängt sich die Frage auf: Muss ein Pop-up-Pool in Zeiten der Klimakrise sein? „Ich habe großes Verständnis dafür, dass Leute das Projekt aus Umweltschutzaspekten kritisieren und sagen, davon hätte man drei super Off-Theater machen können“, sagt Lilienthal. „Wir hätten auch sehr gern eine rein ökologische Reinigungsanlage gehabt, das wären aber die nächsten 100.000 Euro gewesen.“ Das Wasser werde danach vom Chlor gereinigt, so der Intendant. Eine teilweise Verwendung zur Bewässerung werde geprüft.

Der Badespaß kostet laut Lilienthal 300.000 Euro aus dem laufenden Haushalt: 90.000 für das Schwimmbaden, 210.000 Euro für Bademeister, Security, Toiletten, Umkleiden und anderes. Ziemlich happig angesichts der Sparaufgaben von 1,25 Millionen Euro, die die Volksbühne für die erste Spielzeit seiner Intendanz bekommen hat. „300.000 Euro ist extrem viel Geld“, sagt Lilienthal. Aber die seien gut investiert: „Es zeigt Bewohner*innen, dass die Volksbühne auf sie zugeht und Bedürfnisse ermöglicht, die über Performance und Theater hinausgehen.“

Seit Dienstag sind die ersten kostenlosen Zeitslots für die Dauer von zwei Stunden über die Website der Volksbühne buchbar. Neue Zeitfensertickets werden drei Tage vor dem jeweiligen Badetag freigegeben.

„Es kann immer sein, dass vorübergehend ausgebuchte Zeitslots wieder verfügbar werden“, schreibt das Theater. „Es lohnt sich also, die Website auch spontan zu checken.“

Am 7. August wird das Volksbad um 12 Uhr feierlich eröffnet. Danach soll es bis zum 1. Oktober von Dienstag bis Samstag von 12 bis 20 Uhr und Donnerstag von 13 bis 21 Uhr geöffnet sein. Sonntags und montags bleibt das Volksbad zu. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die Gesamtlärmmission unter dem Grenzwert bleibt.

Die neue Spielzeit beginnt dann am 1. Oktober. Ob Lilienthal dem ehrwürdigen Amt der Pollesch-Nachfolge gerecht werden kann? Für einen Nutzer im Internetforum reddit steht fest: „Lilienthal ist ein grantiger Arsch, kann aber was.“

Anzeige



Deutsche Ausgabe

+ LE MONDE *diplomatique*

EXKLUSIVES ANGEBOT

für taz-Abonent:innen



39,60 €

für 1 Jahr

LMD auf

Papier

Jetzt bestellen und jeden Monat mit *Le Monde diplomatique* die Welt begreifen

taz.de/lmd-gedruckt



Bunter Protest mit Fahne: CSD-Parade in Hamburg Foto: Fabian Sommer

Flagge zeigen ist gefährlich

Ein Teilnehmer des Hamburger CSD fühlt sich von der Europapassage diskriminiert und ruft die Polizei. Dann wird alles noch schlimmer

Von Katharina Schipkowski

Der Anblick der Europapassage in der Hamburger Innenstadt löst Panik bei Dmitrii Chunosov aus. Ihm sei schwindelig geworden, ein Gefühl der Entfremdung sei über ihn gekommen, so als würde er das Gebäude zum ersten Mal sehen. Dann seien die Tränen gekommen. Sie laufen ihm noch über die Wangen, als er einige Straßen entfernt versucht, sich zu sammeln und von den Ereignissen zu erzählen.

Vor zwei Tagen, am Samstag, hatte Chunosov mit seinem Mann, einigen Freunden und 300.000 anderen Menschen in Hamburg den CSD gefeiert. Sie seien von Anfang an dabei gewesen, hätten mega Spaß gehabt, bis sie Hunger bekamen und McDonald's in der Europapassage aufsuchten.

Burger und Pommes seien schon bestellt gewesen, als Chunosov sah, wie sein Freund Hazeem Saksak von einem Securitymitarbeiter gedrängt wurde, seine Prideflagge abzunehmen. Saksak hatte sie wie ein Cape um die Schultern getragen. Prideflaggen seien heute nicht erlaubt, weil am Vortag jemand mit einer Prideflagge in der Passage geschlagen worden sei, habe der Mitarbeiter behauptet.

Chunosov kam das paradox vor. Tausende Menschen mit Prideflaggen in allen Formen und Größen seien im gleichen Moment in der Passage unterwegs gewesen, fast alle Geschäfte waren in Pridefarben dekoriert.

Während Saksak seine Flagge einrollte, holte Chunosov seine aus dem Rucksack und band sie sich um die Schultern. „Wir hatten gerade mit hunderttausenden

Menschen für unsere Sichtbarkeit demonstriert“, sagt er. „Da kann ich doch nicht akzeptieren, dass ein einzelner Mitarbeiter uns die Sichtbarkeit nehmen will.“

Während ein McDonald's-Mitarbeiter signalisiert habe, dass die Regenbogenfahne kein Problem sei, habe der Securitymann des Centers darauf bestanden, dass sie nicht sichtbar sein dürfe. Chunosov verlangte, einen Vorgesetzten zu sprechen, und begann, die Situation zu filmen.

„Ich war überzeugt, dass der Mitarbeiter auf Eigeninitiative handelte, und fühlte mich diskriminiert“, sagt er. Das Videomaterial habe er später dem Centermanagement zeigen wollen. Es kam aber kein Centermanager, sondern nur ein weiterer Sicherheitsmann. Also rief Chunosov die Polizei.

„Ich habe mich so gedemütigt gefühlt“

Dmitrii Chunosov, CSD-teilnehmer

Die sei schnell da gewesen, habe aber ganz anders gehandelt, als Chunosov erwartet hätte. Die Polizist*innen drängten ihn, die Flagge abzunehmen, und versuchten, ihm sein Handy wegzunehmen. „Damit hätte ich niemals gerechnet“, sagt der 41-Jährige.

Chunosov lebt seit 2014 in Hamburg. Er wurde in Russland geboren und wusste schon früh, dass er schwul war. In Deutschland bekamen er und sein Mann Asyl als politisch verfolgte LGBTQ-Aktivist*innen, weil sie in Moskau und St. Petersburg CSD-Paraden organisierten und sich als LGBTQ-

Rechtler exponiert hatten. Seit 2020 sind sie deutsche Staatsbürger.

Nach Gewalterfahrungen mit der Polizei und dem Knast in Russland habe er in Deutschland erst lernen müssen, keine Panik zu bekommen, wenn im Dunkeln ein Streifenwagen vorbeifährt, sagt der Aktivist. Jetzt sei alles wieder da – die Angst, die Unruhe, die körperlichen Reaktionen, die nicht zu steuern seien. Während er das erzählt, zeigt seine Uhr an, dass sein Puls auf 111 hochgeht.

Als ihn die Polizisten in der Passage bedrängten, müsse es ähnlich gewesen sein, sagt Chunosov – seine Erinnerung sei neblig, obwohl er nicht betrunken gewesen sei. Er habe nur sein Handy an sich gedrückt, dann sei er mit Kabelbindern gefesselt und zum Aufzug gebracht worden. Dort habe er seine Beine nicht mehr bewegen können, ein Gefühl der Lähmung habe ihn ergriffen. Lähmungen oder Taubheit der Beine sind typische Symptome einer Panikattacke.

Er habe den Polizist*innen mitgeteilt, dass er seine Beine nicht spüre, aber die hätten ihn einfach auf den Knien zum Ausgang geschleift. Noch jetzt, zwei Tage später, sehen die Knie übel aus, bei dem einen Knie fehlen mehrere Hautschichten und es tritt Flüssigkeit aus.

Draußen saß Chunosov gefesselt am Boden, während ihn 16 Polizist*innen gegen Passant*innen abschirmten. Chunosov rief um Hilfe und bat Passant*innen, Videos von der Situation zu machen. Doch die meisten seien einfach vorbeigegangen. „Ich habe mich so gedemütigt gefühlt“, sagt er. Einige Frauen, die ebenfalls beim CSD gefeiert hatten,

blieben stehen, eine von ihnen filmte. „Sechzehn Polizist*innen für einen unbewaffneten Mann“, kommentiert die Filmende, „das ist wirklich armselig.“

Der Betroffene sei aggressiv gewesen und habe um sich getreten, sagt hingegen ein Sprecher der Hamburger Polizei. Auf einen psychischen Ausnahmezustand des Betroffenen habe es keine Hinweise gegeben. Chunosov habe Gespräche zwischen Polizei und Sicherheitsdienst sowie von Polizist*innen untereinander gefilmt.

Auf dem Weg zum Streifenwagen habe er sich mit den Knien auf den Boden fallen lassen und sich dabei verletzt. Das Landeskriminalamt ermittelt nun wegen des Verdachts des Hausfriedensbruchs, der Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes so-

wie wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte.

Von den Vorwürfen erfuhre Chunosov erst aus den Medien. Auch andere Besucher*innen hatten Probleme mit den Securitys gehabt und die Polizei gerufen, wie mehrere Lokalmedien berichteten. Der Centermanager der Europapassage gab sich zunächst erschüttert, ohne sich zu entschuldigen. Nachdem er auf Social Media stark kritisiert wurde, schob er eine Entschuldigung nach.

„Es tut mir leid, wir haben einen Fehler gemacht“, schrieb er auf Instagram. Ein Verbot der Prideflagge habe es nicht gegeben, aber die Vorgaben für den Tag mit extrem hohem Besucheraufkommen seien unklar gewesen. Einige Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes hätten gewaltvoll überreagiert.

Chunosov meint, dass er

vielleicht auch überreagiert hat, als er von der Polizei umringt und gefesselt vor dem Einkaufszentrum um Hilfe schrie. Widerstand habe er jedoch in keinem Moment geleistet. Die Polizei brachte ihn aufs Revier und ließ ihn erst kurz nach Mitternacht gehen. Sein Handy behielt sie.

In der Sache selbst, sagt Chunosov, fühle er sich zu hundert Prozent im Recht. Würde ihm ein Mitarbeiter nächstes Mal wieder verbieten, die Prideflagge zu tragen, würde er wieder darauf bestehen, sie zeigen zu dürfen. Und mit der Zeit wirkt auch die Tablette, die er nach dem Panikfall beim Anblick der Europapassage geschluckt hat, und er kann sich dem Gebäude wieder nähern. „Ich würde genauso handeln“, sagt er, „nur die Polizei würde ich nicht noch mal rufen.“



Angst vor der Polizei kannte er nur aus Russland: Dmitrii Chunosov vor der Europapassage Foto:privat

Lüneburg ist wagenfreundlich

Der Lüneburger Wagenplatz „Gut Wienebüttel“ soll ins Naturschutzgebiet umziehen. Stadt und BewohnerInnen sind sich einig. Aber es gibt Bedenken

Von **Harff-Peter Schönherr**

Wagenplätze haben es oft schwer. Konservatives Klischeedenken verweigert ihnen die Akzeptanz. Kommunen errichten rechtliche Hürden. Neubau- und Gewerbegebiete machen ihnen Konkurrenz. Oft endet das in Umzügen, in Räumungen.

Aber es gibt auch Wagenplätze, bei denen läuft es gut. Einer davon ist der Wagenplatz Gut Wienebüttel in Lüneburg, über 30 Jahre alt. Dass er in Kürze umziehen muss, sieht er gelassen.

„Wir werden verrückt“, scherzt der Betreiberverein „Unverrückbar“ darüber auf einem Flyer zur Einwerbung von Geld für die Erschließungskosten. Vom Gut Wienebüttel, wo sich ein Pflege- und Therapiezentrum erweitert, soll es zum Brockwinkler Weg gehen, auf einen stadteigenen Acker, auf dem derzeit Klee wächst. Jetzt steige so langsam die Vorfriede, teilt Unverrückbar mit.

Das ist verständlich: Auf Gut Wienebüttel war der Platz illegal, nur geduldet. Am neuen Standort gäbe es einem Pachtvertrag.

Bisher lief alles geräuschlos, auch in den Fachausschüssen, vom Flächennutzungs- bis zum Bebauungsplan. Knapp 13.000 Quadratmeter sollen für rund 20 Stellplätze zur Verfügung stehen. Jetzt fehlt nur noch der Beschluss durch den Stadtrat. Eine interfrakti-

onelle Mehrheit gilt als wahrscheinlich.

Bauwagen und Tiny Houses sollen den neuen Standort bilden. Der alte sei „aus naturschutz- und baurechtlichen Gründen nicht geeignet“, heißt es im Beschlussvorschlag des Lüneburger Ausschusses für Bauen und Stadtentwicklung vom Ende September 2025.

Die Stadt habe sich bemüht, „mit den Bauwagenbewohner:innen einen Alternativstandort zu finden“, schreibt Ann-Kristin Jenckel der taz, Sprecherin der Stadt Lüneburg, „um ein Weiterbestehen zu ermöglichen“. Dies sei „auch Ausdruck der Grundhaltung der Stadt gegenüber dem Wagenplatz Wienebüttel“.

Aber es gibt auch Bedenken – etwa beim Regionalverband Elbe-Heide des BUND. Mitte Juni hat er der Stadt aufgelistet, warum er Bebauungsplan 197 „Wagenplatz Brockwinkler Weg“ und die dazu notwendige 94. Änderung des Flächennutzungsplans ablehnt.

Im Kern geht es um den Schutz des durch den Wagenplatz berührten „Grüngürtels West“, wichtig für Stadtklima, Artenschutz und Naherholung.

Luftleitbahnen der Frischluftzufuhr würden nicht beachtet. Aus hygienischen und umwelttechnischen Gründen sei es inakzeptabel, dass keine festen Leitungen installiert werden sollen, abgesehen vom Sanitär- und Küchenblock. Auch lehne man

das Heizen mit Holz ab. Im angrenzenden Neubaugebiet sei das verboten, zur Reduzierung von Luftverunreinigungen. Es sei „nicht nachvollziehbar, warum dieses Verbot nicht auch in einer Bauwagensiedlung in direkter Nähe gelten soll“.

Der BUND fordert die Stadt zudem auf, festzustellen, wie viele Menschen im Wagenplatz längerfristig ihren Hauptwohrt haben und wie viele von ihnen bedürftig sind: Die Befürchtung des BUND: Sind Interessenten für einen Bauwagenplatz möglicherweise „Menschen, die ein Wochenendhaus im Grünen planen“?

Der BUND findet es inakzeptabel, dass keine festen Leitungen installiert werden und mit Holz geheizt werden soll

Der BUND ist nicht generell gegen den Wagenplatz. Aber er verlangt von der Stadt, „Alternativen zu benennen und zu erörtern, inwieweit die Inanspruchnahme von für den Naturschutz bedeutsamen Flächen unvermeidlich ist“.

Die Bürgerinitiative Grüngürtel West Lüneburg sieht das genauso. „Die Planung ist angesichts höherwertiger Ziele mit Allgemeinwohl-

charakter wie Naherholung, Landschaftserleben und Erhalt der historischen Kulturlandschaft abzulehnen“, schreibt sie Mitte Juni in einer Stellungnahme an die Stadt. Ihre Argumente reichen von der Lichtemission bis zum Fledermausschutz.

Die Initiative weist darauf hin, dass der Grüngürtel ja laut einem Ratsbeschluss von 2014 und dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept (Isek) von Bebauung freigehalten werden solle. Bauwagen würden „einer weiteren Zersiedelung Vorschub leisten“.

Bei der Bauwagensiedlung bei Gut Wienebüttel gebe es keine Belege für schwerwiegende Umweltverstöße. Es gebe keinen Zeitdruck. „Eine Eilbedürftigkeit, die es scheinbar verhindert, dass nach einem wirklich geeigneten, also deutlich weniger gemeinwohlschädlichen Standort gesucht werden kann, besteht nicht“, findet die Initiative.

Eine dieser Alternativen ist für die Bürgerinitiative die Erweiterung von Lüneburgs zweitem Wagenplatz Fango, 2010 gegründet, 25 Wagen und 30 BewohnerInnen groß, fast in Sichtweite der Wienebütteler Wagen. Sein Vorteil: Er ist bereits legal.

Wie das Verrückt-Werden des Platzes Wienebüttel ausgeht, ist also offen. Die Wienebütteler, von der taz um Kommentierung ihrer Lage gebeten, ziehen es vor, den Ratsbeschluss abzuwarten.

Wohnen jenseits der Norm: Bauwagen in Lüneburg Foto: Philipp Schulze/dpa

missachtet

Anerkennen, Gedenken, Abschieben

In Hannover haben Tausende Eziden dem zwölften Jahrestag des Völkermordes gedacht. Doch die Anerkennung des Genozids bringt ihnen wenig

Hannovers Steintorplatz war voll. Schon von Weitem sah man das: die rot-weißen Flaggen mit der Sonne, die blass lila Tücher der Frauen. Von vier- bis fünftausend Teilnehmern sprechen die Veranstalter. Niedersachsen hat vor allem im Großraum Hannover und in Celle große ezidische Gemeinschaften.

Am 3. August jährt sich zum zwölften Mal der Völkermord an den Eziden in Shingal. Und ab hier könnte man jeden Satz mit „immer noch“ beginnen. Immer noch tragen hier viele die groß kopierten Fotos der Familienangehörigen vor sich her, deren Verbleib ungewiss ist. Immer noch gibt es keine sichere Rückkehr in die Heimat, obwohl auch Niedersachsen längst wieder abschiebt in den Irak.

Immer noch sind die Dörfer zerstört, immer noch sitzen große Teile der ehemaligen Bewohner in Flüchtlingslagern fest, immer noch fordern sie die Öffnung der Massengräber, die Identifizierung der Toten, die tausendmal versprochenen Wiederaufbauprogramme, das Ende der Diskriminierung und Verfolgung, das Ende der endlosen Gemetzel und Scharmützel unter den marodierenden Milizen in der Region.

In diesem Jahr bleibt auch das Gedenken eine weitgehend interne Veranstaltung. Von den großen Medien ist niemand da, wie Michael Fürst, der Präsident des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen, in seinem Grußwort empört vermerkt. Zwar sind Politiker und Politikerinnen aller Couleur aus Stadt, Region, Land und Bund gekommen, aber die meisten sind Stellvertreter für irgendwen anderen und richten erst einmal die Grüße der eigentlich Eingeladenen aus.

Und dann stellt sich jeder und jede Einzelne auf die Bühne und zählt noch einmal auf, was da passiert ist: Wie der IS die Männer tötete, die Frauen vergewaltigte, die Kinder verschleppte. Als ob das hier nicht jeder wüsste.

Natürlich bedeutet die Anerkennung des erlittenen Leides trotzdem etwas. Und natürlich war die Aufmerksamkeit schon einmal größer: Vor zwei Jahren als sich der Völkermord zum zehnten Mal jährte, vor drei Jahren als sich der Bundestag endlich dazu durchrang, dieses Verbrechen als Genozid anzuerkennen.

Aber man möchte es denjenigen, die jetzt leidenschaftlich darum streiten, ob in Gaza nun ein Genozid oder bloß Kriegsverbrechen stattfinden, gelegentlich als mahnendes Beispiel empfehlen: Nur weil einer Genozid sagt, heißt das noch nichts.

Natürlich bedeutet die Anerkennung des erlittenen Leides trotzdem etwas

Die ezidische Gemeinschaft hat weiter damit zu kämpfen, dass die Anerkennungsquoten bei den Asylanträgen zurückgehen und in den Abschiebefliegern Richtung Bagdad schon lange nicht mehr nur irakische Straftäter sitzen.

Immer wieder dokumentieren der Flüchtlingsrat und Pro Asyl Fälle von Genozid-Überlebenden, erneut auseinandergerissenen Familien, gut integrierten jungen Männern mit Arbeits- und Ausbildungsverträgen. Genaue Zahlen bekommt man dazu aber natürlich nicht: Das Innenministerium versteckt sich dahinter, dass bei Abschiebungen keine Religionszugehörigkeit erfasst wird.

2024 hatte Niedersachsen den Versuch unternommen, einen Abschiebestopp für Eziden zu bewirken. Doch der für ein halbes Jahr verhängte Abschiebestopp lief aus, weil das Gesetz eine solche Ausnahmeregelung auf Landesebene nur ausnahmsweise und befristet vorsieht.

Die Vorstöße der Innenministerin, eine langfristige, bundesweite Regelung zu schaffen, scheiterten am Widerstand in den CDU-regierten Ländern und im damals noch von Nancy Faeser (SPD) geführten Bundesinnenministerium.

Man wolle, so lautete das zentrale Argument, keine Gruppensonderrechte, sondern das über die individuelle Einzelfallprüfung im Asylrecht oder die Härtefallkommissionen der Länder regeln. Nun regelt das der dringende Wunsch nach mehr Abschiebungen.

Nadine Conti



das wird

„Wir wissen, dass ein Diktatfrieden nicht funktioniert“

Der Osnabrücker Handschlag erinnert an den Westfälischen Frieden von 1648. Siegrid Westphal über die Macht von Kommunikation und Kompromiss

Interview **Harff-Peter Schönherr**

taz: Frau Westphal, als der Dreißigjährige Krieg mit dem Westfälischen Frieden endete, verhandelt auch in Osnabrück, bekräftigt mit einem Handschlag am 6. August 1648, hat Europa aufgeatmet. Aber viel gelernt hat die Menschheit daraus nicht, oder?

Siegrid Westphal: Ich glaube, die Menschheit ist mit Blick auf die Fähigkeit, den Frieden zu erhalten, grundsätzlich kaum lernfähig!

taz: Eine deprimierende Aussage.

Westphal: Man hat sicher etwas aus dem Westfälischen Frieden mitgenommen, vor allem mit Blick auf den Religionsfrieden. Das Zusammenleben der drei großen christlichen Konfessionen Katholizismus, Luthertum und Calvinismus ist damals wirklich gut gelöst worden. Das hat zu Stabilität geführt. Was man nicht gelernt hat, ist, machtpolitische Fragen auf europäischer Ebene friedlich auszutragen, kommunikativ. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts hat es gleich wieder große Kriege auf europäischer Ebene gegeben.

taz: Kriege gehören zur Menschheitsgeschichte dazu?

Westphal: Weil das Machtstreben etwas leicht typisch Menschliches ist. Wenn man sagt, man lernt aus Friedensschlüssen, wäre ich sehr vorsichtig. Man kann versuchen, das Miteinander so zu gestalten, dass möglichst keine weiteren Konflikte ausbrechen. Aber dass das dennoch geschieht, kann kein Friedensschluss verhindern.

taz: Jedes Jahr nimmt Osnabrück den Handschlag von damals zum Anlass eines Kulturfestes, und Osnabrück bezeichnet sich als „Friedensstadt“. Aber die Stadt ist dadurch keine Insel der Glückseligen in einem Meer von Gewalt.

Westphal: Nein, sicher nicht.

taz: Ein Programmpunkt der Handschlagsfeier ist ein Outdoor-Escape-Room zum Sommer 1648. Woraus entkommen wir da?

Westphal: Da geht es um Gefährdungen, die den Friedensabschluss verhindern könnten. Das ist ein Suchspiel im öffentlichen Raum, das einem breiteren Publikum spielerisch Forschungsergebnisse vermittelt.

taz: Als Ausweis moderner Erinnerungskultur?

Westphal: Genau. Für mich ist Osnabrück eine Friedensstadt, weil es die Stadt des Westfälischen Friedens ist. Und dann muss man sich überlegen, welche Konsequenzen man daraus bis in die Gegenwart zieht. Will man nur historisch erinnern? Oder will man den Friedensstadtbegriff ausweiten, im Sinne konkreter Friedensarbeit der Stadtgesellschaft?

taz: Wie hat sich der Begriff Frieden im Laufe der Jahrhunderte verändert?

Westphal: Wir betrachten Frieden heute stärker als Prozess, als etwas, das mit einem Vertrag nicht abgeschlossen ist, das nicht nur die Abwesenheit von Gewalt bedeutet, sondern an dem man kontinuierlich arbeiten muss.

taz: Gibt es Kernfaktoren, die vorhanden sein müssen, damit ein Friede langfristig hält?

Westphal: Wir wissen, dass ein Diktatfrieden nicht funktioniert, wenn sich also eine Partei militärisch durchgesetzt hat und die Bedingungen vorschreibt. Alle Seiten müssen friedenswillig und kompromissbereit sein, von ihren ursprünglichen Kriegszielen abweichen können. Wichtig ist auch, alle Konfliktparteien an einen Tisch zu bringen, nicht über die Köpfe hinweg zu verhandeln.

taz: Wenn wir an Geschichte denken, denken wir meistens an Kriege, Schlachten. Oder täuscht das?

Westphal: Das täuscht nicht. Mit Blick auf den Dreißigjährigen Krieg und den Westfälischen Frieden ist es tatsächlich so, dass wir immer noch die großen Schlachten und Feldherren benennen können, wenn man dann aber fragt, wer am Friedenskongress beteiligt war, wird man keine Antwort bekommen. Das Interesse an Krieg, an Gewalt, an Konflikten ist deutlich ausgeprägter als das Interesse an Friedensprozessen, an Friedensschlüssen.

taz: Warum?

Westphal: Da herrscht, auch in den Medien, Sensationslust, Sensationsgier. Frieden dagegen ist nicht besonders „sexy“, ist etwas Mühsames, das sich schlecht verkaufen lässt. Jeder will Frieden, aber niemand interessiert sich dafür, wie er hergestellt werden kann.

Schön, aber womöglich zu teuer: Wohnungen an der Kieler Förde
Foto: Imago/imagebroker



Kiel will von Hamburg lernen

Der Mietspiegel bringt es an den Tag: Viele Wohnungen in Kiel werden überteuert angeboten. Mieterverein fordert Neubau und Regulierung. Mietenmelder geplant

Von **Esther Geißlinger**

Kleine Wohnung, hohe Kosten: Der Mietspiegel in Kiel zeigt eine „dynamische Entwicklung“, so heißt es in einer Mitteilung des für Wohnraum und Soziales zuständigen Bürgermeister Gerwin Stöcken (SPD). Das ist noch vorsichtig ausgedrückt: Die Stadtverwaltung hat den Mietspiegel ausgewertet und fand Verdachtsfälle von unangemessenen hohen Forderungen bis hin zum Mietwucher. Wie die Politik damit umgeht, ist noch unklar.

Ann Sophie Mainitz, die Geschäftsführerin des Kieler Mietervereins, warnte bereits im Jahr 2025 davor, dass „die Mieten ein Niveau erreicht haben, welches für einige Mieter:innen nicht mehr leistbar ist“. Diesem Problem müsse „dringend mit Neubau im bezahlbaren Segment und Regulierungsinstrumenten entgegengewirkt“ werden, forderte sie. Doch der Stadt fehlten belastbare Zahlen. Die liegen nun, zumindest in begrenztem Umfang, vor. Grundlage ist der qualifizierte Mietspiegel, der seit April 2025 gilt.

In knapp acht Prozent der untersuchten Verträge fand das mit der Untersuchung beauftragte ALP Institut für Wohnen und Stadtentwicklung Summen, die 20 Prozent über dem ortsüblichen Schnitt lagen, das ist rechtlich gesehen eine Ordnungswidrigkeit. Auch einige Fälle mit einer um 50 Prozent zu hohen Miete fielen auf – das wäre strafbarer Wucher.

Die Auswertung basiert auf rund 2.500 Datensätzen, ist damit also nicht allzu breit. Dennoch hat das Institut Tendenzen ausgemacht. So waren überwiegend Neuvermietungen von kleineren Wohnungen mit bis zu 50 Quadratmetern betroffen. Unter der städtischen Mail-Adresse mietpreisrecht@kiel.de meldeten sich zudem Betroffene, die möblierte Wohnungen zu überhöhten Preisen gemietet haben.

Die Stadt habe alle Mails beantwortet und Hilfe angeboten, aber oft hätten die Betroffenen nicht gewollt, dass jemand Kontakt zu den Vermietenden aufnehmen, heißt es in Stöckens Mitteilung, über die als Erstes die *Kieler Nachrichten* berichteten. Kiel stehe im engen Austausch mit Frankfurt am Main und Hamburg, um „von deren Best Practice zu lernen“.

Ratsmitglied Björn Thoroë, Vorsitzender der gemeinsamen Ratsfraktion der Linken und der PARTEI, fühlt sich bestätigt. Bereits im Frühjahr hatte die Fraktion beantragt, „Mietwucher konsequent zu verfolgen und zu ahnden“. Das war im Mai im Sozialausschuss niedergestimmt worden. Nun aber freue man sich sehr, „dass unser Antrag, ein Meldeportal für Mietwucher in Kiel einzurichten, nun doch umgesetzt werden wird“, sagt Thoroë.

Mietwucher sei ein Fall für den Staatsanwalt, aber nicht für die Verwaltung, findet der Verein Haus und Grund

Darüber hinaus solle die Stadt aktiv gegen Mietwucher vorgehen: „Bloßes Abwarten, dass sich betroffene Mieter:innen von selbst melden, reicht nicht aus.“ Tatsächlich zeigen Erfahrungen aus Hamburg, dass der „Mietenmelder“ dort wenig bewirkt hat. Immerhin hat die Hansestadt in diesem Jahr die Regeln für tageweise Vermietung, das Geschäftsmodell von Plattformen wie Airbnb, verschärft.

Dennoch setzen auch die Grünen, die in Kiel den Oberbürger stellen, auf eine Meldestelle: „Wir müssen überhöhten Mieten und Mietwucher

konsequent entgegentreten“, sagt Finn Pridat, Ratsmitglied und Sprecher des Kreisvorstandes der Kieler Grünen. Die in der Studie identifizierten Verdachtsfälle müssten sorgfältig geprüft werden, und es sei richtig, dass die Stadt eine Meldestelle einrichten wird. Zudem brauche es mehr bezahlbaren Wohnraum.

Der Immobilien-Verband „Haus und Grund“ hält dagegen die Datenbasis der aktuellen Studie für zu klein und damit zu ungenau, wie dessen Kieler Geschäftsführer Sönke Bergmann dem NDR sagte. Überhaupt sei Mietwucher ein Fall für den Staatsanwalt, aber nicht für die Verwaltung.

Der Verband kritisiert seit längerem, dass die Stadt „immer mehr Techniken organisierter sozialer Kontrolle“ einsetze, so heißt es in einer älteren Pressemitteilung. Ohne Frage gebe es schwarze Schafe unter den Vermietern – sowohl bei den Privaten als auch bei den Wohnungsunternehmen. „Allerdings müssen wir vorsichtig sein, alle in einen Topf zu werfen“, warnt Haus und Grund.

Die Stadtverwaltung will sich zu weiteren Plänen nicht äußern. Das Thema werde im Herbst im Sozialausschuss beraten werden, sagte Rathaus-sprecherin Kerstin Graupner der taz.

Anzeige

taz 🐾

Mit über 250 Karten und Grafiken

ATLAS der GLOBALISIERUNG

Weit als Beute

Jetzt bestellen

26 Euro | shop@taz.de | T. (030) 25 90 21 38